

Sächsischer Landtag
Verwaltung
Plenardienst, Präsidium, Parlamentarische
Geschäftsstelle, Stenografischer Dienst

1. November 2017
PD 2.4
Apr 6/8-29 A

Stenografisches Protokoll

(Wortprotokoll als Ergänzung des Protokolls nach § 41 der Geschäftsordnung des
Sächsischen Landtages)

der Anhörung

durch den Ausschuss für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien
am 23. Oktober 2017 von 10:02 bis 14:31 Uhr im Plenarsaal
des Sächsischen Landtages

Protokollgegenstand:

**„Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur in Sachsen
weiterentwickeln“**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs 6/9610

Inhalt:

62 Seiten insgesamt (engzeilig)

(Beginn der Anhörung: 10:02 Uhr)

Vors. Dr. Stephan Meyer: Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen einen herzlichen guten Morgen hier im etwas grauen Dresden wünschen. Ich begrüße besonders unsere Damen und Herren Sachverständigen heute zum Thema der Drucksache 6/9610 „Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur in Sachsen weiterentwickeln“, ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich darf herzlich unsere Staatsministerin, Frau Dr. Stange, und Herrn Früh vom SMWK begrüßen.

Ohne eine lange Vorrede zu halten, möchte ich noch einmal auf das Verfahren hinweisen. Sie haben als Sachverständige Gelegenheit, in 10 Minuten in einem zusammenfassenden Beitrag den Antrag zu beleuchten. Nach den zehn Minuten – darauf werde ich achten – wird der nächste Sachverständige an der Reihe sein. Wir haben im Rahmen der Diskussion, im Rahmen der Fragen alle Zeit der Welt. Aber bei dem Statement bitte ich Sie, sich auf die 10 Minuten zu begrenzen. Wir beginnen alphabetisch mit Herrn Peter Franke, Vorstand im Förderverein der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain. Herr Franke, ich gebe Ihnen das Wort.

Peter Franke: Sehr geehrte Frau Staatsministerin Dr. Stange! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kollegen und Gäste! Als Vorsitzender des Fördervereins Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain begrüße ich die Gelegenheit sehr, vor dem Ausschuss für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien des Sächsischen Landtags über unsere ehrenamtliche Tätigkeit sprechen zu können. Als einziger Vertreter von Fördervereinen für Gedenkstätten in Trägerschaft der Stiftung Sächsische Gedenkstätten in der heutigen Erörterung kommt mir auch ein wenig die Rolle zu, die anderen Fördervereine mit zu vertreten. Insofern werden unsere ehrenamtlichen Tätigkeiten im Mittelpunkt meiner Stellungnahme stehen.

In Anbetracht der mir zur Verfügung stehenden Zeit, werde ich mich auf zwingend Notwendiges beschränken, jedoch den gesamten Wortlaut meines Beitrages dem Protokoll zur Verfügung stellen.

Lassen Sie mich kurz einen Einblick in die Geschichte unseres Vereins und damit verbunden in die der Gedenkstätte geben, Ihnen anschließend aufzeigen, mit wieviel Herzblut und Verantwortungsbewusstsein wir bürgerschaftliches Engagement leben und an ausgewählten Beispielen zeigen, wo uns der Schuh drückt.

Die Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain ist dem Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht gewidmet, das von 1941 bis 1945 auf dem Truppenübungsplatz Zeithain existierte. In diesem Lager sind 25 000 bis 30 000 sowjetische und mehr als 900 Kriegsgefangene aus anderen Ländern verstorben. Gründe waren vor allen Dingen die vorsätzlich herbeigeführte mangelhafte Ernährung und die katastrophalen Lebensbedingungen im Lager. Über weitere Einzelheiten können Sie sich auf der Homepage der Gedenkstätte und auf unserer informieren.

In den Jahren 1948 bis 1950 wurden auf dem Gelände der heutigen Gedenkstätte auf Anordnung der sowjetischen Militäradministration ein Obelisk und ein Eingangsportal errichtet, um an die verstorbenen sowjetischen Soldaten zu erinnern.

1985 wurde dann die Gedenkstätte als solche eröffnet, die 1991 seitens der Kreisverwaltung Riesa geschlossen wurde. Am 24.04.1999 wurde die Gedenkstätte aufgrund des ehrenamtlichen Engagements des Fördervereins, der 1997 gegründet worden war, und der finanziellen Unterstützung durch die Stiftung Gedenkstätten sowie mit Hilfe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Trägerschaft des Vereins wiedereröffnet. Am 01.01.2002 wurde sie als letzte der fünf Gedenkstätten in die Trägerschaft der Stiftung überführt. Bis März 2013 war lediglich der Leiter der Gedenkstätte bei der Stiftung angestellt, zunächst einer, später waren zwei Beschäftigte für Verwaltungs- und Bildungs- sowie Öffentlichkeitsarbeit finanziert durch die Stiftung Angestellte des Vereins. Dies war notwendig, da für die Gedenkstätte im Stellenplan der Stiftung lediglich eine halbe Stelle vorgesehen war. Nur durch die Verlagerung einer halben Stelle aus der Geschäftsstelle der Stiftung konnte für die Leitung eine Vollzeitstelle eingerichtet werden. Das ist ein Zustand, der im Übrigen bis heute anhält. Damit war der Förderverein annähernd anderthalb Jahre faktisch Träger der Gedenkstättenarbeit. Ziel des Fördervereins war der Aufbau und die Unterstützung der Gedenkstätte.

In der Zeit von 2000 bis 2004 unterstützte der Förderverein fünf internationale Jugendbegegnungen des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Seit 2003 finden auf dem ehemaligen Lagergelände internationale Work-Camps des SCI statt, bei dem junge Erwachsene aus aller Welt zusammenkommen, um den historischen Ort des Massensterbens sowjetischer Gefangener zu finden, zu dokumentieren und zu erschließen. Darauf werde ich noch einmal näher eingehen.

Seit 2008 arbeiten auch Angehörige der Reservistenkameradschaft der Bundeswehr „Achim e. V.“ jedes Jahr auf den Friedhöfen und übernehmen Pflegearbeiten in Abstimmung mit der Gemeinde Zeithain, finanziert und organisiert durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Mit der Reservistenkameradschaft „Achim“ aus der Nähe von Bremen verbindet den Förderverein seit 2010 eine aktive Zusammenarbeit, die in einem Patenschaftsvertrag ihren Ausdruck fand.

Seit der Ansiedlung des NPD-Verlages „Deutsche Stimme“ in Riesa beteiligt sich der Förderverein bei den jährlichen Veranstaltungen des Stadtmuseums Riesa unter dem Motto „Wege gegen das Vergessen“. Regelmäßig im Januar werden gemeinsam Sonderausstellungen dazu organisiert.

Der Förderverein unterstützt auch Schulprojekte, die in der Gedenkstätte Zeithain durchgeführt werden, wie vom Evangelischen Schulzentrum Leipzig im Rahmen der Aktion „Sühnezeichen“, vom Lößnitzgymnasium Radebeul, vom Berufsschulzentrum für Technik und Verwaltung Riesa, von den Oberschulen „Am Sportzentrum“ Riesa und „Anne Frank“ Stauchitz bei Riesa. Es besteht vielfältiger regionaler Bezug zur Gedenkstätte als authentischer Ort politischer und geschichtlicher Bildung.

Ein jährlicher Höhepunkt ist die Gedenkfeier am 23. April, dem Tag der Lagerbefreiung. Diese wird von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, der Gemeinde Zeithain und dem Förderverein ausgerichtet. Die bewegendsten Momente dabei sind immer die Berichte von Hinterbliebenen, die in tiefer Dankbarkeit gegenüber den Mitarbeitern der Gedenkstätte und dem Förderverein über das Schicksal ihrer Angehörigen berichten.

Sie sehen, meine Damen und Herren, der Förderverein Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain investiert viel Kraft und Zeit in ehrenamtliche Tätigkeit, die gerade in der

Gegenwart so wichtig ist, um historisch-politische Bildungsarbeit und bürgerschaftliches Engagement mit Leben zu erfüllen.

Unser größtes Projekt jedoch ist ein Natur- und Geschichtslehrpfad, der durch das ehemalige Gelände des Kriegsgefangenenlagers in der Gohrischheide führen soll. Seit 15 Jahren arbeitet der Förderverein dabei mit dem deutschen Zweig des SCI, Service Civil International, auf der Grundlage eines Kooperationsvertrages zusammen. Das SCI ist eine internationale, nichtstaatliche Organisation, die Hilfs- und Friedensdienste auf freiwilliger Basis organisiert, insbesondere internationale Work-Camps. Seit diesen 15 Jahren wird so ein Work-Camp von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten in Zeithain angeboten, an dem sich jährlich etwa 15 junge Erwachsene aus aller Welt beteiligen. Bis 2010 ist es mit Hilfe der Freiwilligenarbeit unter fachlicher Anleitung und Aufsicht des Landesamtes für Archäologie gelungen, die Untersuchungen des ehemaligen Lagergeländes sowie das Freischneiden von relevanten Flächen so weit abzuschließen, dass ein Geschichtslehrpfad in dem Naturschutzgebiet möglich ist, der im besten Fall auch als Naturschutzpfad genutzt werden sollte.

Jedoch kommen wir dem Ziel der Schaffung eines solchen Pfades in den letzten fünf Jahren nicht näher. Ursachen sind einerseits die vielen unterschiedlichen Interessen, die auf diesem Gelände zusammenkommen. Da gibt es den Staatsbetrieb Sachsenforst, der Eigentümer des Geländes ist, die Gemeinde Zeithain, auf deren Flur das Gelände liegt, die Gedenkstätte und den Förderverein, denen daran gelegen ist, dieses Lager, den Ort mit den meisten Opfern nationalsozialistischer Verfolgung und Vernichtung im Freistaat Sachsen mit 25 000 bis 30 000 Opfern in seinem ganzen Ausmaß zu präsentieren. Es gibt den Natur- und Denkmalschutz und die Stiftung Sächsische Gedenkstätten, die den Anspruch erhebt, Träger dieses Lehrpfades zu sein. Dieser Stiftung mangelt es jedoch offensichtlich an einer klaren Konzeption zur Umsetzung. Wenn die Stiftung der Träger sein soll und will, dann vermischen wir sehr deutlich ihr Engagement zur Vollendung.

Der wesentliche Beitrag zur Vorbereitung dieses Lehrpfades wird jährlich durch das besagte SCI-Work-Camp erbracht. Dieses Jahr hingegen verweigerte die Stiftung einen Kooperationsvertrag zwischen dem SCI und dem Förderverein. Die Leitung des deutschen Zweiges des SCI in Berlin bedauerte diese Entscheidung sehr, da sie mit uns in all den vorangegangenen Jahren einen sehr zuverlässigen Partner hatte. Dass sich dieser Prozess seit 2010 hinzieht, liegt unseres Erachtens daran, dass es die Stiftung versäumt hat, grundsätzlich einen Gestattungsvertrag mit dem Eigentümer Sachsenforst abzuschließen und einen Antrag auf Genehmigung des Geschichtslehrpfades bei der unteren Denkmalschutz- und Naturschutzbehörde des Landratsamtes Meißen zu stellen.

Etwas, was die Arbeit des Vereines in hohem Maße strapaziert, ist der Sachverhalt, dass Briefe und Beschwerden an Stiftung und Stiftungsrat über lange Zeit unbeachtet und unbeantwortet blieben. Leider ist auch das Vertrauensverhältnis zum Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kultur und der Vorsitzenden des Stiftungsrates inzwischen stark beeinträchtigt. Wie oft haben wir in der Vergangenheit unsere Probleme in Briefen an sie dargelegt, leider ohne Erfolg, will sagen: ohne Antwort.

Alle Auseinandersetzungen mit dem Geschäftsführer der Stiftung führten immer weg von einer sachlichen Diskussion hin zu persönlichen Angriffen. Es wird seinerseits nicht auf der Sach-, sondern immer auf einer Beziehungsebene argumentiert. Spricht man

mit Kollegen aus anderen Bundesländern über die Vereinsarbeit und das Verhältnis zur Stiftung Sächsische Gedenkstätten, so werden wir oft mitleidig betrachtet. Das kann doch nicht im Sinne unseres Freistaates, seines Landtages oder seiner Staatsregierung sein. Das fehlende Engagement, Missstimmungen klären zu wollen, oder die fehlende öffentliche Reaktion auf negative Beiträge in den Print- und elektronischen Medien seitens des Stiftungsrates können wir nur als mangelndes Verantwortungsbewusstsein dieses Gremiums werten.

Lassen Sie mich kurz Beispiele angeben, die ebenso wenig förderlich für eine aktive und erlebbare Gedenkstättenkultur sind, wie die oben genannten. Die Gedenkstätte Zeithain ist die einzige, die nach aktuellem Stellenplan formal nur mit einer halben Stelle für die Leitung ausgestattet ist. Wir fragen uns, warum die Gedenkstätte Zeithain weiterhin so benachteiligt ist und wir es nur Vergleichen vor Arbeitsgerichten zu verdanken haben, dass eine ganze Leiterstelle für Zeithain existiert.

Ein allerletztes Beispiel: Für die Unterbringung der Teilnehmer des Work-Camps hat die Gemeinde Zeithain unserem Verein ein Wohnhaus für 25 Jahre zur Verfügung gestellt. Dieses Haus ist stark sanierungsbedürftig. Nur mit Sachspenden konnten wir einen Zustand herstellen, der im Grunde noch niedriger als einfaches Campingniveau ist. Unser Ziel ist es, dieses Gästehaus für die Gedenkstätte zu gestalten. Damit wäre die Gedenkstätte Zeithain die erste sächsische Gedenkstätte, die mit einem solchen Gästehaus aufwarten könnte. Solche Gästehäuser sind bereits im Zusammenhang mit anderen Gedenkstätten wie zum Beispiel im ehemaligen KZ Buchenwald üblich und werden von Vereinen betrieben. Wir konnten in diesem Jahr bereits Sachspenden einwerben, die es uns ermöglichen, erste kleine Renovierungen vorzunehmen. Hier brauchen wir noch viel Hilfe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, wir sind gern auch weiterhin bereit, uns für die Gedenkstättenarbeit in Sachsen zu engagieren, auch mit der Stiftung. Doch wenn unsere Hilfe brüsk abgelehnt oder Schreiben an die Stiftung nicht oder erst nach Monaten beantwortet werden, ist dies kaum möglich.

Auf der anderen Seite noch dies: Wir wurden vor kurzem von der Stiftung aufgefordert, nicht mehr die Postadresse der Gedenkstätte zu verwenden. Uns wurde dafür ein Spielraum von nur wenigen Tagen eingeräumt, wohl wissend, dass eine Änderung vereinsrechtliche Konsequenzen nach sich zieht – mit allen Kosten, die durch eine Satzungsänderung im Rahmen einer Mitgliederversammlung entstehen. Dazu kommen noch Notar- und Gerichtskosten.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass wir sehr wohl und sehr gern die Bekenntnisse hören, wie wichtig historisch-politische Bildung und Demokratieerziehung gerade in der heutigen Zeit sind und wie wichtig es ist, die Geschichte aufzuarbeiten. Unsere praktische ehrenamtliche Tätigkeit wird jedoch seitens der Stiftung nicht als Unterstützung, sondern als Konkurrenz betrachtet. Anders ist das Verhalten gegenüber dem Förderverein seit 2010 nicht zu betrachten.

In den vergangenen Jahren wurde die Vereinsarbeit von den zum Teil unsachlichen Auseinandersetzungen mit der Stiftung geprägt. Das hat uns sehr viel Zeit und Kraft gekostet. Wir können nicht begreifen, wieso Hilfe, die von ehrenamtlichen Kräften in deren Freizeit angeboten wird, abgelehnt und behindert wird. Ganz ehrlich, vor einem Jahr standen wir vor der Frage, ob wir uns auflösen sollten. Nach einem intensiven

Gedankenaustausch haben wir uns entschlossen, weiterzukämpfen, weil wir nicht nur um die Wichtigkeit unserer Arbeit und die der Gedenkstätte wissen, sondern diese auch inhaltlich mit Leben erfüllen wollen und können. Wie wir erfahren haben, haben andere Fördervereine ganz ähnliche Erfahrungen mit dem Geschäftsführer gemacht wie wir. Ein Verein hat unter diesen Bedingungen der Gedenkstättenkultur schon aufgegeben und sich aufgelöst oder ist in der Auflösung: der Förderverein DIZ Torgau.

Unser Verein hat am vergangenen Samstag seinen 20. Gründungstag mit einer Rundfahrt im Geländebus durch die Gohrischheide und einem öffentlichen Zusammensein, bei dem unsere Mitglieder die Ergebnisse ihrer Arbeit vorgestellt haben, gefeiert. Ganz besonders haben wir uns über Exponate von Schülern des Beruflichen Schulzentrums Riesa gefreut, die sie uns freundlicherweise zu Verfügung gestellt haben.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Herr Franke, ich möchte Sie an die Zeit erinnern. Sie sind schon weit darüber.

Peter Franke: Noch zwei Sätze. Hier haben wir sehr beeindruckend erfahren, mit wie viel Interesse und Neugier junge Leute an der Aufarbeitung der Lagergeschichte und der Erkundung der Gedenkstätte gearbeitet haben. Genau solche Erlebnisse geben uns Kraft, für eine aktive Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur in Sachen weiterzukämpfen, sie kritisch zu betrachten und weiterzuentwickeln.

Ich kann nur an Sie appellieren: Schaffen Sie die Voraussetzungen auch in der Geschäftsführung der Stiftung dafür, dass wir dies erfolgreich tun können. Schaffen Sie Voraussetzungen, dass Stiftung und Vereine dies auf Augenhöhe tun können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Franke. Als Nächster hat Herr Prof. Dr. Graf von den Staatlichen Museen zu Berlin das Wort. Er leitet dort das Institut für Museumsforschung. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Bernhard Graf: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Vielen Dank für die Einführung. Es ist eine Dramaturgie, die für Sie kaum interessanter sein könnte. Wir haben den Bericht von unten gehört. Nun kommt ein Statement von einer anderen Warte, die sich mehr mit den Bedingungen der Stiftungsarbeit insgesamt beschäftigt.

Für mich war die Grundlage meiner Überlegungen das geänderte Stiftungsgesetz von 2012. Darin ist zunächst einmal eine Schärfung der Präambel vorgenommen worden. Die beiden großen Förderbereiche wurden geschärft. Viele einzelne Gedenkstätten sind neu namentlich erwähnt worden. Ich spreche jetzt nicht von der Stiftung, sondern von den Gremien der Stiftung. Der Stiftungsrat steuert die Stiftung nach meiner Beobachtung sehr sachorientiert im Sinne einer Weiterentwicklung der diversen Stiftungsaufgaben. Das kann von der unteren Perspektive immer wieder anders aussehen. Insgesamt gesehen erkenne ich Bemühungen, die Profilbildung im Sinne einer veränderten gesellschaftlichen und biografischen Veränderung als zentrales Ziel anzuerkennen.

Auch die Optimierung und Qualitätssicherung der Leistungspositionen der Stiftung nach innen ist im Blick des Stiftungsrates und wird unter anderem dadurch verfolgt, dass in diesem Jahr eine externe Evaluierung beschlossen wurde, die von der Firma Prognos – nach meiner Kenntnis aus Basel in der Schweiz – vorgenommen wird. Fünf Jahre nach dem Erlass des Stiftungsgesetzes schaut man einmal kritisch hin und überlegt, was dabei zutage kommt.

Ich trage kurz einmal die Hauptpunkte vor, weil Sie vielleicht nicht alle kennen, die Gegenstand dieser Evaluierung sein werden. Das ist einmal die Untersuchung der untergesetzlichen Regelung. Unterhalb des Stiftungsgesetzes gibt es viele Vereinbarungen und Regularien, die letztlich dazu führen, ob irgendwohin Geld fließt oder nicht, wie betroffene Gruppen beteiligt werden können. Es geht um Beteiligungen im wissenschaftlichen Beirat und ähnliche Dinge. Zweitens. Die Organisation, Verfahren und Entscheidungsprozesse der Stiftung sind im Blick. Drittens die finanziellen und personellen Ressourcen der Stiftung werden untersucht. Viertens. Last, but not least – eigentlich ist das der Hauptpunkt –, die messbaren Arbeitsergebnisse und die Arbeitsstellen innerhalb der Stiftung sind Ziel der Evaluierung.

Zum Charakter dieser Evaluierung: Es gibt grundsätzlich zwei Möglichkeiten, auf Einrichtungen zu schauen. Entweder macht man eine Querschnittsevaluierung zu einem bestimmten Zeitpunkt und schaut, ob die gut, schlecht oder mittel sind. Das ist meistens retrospektiv auf der Basis von einem oder mehreren Bezugsjahren. Oder man hat eine sogenannte Prozessevaluierung, das heißt, man schaut sich Arbeitsprozesse und das laufende Geschäft an. Das ist hier der Fall. Wenn man das macht, hat es den Vorteil, dass man viele Details genau aufnehmen kann und solche Dinge in der Evaluierung entdecken wird, von denen Sie berichtet haben.

Das hat aber auch zur Folge, dass solche Evaluierungen nicht schnell gehen, sondern dass sie mindestens ein bis zwei Jahre dauern. Die Evaluierung ist nach meiner Kenntnis im Sommer 2017 beauftragt worden, und ab Herbst wird gearbeitet. Nach einem Jahr gibt es einen Zwischenbericht. Das wäre frühestens Mitte, Ende 2018. Die Zwischenergebnisse vor dem Endbericht, die ausdrücklich vereinbart sind, sind sicherlich wichtige Hinweise für den Stiftungsrat, Stellschrauben zu justieren, aber vielleicht auch über die grundsätzliche Ausrichtung der Stiftungsarbeit zu debattieren.

Nun will ich nicht sagen, dass die Evaluierung alles retten soll, wenn irgendwo ein Kind in den Brunnen gefallen ist. Ich kann nicht beurteilen, ob das so ist. Ich werde mich nicht zur Qualität der Stiftungsarbeit äußern, weil ich zu weit weg bin. Sie haben sicherlich Verständnis dafür. Die Stiftung selbst ist mit dem Stiftungsrat durchaus in der Lage, die Ergebnisse sachgerecht aufzugreifen und wenn es nach einem Jahr an der Zeit ist, dem systematisch nachzugehen und Fehler zu beseitigen. Das ist sicherlich nicht ganz ausreichend, denn man muss auch im Laufe des Prozesses weiterhin nachsteuern und nachschauen.

Die Stiftung selbst arbeitet – gemessen an den vorhandenen Besuchszahlen – bereits jetzt sehr erfolgreich, was die Erreichung des Publikums betrifft. Mir ist bekannt, dass 2016 insgesamt 131 100 Besucher in allen Stiftungseinrichtungen gezählt werden konnten. 11 600 Schülerinnen und Schüler wurden in Projekten und Führungen betreut. Sicherlich sind Ihre mit dabei.

Was folgt daraus? Ein Verschieben auf einen Zeitpunkt X ist nicht ausreichend. Ich bin sicher, dass das auch nicht das Ziel ist, sondern es wird empfohlen, die Weiterentwicklung und Profilbildung der Stiftung auf der Grundlage der Zwischenberichte und Endergebnisse der Evaluierung vorzunehmen und auf gesellschaftliche Herausforderungen weiterhin auch mit kurzfristigen Maßnahmen zu reagieren. Das sind beispielsweise die veränderte Bildungsarbeit in Zeiten digitaler Medien, die Nutzung Social Media für Kommunikation, aber auch die biografische Tendenz, dass Zeitzeugen nicht mehr allzu lange zur Verfügung stehen und eine bestimmte Generation im Bereich NS-Unrecht, aber auch DDR-Unrecht langsam dadurch aufgefangen werden muss, dass die Berichte aufgenommen, verschriftlicht und medial dokumentiert werden. Da ist sicherlich Handlungsbedarf. Ich bin sicher, dass schon Dinge im Gange sind, die mir aber nicht bekannt sind.

Die Besucherforschung ist ein wichtiger Punkt für die Stiftungsarbeit. Das wurde schon mehrfach kommuniziert. Ich habe das nur in der Presse verfolgt. Hier kann ich vielleicht den Rat geben, dass man das in Richtung einer erweiterten Publikumsforschung ausbaut, Nichtbesucher oder Nutzer in Social Media und anderen Projekten mit in den Blick nimmt, um Profilschärfung und Profilbildung zu betreiben. Schließlich – das ist ein Punkt, den Sie von Ihrer Warte angesprochen haben – muss die Stiftung dazu finanziell entsprechend ausgestattet werden. Das sagt sich als Gutachter immer besonders leicht, denn wir müssen es nicht bezahlen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Prof. Graf. Als Nächster hat Herr Prof. Hirschfeld, Professor für politische Theorie und Bildung an der Evangelischen Hochschule in Dresden, das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Uwe Hirschfeld: Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Ministerin! Sehr geehrte Damen und Herren! Dass sich mit dem zeitlichen Abstand zu historischen Ereignissen auch die Formen der Auseinandersetzung mit diesen Ereignissen ändern, ist eine Binsenweisheit. Doch enthebt uns diese banale Einsicht nicht der Pflicht, die konkreten Bedingungen jeweils neu zu bestimmen und insbesondere die daraus erwachsenden Aufgaben für die historisch-politische Bildung zu definieren. Dies wird gewichtig, wenn die Abstände Generationen umfassen. Das spielt insbesondere im Übergang von der vierten zur fünften Generation eine entscheidende Rolle. Das ist nicht nur eine Frage der Zeitzeugen, die Sie schon angesprochen haben, sondern auch eine Frage, wie man den Zugang zur Geschichte findet.

In der vierten Generation erfolgt ein entscheidender Umschlag. Was zuvor als warme Geschichte in familiären Kontexten kommunikativ tradiert wurde, wird nun zur kalten Geschichte in – von wenigen Ausnahmen abgesehen – ausschließlich kultureller Tradierung. Wer noch einen Opa hatte, der zumindest ab und an von der Nazizeit wie auch immer erzählte, hat einen anderen Zugang zu den Exponaten und Informationen einer Gedenkstätte als derjenige, der sich seines Urgroßvaters nicht einmal mehr zu erinnern vermag. Die individuell wie immer auch geprägte persönliche Beziehung bettet die Rezeption der von der Gedenkstätte oder Museen oder Schulen präsentierten Ereignisse nicht mehr ein. Das lernende Subjekt hat keine privatpersonale Beziehung mehr zu dem, was gezeigt wird.

Auf einer prinzipiell generationalen Ebene ist einem heute geborenen Menschen in 20 Jahren die Bücherverbrennung vom 10 Mai 1933 so fremd und fern wie der Bildersturm in der Reformation des 16. Jahrhunderts. Was ihm begegnet, sind von dominanten gesellschaftlichen Gruppen verbindlich definierte, kontrollierte und institutionalisierte Festlegungen, wie Boris 2015 festgestellt hat, die keinen familiären Bezug mehr haben, vielmehr dem Lernenden fremdbestimmt gegenüber treten.

Vor diesem Hintergrund ist zu überlegen, wie dem Anspruch des Sächsischen Gedenkstättenstiftungsgesetzes Gedenkstätten „als Orte der außerschulischen sowie politischen Bildung“ zu entwickeln in Zukunft genügt werden kann. In der modernen Ausstellungsinszenierung gibt es dazu vielfältige Überlegungen und Ansätze. Ich verweise allein auf die zunehmende Bedeutung der Gedenkstättenpädagogik. Die Zeiten, in denen Gedenkstätten dachten, die Aufgabe historisch-politischer Bildung mit dem authentischen Ort, ein paar Exponaten hinter Glas und Texttafeln daneben erledigt zu haben, sind glücklicherweise vorbei – zumindest dem Anspruch nach, wenn auch noch nicht überall in der Umsetzung.

Ich möchte mich daher an dieser Stelle auf die strukturellen Settings, auf das Vorfeld der Ausstellungspräsentation und Rezeption in der Gedenkstätte konzentrieren. Dabei lohnt es sich, eine Beobachtung aufzugreifen, die auf den ersten Blick in einem verwunderlichen Gegensatz zur fremdbestimmten institutionell-kulturellen Tradierung steht, nämlich die Spurensuche junger Leute, die sich in ihrer Lebenswelt, in ihrem lokalen und sozialen Nahraum um eine Auseinandersetzung mit gerade der Geschichte bemühen, zu der sie in der Regel keinen familiär-kommunikativen Bezug mehr haben. Warum tun sie das, könnte man fragen. Sicherlich – als allgemeinste Antwort – weil Menschen ohne ein Minimum an Kontinuitätsvorstellungen nicht leben können. Allerdings lässt sich dieses Bedürfnis wesentlich einfacher in der kommerziellen Eventgesellschaft mit Mittelalterromanen und TV-Melodramen befriedigen.

Die genauere Antwort muss sich daher auf eine bestimmte Art der Gegenwartswahrnehmung dieser Projekte beziehen. Die initiative Beschäftigung mit der NS-Zeit, deren kulturelle Tradierung – ich wiederhole es – institutionalisiert und normativ ist, entspringt der Wahrnehmung einer als fragwürdig erfahrenen Gegenwart, deren historische Entstehungslinien zu suchen, zu untersuchen sind. Diejenigen, die mit einem skeptischen, kritischen Blick auf die Gegenwart ihrer Lebensverhältnisse schauen, nach Elementen und Strängen der Vergangenheit suchen, gerade an den Stellen die familiär nicht mehr belegt sind, entwickeln das, was zu einer produktiven Geschichtsauseinandersetzung gebraucht wird: Fragen an die Geschichte.

Es ist genau diese Fragehaltung, die in der institutionalisierten Pädagogik – in der Schule wie in Gedenkstätten – oftmals ignoriert, zumindest nicht ausreichend wahrgenommen, geschweige denn gefördert wird. Wird vom Ziel her gedacht und sei dieses noch so ehrenwert, gerät das Individuum schnell zum Objekt wohlmeinender Belehrung. Was eine subjektorientierte Bildung in der pädagogischen Interaktion kritisch zu bearbeiten hat, muss aber auch institutionell und strukturell auf den Umgang mit Geschichtsinitiativen reflektiert werden.

Ich erinnere an Siegfried Bernfeld und seine Formulierung „die Schule als Institution erzieht“. Man kann auch sagen: Die Gedenkstätte als Institution erzieht. Es reicht nicht allein, dass das Ziel einer Veranstaltung fixiert ist, sondern der gesamte Kontext bei der politischen Bildung ist mit zu beachten. Wie heißt es nun bei diesen

Geschichtsinitiativen? Den Fragen Raum zu geben, sie aufzugreifen, insbesondere dann, wenn sie schon zu einem aktiven bürgerschaftlichen Engagement geführt haben. Bei der initiativen Beschäftigung mit der Geschichte haben wir es nicht nur mit einer „bloß interessierten Haltung“ zu tun, die passiv bedient werden will, sondern wir haben es mit aktivem, mit gesellschaftlichem Handeln zu tun. Orte politischer Bildung dürfen das nicht ignorieren, sondern müssen diese Initiativen und Projekte aufsuchen, aufgreifen und vielfältig unterstützen.

Das gilt insbesondere für Gedenkstätten, da diese mit ihrer Bindung an den authentischen Ort darauf angewiesen sind, Besucher und Besucherinnen einzuladen, beispielsweise im Unterschied zur Schule, die die Schüler schon verhaftet hat, ihnen die Türen zu öffnen, sie hereinzubitten. Wer meint, das sei nur eine Marketingaufgabe, irrt sich. Die Dynamiken gesellschaftlicher Lernprozesse gehen weit über die jeweiligen Institutionen hinaus. Die Gedenkstätten müssen aufpassen, dass sie in diesem politisch-historischen Lernen nicht randständig werden, wenn es ihnen nicht gelingt, den Akteuren Raum zu bieten. Dabei muss dieser Raum einige Besonderheiten aufweisen, will er nicht Stützpunkt institutioneller Kolonialisierung werden und damit das bürgerschaftliche Engagement ersticken. Momente demokratischen Handelns gewinnen dann an Gewicht und Bedeutung, wenn sie eigen sind, in Diskussion und Konflikten kommunizieren, wenn die Spezifik eines historischen Engagements von Laien nicht unter das Kuratel der Fachleute gestellt wird, sondern als Angebot einer produktiven Zusammenarbeit verstanden wird.

Um diese Aufgaben aus dem generationalen Wandel in der Geschichtsrezeption für Sachsen konkret zu formulieren, vier Punkte: Erstens: Die operative Projektförderung ist keine Nebentätigkeit der Stiftung, sondern sollte zu deren Hauptaufgaben gehören. Dafür ist sie mit entsprechenden Mitteln auszustatten. Zweitens: Die Projektförderung für die Auseinandersetzung mit der Nazidiktatur muss aufsuchend, beratend, wertschätzend und unterstützend sein. Dafür braucht sie eigene Ressourcen. Dafür braucht es einen Umlernprozess, weil das bislang so nicht der Fall ist. Drittens: Die Gedenkstätten können dabei als Partner fachliche Beratungen, Unterstützungen und Arbeitsmöglichkeiten anbieten, wenn sie ihre Rolle von der bloßen Vermittlung hin zu einem dialogischen Partner erweitern. Dafür gibt es Ansätze. Der Aufbau einer dezentralen Förderstruktur mit Elementen einer Selbstorganisation, Selbstverwaltung der Initiativen, Projekte, Vereine und Verbände entspräche ihrem aktiv bürgerschaftlichen Charakter. Eine zentralistische und bürokratische Verwaltung würde diese in ihrer Initiative ersticken.

Die im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN formulierten Punkte, scheinen mir gut geeignet, eine in Sachsen überfällige gedächtnispolitische Entwicklung in diese Richtung anzustoßen und zu begleiten.

Vielen Dank.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Prof. Hirschfeld. Als Nächste hat Frau Vera Lengsfeld das Wort. Sie vertritt die Gedenkstätte Hohenschönhausen und ist Autorin, Zeitzugin und Referentin. Frau Lengsfeld, bitte schön.

Vera Lengsfeld: Herr Vorsitzender! Frau Staatsministerin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Vielen Dank, dass ich heute zu diesem Thema zu Ihnen sprechen kann. Das ist ein Thema, dass uns seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktatur

infolge der friedlichen Revolution von 1989/1990 beschäftigt. Europas Erbe sind bekanntlich zwei totalitäre Diktaturen des letzten Jahrhunderts und ihre Spielarten. Das Europäische Parlament hat nach dem Beitritt der osteuropäischen Staaten und auf deren Antrag am 2. April 2009 eine Resolution über „European conscience and totalitarianism“ verabschiedet. In dieser Resolution heißt es: „Europa wird nicht vereint sein, ehe es eine gemeinsame Sicht seiner Geschichte entwickelt hat, Narzissmus, Stalinismus und faschistische und kommunistische Regime als sein gemeinsames Erbe betrachtet und eine aufrichtige und gründliche Debatte über ihre Verbrechen im letzten Jahrhundert geführt hat.“ Soweit die Resolution des Europäischen Parlaments, die für alle Europäer der Leitfaden bei der Diskussion über Totalitarismus und Erinnerungskultur des letzten Jahrhunderts sein sollte.

Leider wird in Deutschland das Gedenken an eine Diktatur instrumentalisiert, um die Diskussion über die andere Diktatur zu erschweren. Der vorliegende Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist ein weiteres Beispiel dafür. Aber bevor ich näher auf diesen Antrag eingehe, möchte ich sagen, dass ich persönlich beim Lesen den Eindruck hatte, dass er sich wie eine Fortsetzung der Kampagne von 2016 gegen den Geschäftsführer der Stiftung, Siegfried Reiprich, liest. Wenn ich mich hier im Raum umblicke, sind es sogar zum Teil dieselben Akteure.

Schon 2016 wurde behauptet, die Stiftung würde auf Betreiben ihres Geschäftsführers das Gedenken an die nationalsozialistische Diktatur zugunsten der Darstellung des SED-Unrechts vernachlässigen. Diese Vorwürfe wurden hauptsächlich aus einer Antwort auf die Anfrage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach der Verteilung von Projektfördermitteln der Stiftung abgeleitet. Die Antwort von Frau Staatsministerin Stange lautete, dass bis zu 86 % der Fördermittel von 2013 bis 2015 für Projekte der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur zur Verfügung gestellt wurden – gegenüber nur etwa 16 % für die Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Diese Antwort wurde von Sven Felix Kellerhoff – Verzeihung Frau Staatsministerin, wenn ich den „Welt“-Journalisten jetzt wörtlich zitiere – auf „Welt-Online“ am 23.02.2016 mit Recht als hinterhältig bezeichnet. Denn unter den Tisch fiel, dass die Projektmittel nur ein Fünftel des Haushaltes der Stiftung ausmachen und sich die Gewichte durch die institutionelle Förderung wieder zu Gunsten der Aufarbeitung des Nationalsozialismus verschieben.

2016 brachte die Kampagne nicht das gewünschte Ergebnis. Siegfried Reiprich ist immer noch im Amt, und er richtet seine Politik nach wie vor nach den europäischen Vorgaben aus, statt sich auf den deutschen Sonderweg der Adaption des Antifaschismus der DDR zu begeben. Genau darum geht es hier. Das hat auch der von mir schon zitierte Sven Kellerhoff im selben Artikel festgestellt. Wörtlich: „Wollen wir zurück zum Antifaschismus á la DDR oder voran zu einem echten Antitotalitarismus?“ Reiprich will den echten Antitotalitarismus, wie er von Hannah Arendt als einzige richtige Antwort auf zwei europäische Diktaturen gefordert wurde. Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht in die andere Richtung. Er recycelt die Vorwürfe von 2016, aber nicht mehr offen, sondern verdeckt.

Inzwischen liegt uns der Tätigkeitsbericht der Stiftung vor. Ich nehme an, Sie haben den alle gelesen. Dieses Dokument allein beweist die Absurdität der Vorwürfe. Schon bei der Aufzählung der Höhepunkte des Jahres 2016 standen sieben Höhepunkte im Zusammenhang mit dem Gedenken an den Nationalsozialismus und nur drei im Zusammenhang mit der SED-Diktatur. Ja, das ist ein Ungleichgewicht, aber ein anderes als es die GRÜNEN behaupten. Bei der Darstellung der institutionellen Förderungen

kommt die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur nur am Rande vor, etwa bei der Gedenkstätte Münchner Platz oder beim Informations- und Dokumentationszentrum Torgau. Dagegen wird in der Gedenkstätte Bautzen angemessen der NS-Opfer gedacht. Nur in der Gedenkstätte „Runde Ecke“ und Jugendwerkhof Torgau geht es hauptsächlich um die SED-Diktatur.

Insgesamt beschäftigen sich acht der vorgestellten Projekte ausschließlich oder hauptsächlich mit dem Nationalsozialismus, während es in sechs Projekten hauptsächlich um die SED-Diktatur geht. Aber auch bei solchen Projekten wie der Umweltbibliothek Großhenndorf, die aus der Umweltbewegung der DDR hervorging, haben Ausstellungen über die Zeit des Nationalsozialismus stattgefunden.

Von einer Unterrepräsentation der Aufarbeitung des Nationalsozialismus kann überhaupt keine Rede sein. Das haben wir hier schriftlich als Drucksache vorliegen. Jeder kann das nachlesen.

Im Übrigen lässt der Tätigkeitsbericht – anders als im Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN behauptet – eine klare Konzeption erkennen. Ich bin sehr froh darüber. Er stellt die Biografien von Menschen in den Mittelpunkt, die Opfer beider Diktaturen waren. Im Gegensatz zu anderen Stiftungsberichten bietet der Tätigkeitsbericht eine interessante und bewegende Lektüre. Übrigens sind auch bei den vorgestellten Biografien die NS-Opfer in der Überzahl.

Was meinen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wenn sie verlangen, dass die Stiftung – ich zitiere: „bestehenden Ungleichgewichten mit eigenen Impulsen und nachhaltiger Begleitung begegnen soll“? Soll Herrn Siegfried Reiprich ein Zensor zur Seite gestellt werden, der ihn auf den rechten Weg bringt? Wer ist mit „Initiativen und Opferverbänden“ gemeint, die Unterstützung leisten sollen? Was sind bitte erinnerungskulturelle Initiativen? Das alles wird nicht näher erklärt, sondern einfach nur in den Raum gestellt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN behaupten, „ein Generationswechsel und gesellschaftlicher und technischer Wandel machten eine zeitgemäße Umsetzung des Bildungsauftrages“ der Stiftung nötig. Diese anstehende Evaluierung sollte dafür genutzt werden. Aber nach Ansicht der GRÜNEN sollte diese Evaluierung eher – Entschuldigung, dass ich jetzt auch wieder Klartext spreche – ein Beschäftigungsprogramm für die Klientel der GRÜNEN werden; denn es steht in dem Antrag, verschiedene Interessengruppen – –

(Cornelia Falken, DIE LINKE: Das steht Ihnen jetzt aber echt nicht zu!)

Man muss das einfach nur einmal lesen. Ich lese die Texte und ziehe meine Schlussfolgerungen. Ich denke mir hier nichts aus, ich zitiere wieder: „Verschiedene Interessengruppen und Perspektiven sollten einbezogen werden“, ohne dass an einer einzigen Stelle gesagt wird, wer und was genau gemeint ist. Das gilt auch für die „externe Beteiligung von Opferverbänden und Initiativen“. Die GRÜNEN fordern ein eigenes erinnerungspolitisches Leitbild, als gebe es das Leitbild des Europäischen Parlamentes nicht. Dieses Leitbild, das die GRÜNEN fordern, soll die Antwort auf behauptete, aber nicht bewiesene völkisch-nationalistische Tendenzen und den „Versuch einer Umdeutung der Erinnerungskultur“ geben.

Beide Behauptungen stehen in dem Antrag völlig unbewiesen. Über Jahre hinweg wären Projekte der NS-Zeit nur randständig gefördert worden. Hier kommt wieder das

Argument, das 2016 längst widerlegt wurde. Deshalb solle die Stiftung selbst solche Projekte initiieren. Die Stiftung hat alle möglichen Aufgaben, aber ganz bestimmt nicht, selbst Projekte zu initiieren, die von den von den GRÜNEN so hochgelobten und Gruppen nicht kommen. Diese Forderung ist ebenso absurd wie die Forderung nach Einflussnahme der Sächsischen Staatsregierung über ihre Ministerien. Die GRÜNEN haben in ihrem eigenen Antrag festgestellt, dass solche Einflussnahme der Sächsischen Staatsregierung nicht wünschenswert und nicht opportun sei. Trotzdem fordern sie die Einflussnahme über die Ministerien. Das ist ein Widerspruch an sich.

Im Tätigkeitsbericht der Stiftung findet sich kein einziger Hinweis auf die von den GRÜNEN behaupteten Tendenzen, Mängel oder Ungleichgewichte. Von daher ist der Antrag gegenstandslos und sollte abgelehnt werden.

Vielen Dank.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Als Nächster hat Herr Dr. Jörg Morré, Direktor des Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst, das Wort. Bitte schön.

Dr. Jörg Morré: Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Staatsministerin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich habe mich – aufgefördert zu einer Stellungnahme – an dem Antrag abgearbeitet. In meinem Statement wollte ich mich auf den Punkt I.6 konzentrieren. Darin geht es um die interne Steuerung der Stiftungsaufgaben. Da wird auch die Entwicklungskonzeption, die meine Vorrednerin gerade schon ein wenig zum Thema gemacht hat, angesprochen. Es geht um die inhaltliche Ausrichtung und die organisatorischen Fragen, die damit verbunden sind.

Grundsätzlich scheint es mir so, dass die gesetzliche Grundlage, die die Stiftung Sächsische Gedenkstätten hat, vollkommend ausreichend ist. Es ist eine tragfähige Basis, auf der man all die zur Diskussion stehenden Probleme – und es gibt sie – lösen kann. Was tatsächlich fehlt ist eine inhaltliche Ausrichtung der Stiftung, die den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen, Anforderungen entspricht. Unter Gesellschaft verstehe ich so herum gesehen durchaus die aktuellen politischen Entwicklungen, die hier im Lande stattfinden, die in diesem Gesetz nicht immer unmittelbar aufgefangen werden können. Da hängt es davon ab, wie man im Hier, Jetzt und Heute im Miteinander darauf reagiert. Aus meiner Sicht fehlt tatsächlich eine kohärente Konzeption, wie die Stiftung Sächsische Gedenkstätten auf der bestehenden Basis weiterzuentwickeln ist. Die Eckpunkte, die in den Unterlagen angesprochen werden, die der Geschäftsführer Ende 2016 formuliert hat, sind sicherlich ein guter Anfang, reichen aber nicht aus.

Wenn man zur Kenntnis nimmt, dass fast schon wieder ein Jahr vergangen ist, seit diese Eckpunkte im Dezember 2016 formuliert wurden, ist es bedenklich, dass nicht zeitnah reagiert wird. So sehe ich das auch mit der beauftragten Evaluierung. Es ist vollkommen richtig, was wir von Herrn Graf gehört haben. Das ist wichtig und braucht Zeit. Das sollte man als Ergebnis auch nicht vorwegnehmen, definitiv nein. Es ist sehr gut, dass ein Zwischenbericht eingefordert worden ist.

Aber die inhaltlichen Dinge – da müssen wir über Inhalte reden – und Probleme sollten meiner Meinung nach jetzt angepackt werden. Es gibt den Stiftungsrat. Das ist aus meiner Sicht ein wichtiges Gremium. Es sollte nicht so sein, dass man sich hinter dem

zu erwartenden Abschlussbericht eines beauftragten, externen Unternehmens, so seriös es sein mag, versteckt, sondern man muss sich das zu eigen machen, zumal hier klar ist, vor Anfang 2019 wird man über anliegende Probleme nicht reden können. Das ist eindeutig zu spät. Das geht nicht. Die inhaltliche Ausrichtung der Stiftung sollte nicht auf das Jahr 2019 verschoben werden. Sie muss jetzt erfolgen.

Wir kommen auf die interne Steuerung, auf das Miteinander, kann man allgemein menschlich sagen. Meiner Meinung nach ist die Expertise in den Organen der Stiftung, in den einzelnen Gedenkstätten der Stiftung, in den Köpfen der Mitarbeiter, die in diesen Einrichtungen arbeiten, vorhanden. Die Expertise ist da, man muss sie nur abrufen. Das geschieht aber nicht. Hier muss man gehörig noch einmal darüber nachdenken, die Strukturen zu ändern, zumindest das Miteinander. Vielleicht ist es gar nicht die Struktur. Es ist vielleicht mehr das Miteinander. Diese Expertise, die es vor Ort gibt – Ich habe von Karlshorst aus in jüngster Zeit viel mit der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain zur Problematik der Kriegsgefangenschaft im 2. Weltkrieg zu tun. Ich habe lange Zeit in der Gedenkstätte Bautzen gearbeitet. Ich bin immer noch inhaltlich mit dem Thema der Speziallager beschäftigt. Ich habe seinerzeit angefangen, zur Geschichte des Strafvollzugs im Nationalsozialismus zu recherchieren. Ich bin vor eineinhalb Jahren aus Bautzen angefragt worden, was ich damals ermittelt habe. Das hatte ich allerdings schön säuberlich niedergeschrieben. Aber es war klar, dass der Faden da wieder aufgenommen worden ist.

Ich will damit nur sagen: Es tut sich etwas. Das liegt vielleicht ein wenig an der Art der Geschäftsführung, diese Expertise wahrzunehmen und spürbar – ich betone spürbar – einfließen zu lassen. Ein Beispiel: Ich war letzte Woche in der Gedenkstätte „Münchner Platz“ als Referent. Da redeten wir auch über die Förderung der Kästnerstraße in Leipzig. Es geht um Hinrichtungen in der DDR. Warum werden die Experten, die es hier in München zu diesem Thema gibt – am Dresdner Platz stand das Fallbeil zuerst in der SBZ/DDR –, in einen solchen Prozess nicht eingebunden? Das fragt man sich dann. Das sollte aus meiner Sicht besser geschehen.

Ein weiterer Aspekt, den ich aus der externen, nichtsächsischen Perspektive ansprechen will: In der bundesweiten Wahrnehmung sind die sächsischen Gedenkstätten leider verschwunden. Die Diskurse, die hier geführt werden, kommen nicht nach außen. Die Kollegen, die an den einzelnen Orten arbeiten, die wir alle namentlich kennen, sind nicht dabei, wenn es um Tagungen, Kolloquien, Konferenzen und Gremienarbeiten geht. Sie können nicht publizieren. Man nimmt das, was sie wissen, was sie an ihren Orten tun – und das sind wichtige Gedenkorte, die hier im Freistaat sind – nicht wahr. Man geht da auch nicht hin. Das ist noch schlimmer. Wenn Gedenkstättenforen ausgerichtet werden, sind sie nicht in Sachsen. Sie sind in allen anderen Bundesländern, aber nicht im Freistaat. Das ist eine Entwicklung über Jahre. Der Status ist jetzt so, wie ich es hier kurz und bündig beschreibe. Darüber sollte man reden, und das sollte man aus meiner Sicht unbedingt abstellen.

Bestehende Kooperationen zerbrechen. Beispiel Torgau: Wenn sich der Bundesverband der NS-Justizopfer aus dem Prozess der Neukonzeption einer Dauerausstellung ausklinkt, ist das schlimm. Wenn in Bautzen die Gedenkstätte nicht mehr am Bautzenforum – eines der etabliertesten Foren der Zeitzeugen, eines der ältesten in der vereinigten Bundesrepublik – teilnimmt, ist das schlimm. Das darf nicht passieren. Wir können gern noch über die Ursachen reden, das ist jetzt nicht der Punkt, sondern allein das Ergebnis zählt. Das Ergebnis ist niederschmetternd.

Wenn man mit den Kollegen ins Gespräch kommt und fragt, warum das so ist, muss ich leider sagen, wird immer wieder auf die Geschäftsführung verwiesen. Das sei aus den und den Gründen nicht möglich. Das können wir en Detail noch einmal durchgehen. Es wird auf Entscheidungen der Geschäftsführung verwiesen. Das ist nach den Statuten vollkommen korrekt. Wenn die Entscheidungen der Geschäftsführung so ausfallen, halte ich sie der Sache nicht dienlich. Dann wäre es vielleicht am Stiftungsrat, da stärker oder korrigierend einzugreifen.

Die Haltung der Gedenkstätten vor Ort, die Expertise vor Ort, ist auch verschwunden. Das ist einmal ein Aderlass an Mitarbeitern. Weil ich ein wenig persönlich damit verwoben bin, weiß ich von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Torgau und Bautzen, dass sie sich bewusst ein neues Arbeitsfeld suchen. Die gehen. Die bauen sich etwas auf und dann gehen sie. Das ist persönlich vollkommen korrekt, aber für die Stiftung Sächsische Gedenkstätten ist das schlimm, wenn die Mitarbeiter mit langem Vorlauf so ein Weggehen organisieren und das aus persönlichen Gründen für notwendig halten. Was man leider auch immer wieder hört, sind Arbeitsgerichtsprozesse. Man kennt nicht die Vorgaben warum, wieso weshalb. Das ist auch sekundär. Aber wenn wahrgenommen wird, dass der Geschäftsführer ständig Gerichtstermine hat, ist das schlecht. Das sollte nicht sein.

Oder im Miteinander, wenn man doch in Kooperation treten will, dass man merkt, Mitarbeiter sind durch Vorgaben gelähmt. Das Wort „Abmahnung“ scheint manchmal auf. Wie weit das eine reale Befürchtung ist, mag ich nicht zu beurteilen. Es ist aber trotzdem misslich, wenn solche Worte fallen und man von außen bemüht ist, mit Gedenkstätten in Sachsen zu kooperieren.

Um einen Ausblick zu zeigen: Es gab – und formal gibt es noch – die Leiterkonferenz. Das wäre ein Gremium, das man stärken könnte. Das wäre das Abrufen der Expertise, die vorhanden ist, aber dass man das auch verankert bis dahin, dass man darüber nachdenkt, das wirklich in den Statuten zu verankern. Die Leiter der Gedenkstätte haben beim Einstellungsverfahren alle eine fachliche Prüfung durchlaufen. Die sind nachweisbar fachlich qualifiziert. Diese Expertise sollte eingebunden und abgerufen werden.

Es schien eben in den Statements meiner Vorredner auf, vor allen Dingen am Anfang zum Thema Zeithain, Initiative von unten, vor Ort wird als Einmischung empfunden, wird insofern vereinnahmt, als dass die Geschäftsführung sagt, wir sind der Träger, deshalb entscheiden wir das. Das ist formal vollkommen richtig. Aber auch da würde ich dazu anmahnen, mehr Sensibilität an den Tag zu legen. Sonst tötet man die Initiative, die es vor Ort gibt. Das ist schlecht. Ich plädiere stark für ein dezentrales Vorgehen, eben die Expertise vor Ort. Als Beispiel Bautzen: Die Stadt, ob sie will oder nicht, ist immer wieder in der Medienberichterstattung. Wer in der Medienberichterstattung nicht vorkommt, ist der Lernort vor Ort, die Gedenkstätte.

Das ist als zusammengezogenes, vielleicht sehr pointiertes Fazit: Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten ist damit leider nicht Teil der gesellschaftlichen Diskussion. Sie leistet mitunter keinen sichtbaren Beitrag zur historischen Bildungsarbeit. Sie leistet vielleicht einen, aber man müsste ihn sichtbar machen. Sie formiert die Erinnerungskultur zumindest in der gesamtBundesrepublikanischen Sicht nicht mit; und das ist schlecht.

Danke.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Dr. Morré. Als Nächster hat Herr Siegfried Reiprich, Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, das Wort. Bitte schön.

Siegfried Reiprich: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Vorsitzende des Stiftungsrates! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Der Sachverständige referiert anhand einer PowerPoint-Präsentation.)

Vorab möchte ich sagen, dass ich einige berichtigende Bemerkungen zu Tatsachenbehauptungen im Antrag der GRÜNEN in Fußnoten dargestellt und Ihnen mein Statement zur Verfügung gestellt habe. Es liegt auf Ihrem Platz. Ich kann unmöglich alle Vorwürfe und Behauptungen, die jetzt schon in den Raum gestellt wurden, besprechen. Dazu gibt es noch eine Fragerunde. Ich möchte nur sagen, lieber Herr Dr. Morré, ich widerspreche Ihnen in nahezu fast allen Punkten, was die behaupteten Fakten betrifft. Dazu habe ich aber keine Zeit, ähnlich bei Herrn Franke. Auch eine solche Anhörung kann solche Probleme nicht lösen, sondern nur anreißen.

Auf der Karte sehen Sie die Stiftung Sächsische Gedenkstätten mit ihrem inneren und äußeren Kreis. Sie sehen hier Gedenkstätten in eigener Trägerschaft und in freier Trägerschaft und welche im Aufbau. Darauf kommen wir noch zurück. Wichtig ist, dass die Frau Vorsitzende des Stiftungsrates bereits in ihrer Antwort auf diesen Antrag der GRÜNEN in Bezug auf die Entwicklung der Stiftung und die Bedeutung der Evaluierung hinreichend im Großen und Ganzen Bezug genommen hat. Es ist so, wie schon bemerkt wurde, dass die Staatsregierung, wenn sie drei von 17 Mitgliedern im Stiftungsrat hat, beschränkte Einflussmöglichkeiten hat. Insgesamt hat die Stiftung vier Organe bzw. Gremien mit insgesamt 40 Mitgliedern. Diese decken das zivilgesellschaftliche Spektrum in Sachsen und darüber hinaus sehr breit ab.

Es ist nicht richtig – darauf lege ich großen Wert –, dass es keine konzeptionellen Überlegungen, Frau Dr. Maicher, nach 2009 gegeben hätte, sondern 2010, 2011 und 2012. Das wurde in der Leiterberatung damals basisdemokratisch besprochen. Ich habe ein Konzept vorgelegt, das der Stiftungsrat im Lichte der Novelle des Stiftungsgesetzes 2012 nicht weiter verfolgt hat. Das hatte gute Gründe, lag aber in der Souveränität des Stiftungsrates, das so zu entscheiden. Man wollte warten, wie die Entwicklung weitergeht und erst einmal die Satzung der Stiftung erstellen. Das hat bis 2014 – bis zu meiner Wiederwahl, ohne Gegenstimmen, mit 83 % durch den Stiftungsrat in freier und geheimer Wahl – gedauert. Jetzt haben wir neue Verhältnisse. Wir arbeiten daran, wie Frau Staatsministerin richtig gesagt hat, die Entwicklung weiter voranzutreiben.

Ich möchte ordnungspolitisch zu bedenken geben, dass es einen Unterschied zwischen einer Gedenkstättenkonzeption – man denkt an die Konzeption des Bundes – und einem Entwicklungskonzept der Stiftung selbst gibt. Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes ist, wenn man so will, ein internes Papier der Exekutive. Das stellt dar, unter welchen Bedingungen gefördert werden kann. Eine Entwicklungskonzeption einer öffentlich-rechtlichen Stiftung, die nicht vollkommen von der Politik abhängig sein soll,

ist ein Papier, das auf dem Willen der Legislative, die diese Landesstiftung geschaffen hat, beruht. Deshalb müssen wir uns in dieser komplexen Stiftung miteinander verständigen und die Richtung bestimmen. Das ist ein sehr pluralistischer und widersprüchlicher Prozess. Es ist „Work in progress“. Man kann in einer Entwicklungskonzeption viele Wünsche aufschreiben. Die Rahmenbedingungen werden nicht von der Stiftung selbst gesetzt.

Hier ein kritischer Punkt: Wir hätten uns nach der Novelle – – Das war politisch in der ersten Pressekonferenz so angekündigt, an der die heutige Staatsministerin als Kulturbeauftragte der SPD teilgenommen hat, als wir eine Gesetzesnovelle mit großer Mehrheit – rot, grün, schwarz, gelb damals hatten. Dort wurde das auch gesagt. Wir hätten uns gewünscht, dass die Stiftung entsprechend ihrer Aufgaben durch einen Aufwuchs der Aufgaben, wie sie im Gesetz stehen, wesentlich besser ausgestattet wird. Das ist nicht der Fall. Ich hoffe, es wird sich ändern. Es gibt wichtige Stiftungspersonen, die sagen, Sie müssen 1 Million Euro pro Jahr zusätzlich fordern. Aber das ist nicht meine Sache. Das muss erst einmal in den Gremien besprochen werden, wie die Bedarfe gesehen werden. Sie sollten aber wissen, wir haben jahrelang immer wieder Mehrbedarfe abgemeldet und sie nicht bekommen.

Auf dieser Folie sehen Sie die Gedenkstätten in freier Trägerschaft. Es sind Orte der Verfolgung, sowohl der NS-Diktatur als auch der kommunistischen Diktatur. Es ist schwer, dies im Einzelnen zu trennen, weil sich zum Beispiel solche eindeutig der kommunistischen Diktaturaufarbeitung zugeordneten Orte wie das Museum in der „Runden Ecke“ in Leipzig auch sehr in der NS-Aufarbeitung engagieren, Stichwort: Solpersteine etc. pp. Wenn wir in den Südwesten oder Osten Sachsens schauen, haben wir die Archive der Bürgerbewegung. Deren Existenz und Förderung, die auch noch unter Projektförderung fallen, sind Ausdruck der friedlichen Revolution und der ehemaligen Struktur der drei DDR-Bezirke in Sachsen. Sie könnten auch institutionell gefördert werden. Tatsächlich kann man ein Zerrbild bekommen, wenn man die unter Projektförderung in denselben Topf hineindenkt, wie diejenigen, die durch Initiativen – zum Beispiel die Deutsch-Jüdische Zusammenarbeit oder einzelne Gedenkstätten, Tafelinitiativen, dass jemand in Chemnitz oder woanders eine Tafel anbringen will – mit darunter subsumiert.

Zu der Finanzverteilung kommen wir noch. Die Komplexität der Mischfinanzierung von Land, Bund, Städten und Gemeinden kann hier nicht im Ansatz dargestellt werden.

Das Gedenkstättengesetz definiert, welche Gedenkstätten institutionell gefördert werden. Es sind auch die im Aufbau befindlichen genannt. Die Stiftung wäre heute schon nicht qualitativ aber quantitativ mit ihrer Geschäftsführung überfordert, wenn sie für diese im Aufbau befindlichen Orte die Konzepte schreiben soll. In die Richtung scheint die Vorstellung von sogenannten Anspruchsgruppen zu gehen, wie das die Prognos-AG sagt. Wir fördern die Konzepterstellung, indem wir die Konzepterstellung finanzieren, aber auf Antrag.

(Folie: Proportionen überschlägig in T €)

Wir haben für den großen Bereich – ungefähr 85 % der Gedenkstättenarbeit – für das Jahr 2016 quantifiziert, wie sich innerhalb der Gedenkstätten in eigener Trägerschaft die Proportion der Aufarbeitung der NS-Diktatur und der kommunistischen Diktatur verteilt. Die Zahlen sind im Einzelnen nicht im Tätigkeitsbericht veröffentlicht. Sie sind

aber mit den Kollegen abgesprochen, wie sie grob geschätzt werden können. Das ändert sich auch mit der Zeit. Wichtig ist, zu verstehen, dass wir einerseits Orte mit sogenannter einfacher Vergangenheit haben, wie die reinen NS-Aufarbeitungsorte Pirna Sonnenstein oder Ehrenhain Zeithain, und andererseits welche mit sogenannter doppelter Vergangenheit, wobei die Schwerpunktsetzung komplementär ist. In Torgau liegt sie auf der NS-Militärjustiz und in Bautzen auf der kommunistischen Diktaturzeit. Trotzdem wird in beiden Fällen für die jeweils andere Diktatur ein erheblicher Aufwand mit betrieben.

Für das Jahr 2016 ergeben sich im Schwerpunkt Kernbereich der Stiftung Proportionen, die Sie hier in dieser Tortengrafik sehen, ein Überwiegen der Förderung der NS-Aufarbeitung. Deshalb kann die Behauptung der Ungleichgewichtigkeit nicht stehenbleiben. Das können wir so nicht akzeptieren. So ist es schlichtweg nicht.

Schauen Sie bitte auf die untere Grafik. Hier habe ich die Zahl der Besucher in Ehrenhain Zeithain dargestellt. Ich muss Ihnen sagen, dass wir über Besuchernachfragen nachdenken müssen. Diese Gedenkstätte – und das hat gute Gründe – kostet zwischen 80 und 100 Euro pro betreuten Besucher. Wesentlich weniger Geld bekommen solche Gedenkstätten wie Bautzen pro Besucher. Das hat alles Gründe.

Nur wenn man einen teuren Geschichtslehrpfad will, der zwischen 350 000 und 2 Millionen Euro kostet, dann muss man so etwas auch berücksichtigen. Das heißt nicht, dass ich nicht mit voller Leidenschaft dafür wäre, das zu tun. Nur muss man vorab erst einmal die notwendigen Fragen des Naturschutzes klären. Da gibt es Dissens. Herr Franke, ich kann Ihnen nicht im Einzelnen auf Ihren Vortrag antworten, aber die Kooperationsverweigerung liegt eher auf Ihrer Seite. Aber da kann ich den Fragen der Abgeordneten gern noch weitere Informationen zufügen, wenn Sie die haben.

(Folie: Stiftungsrat)

Mit der nächsten Grafik möchte ich Ihnen eine Vorstellung geben, wie groß unser Stiftungsrat ist. Das Gesetz will es so. Wir sind nicht dazu da, das Gesetz infrage zu stellen. Das ist auch nicht Aufgabe der Evaluierung. Das muss man klar wissen. Der Stiftungsrat ist ein Kollegialorgan und muss mit demokratischen Diskussionen und pluralistisch-demokratisch arbeiten. Die beiden Vorsitzenden der Beiräte – wissenschaftlicher Beirat und Stiftungsbeirat – haben auch ein Wort mitzureden, wenn auch keine Stimme. Auch der Geschäftsführer wird angehört, der sich mit den Mitarbeitern aller Hierarchieebenen die operative Arbeit teilt bzw. sie durchführt. In die greift der Stiftungsrat allerdings nicht zu tief ein.

(Folie: Stiftungsbeirat)

Sie sehen in der nächsten Grafik den Stiftungsbeirat. Der ist noch größer. Er ist – wie wir manchmal sagen – der Opferbeirat. Da sind Vertreter der Opfer der Nazidiktatur und der kommunistischen Diktatur dabei, aber auch religiöse und zivilgesellschaftliche Gruppen. Ich wollte Ihnen nur einen Eindruck von der Komplexität geben. Die Bundesvereinigung Militärjustiz hat ihre Arbeit nicht eingestellt. Sie hat nur eine von diesen 19 oder 20 Stimmen, je nachdem, wer da ist. So ist es. Das kann niemand ändern, der nicht das Gesetz ändert. Aber das ist nicht die Aufgabe der Evaluierung.

(Wissenschaftlicher Beirat)

In der nächsten Grafik sehen Sie den wissenschaftlichen Beirat. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Gedenkstättenstiftung hochgradig qualifizierte Wissenschaftler hat, die frei sind, zu beurteilen, was sie beurteilen wollen, was wir ihnen zu beurteilen geben. Insbesondere in die gesamte Vergabestruktur der Stiftung sind ab einer gewissen finanziellen Schwelle alle Beiräte voll einbezogen und können mehrheitlich entweder kontrovers oder im Konsens ihre Empfehlung an den Stiftungsrat abgeben, der letztendlich entscheidet.

Diese Vertreter absolvieren in der Regel zweimal im Jahr – in letzter Zeit ist es öfter gewesen, weil wir das Förderwesen weiterentwickeln wollen und müssen – ihre Sitzungen. Insgesamt gab es bereits 51 Sitzungen des Stiftungsrates und des Stiftungsbeirates und viele des wissenschaftlichen Beirates – auch außerordentliche. Darüber hinaus veranstaltet man Gremien, offene Workshops, findet sich in Arbeitsgruppen zusammen. Allein das zu organisieren, macht enorm viel Arbeit. Dazu haben wir in der Geschäftsführung nicht genug Kapazitäten. Wir sind nicht qualitativ überfordert, aber manchmal quantitativ. Wie Herr Dr. Müller, mein Vorgänger als Kommissarischer Geschäftsführer, einmal gesagt hat, Urlaub und Krankheit sind verboten, kommen aber gelegentlich vor. Da kann ich nur noch einmal an die Abgeordneten appellieren, die Stiftung besser auszustatten.

Ich würde sehr gerne mit der Leiterberatung, Herr Dr. Morré, noch wesentlich öfter zusammensitzen. Das war in den letzten Jahren in dem Ausmaß, wie es wünschenswert gewesen wäre, nicht möglich, weil wir von einer Trägerstiftung mehr und mehr zu einer Förderstiftung werden. Wir würden auch gern diese pädagogischen Foren veranstalten. Im Moment ist es so nicht möglich. Wir müssen einmal sehen, wie wir uns hoffentlich nicht durchwurschteln bei der politischen Volatilität und Unsicherheit von gesetzgeberischen Verhältnissen.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Herr Reiprich, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Siegfried Reiprich: Ich bin schon fertig. Zum Schluss möchte ich sagen, die Stiftung entwickelt sich dynamisch. Sie ist die einzige vergleichbare Stiftung in Deutschland, die das Wunder vollbracht hat, Opferverbandsvertreter nahezu aller zivilgesellschaftlichen und religiös relevanten Gruppen unter einem Dachu zu vereinen. So gesehen marschieren Sachsen an der Spitze des Fortschritts im Sinne des antitotalitären Konsenses. Ich möchte noch einmal einen Gedanken, den ich der „Berliner Zeitung“ sagen durfte, sagen – –

Vors. Dr. Stephan Meyer: Herr Reiprich, ich bitte, Sie zum Schluss zu kommen.

Siegfried Reiprich: Ein letzter Satz. Viele Dissidenten, Oppositionelle, friedliche Revolutionäre in der DDR lebten nach dem Motto, man kann kein glaubwürdiger Antifaschist sein, wenn man nicht auch ein glaubwürdiger Antistalinist ist und umgekehrt.

Vielen Dank.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Reiprich. Als Nächste hat Frau Daniela Schmohl, Vertreterin der NS-Opferverbände bei der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, das Wort. Bitte schön.

Daniela Schmohl: Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Ministerin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Auch ich möchte, wie schon eingeführt wurde, aus Perspektive der NS-Opferverbände, eine deren Vertreterinnen ich im Stiftungsrat bin, zum Antrag gern Stellung beziehen. Mir erscheinen zwei Punkte des Antrages besonders hervorhebenswert. Zunächst der Punkt 2 des Antrages, in dem es um den gezielten Aufbau von Themen, Orten und Formaten des Erinnerns geht. Voraussetzung dafür – das ist in der Runde schon mehrfach gefallen – ist die ausreichende personelle und fachliche Ausstattung der Gedenkstätten. Erst dann sind sie in der Lage, ihren Hauptaufgaben nachzukommen. Die Aufgaben sollten sein, wissenschaftlich zu forschen, zu publizieren, pädagogische Angebote zu erarbeiten und durchzuführen, Besucherinnen und Besucher zu betreuen und ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm anzubieten – dabei sei mir gestattet, in der aktuellen Situation darauf hinzuweisen, dass das über die Bildungsarbeit mit Schulklassen unbedingt hinausgehen muss – und schließlich die Anfragen von Zeitzeugen oder deren Angehörigen, aber auch aus der Wissenschaft und Medien in der erforderlichen Qualität und Quantität zu bearbeiten. Dazu kommt der ganze Verwaltungskram, die Öffentlichkeitsarbeit etc.

Wenn wir einen Blick auf den Personalschlüssel der meisten Gedenkstätten werfen, sind diese Hauptaufgaben oft nur mit Einschränkungen, mit großem Engagement und mit der Unterstützung von Ehrenamtlichen, die eigentlich nicht für die Stiftungsaufgaben da sind, zu erfüllen. Das hat unter anderem Herr Franke heute schon ausgeführt. Unter diesem Aspekt wäre ein regelmäßiger Fachaustausch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb der Stiftung sehr wünschenswert. Das wurde schon mehrfach an Mitglieder des Stiftungsrates herangetragen. Dessen Fehlen hat Herr Morré schon ausgeführt. Auch auf Bundesebene ist das sehr deutlich. Ich selber bin ehrenamtlich im Gedenkstättenbereich unterwegs. Da trifft man die Kollegen immer nur in der Freizeit.

Die Gedenkstätte Bautzen wurde heute schon mehrfach genannt. Diese Gedenkstätte wurde 1999 mit dem konzeptionellen Auftrag eröffnet, sich der Geschichte von Bautzen 1 und 2 in der NS-Zeit, der sowjetischen Besatzungszone und der DDR zu widmen, natürlich mit dem Schwerpunkt auf der politischen Justiz der DDR. Aber, wie die Gedenkstätte in einer Pressemitteilung 2015 selbst feststellt, „dass Bautzen auch ein Haftort mit nationalsozialistischer Vergangenheit war“, hat sich dagegen im öffentlichen Bewusstsein nicht verankert. Die Gründe sind offensichtlich und schon genannt worden. Erst mit einer zusätzlichen Förderung durch Land und Bund für die Erarbeitung einer eigenen thematischen Ausstellung soll dieser Missstand nun behoben werden.

Dass eine inhaltlich fundierte Ausstellung eine grundlegende Forschung zum Thema benötigt, hat Herr Morré schon ausgeführt. Im Prozess ist zu beobachten gewesen, dass da einige Luft nach oben war. Zum Stand der wissenschaftlichen Aufarbeitung ist meines Wissens die Archivarbeit weitestgehend abgeschlossen. Ein Eröffnungstermin für die Ausstellung ist noch nicht bekannt. Es wird 2017 wahrscheinlich eher eng werden. Eine Zusammenarbeit mit dem VVN-BdA vor Ort als Opferverband gibt es nicht.

An dieser Stelle sei noch einmal in Erinnerung gerufen, dass in der Präambel des Gedenkstättenstiftungsgesetzes festgehalten ist: „Die Mitwirkung der Opfer sowie von bürgerschaftlichen Initiativen zur historischen Aufarbeitung ist von außerordentlicher Bedeutung“. Vor diesem Hintergrund ist der aktuelle Stand der Ausstellungsüberarbeitung in Torgau nicht akzeptabel. Das ist in der Runde schon mehrfach gefallen. Erinnern Sie sich, dass der Streit um die Erinnerung in Torgau einer der Gründe 2004 gewesen ist, für die NS-Opferverbände aus der Stiftung wieder auszutreten. Erst im Jahr 2011 gelang es, sich im Rahmen der Gesetzesnovellierung unter dem Dach der Stiftung auf eine Überarbeitung im ursprünglichen Sinne zu einigen – mit dem Schwerpunkt auf die NS-Militärjustiz innerhalb einer neuen Ausstellung.

Wie von Herrn Reiprich gerade erwähnt wurde, gab es dazu mehrere Gremien und offene Workshops. Auf einem dieser ersten Workshops wurde 2015, auch auf Drängen der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz, ein Eckpunktepapier verabschiedet, das einen klaren Zeitplan enthielt. Dieser Zeitplan wurde nicht eingehalten. Folglich ist es kaum zu erwarten, dass auch nur ein Opfer der NS-Militärjustiz an diesem zentralen Ort der Verfolgung eine angemessene Darstellung seines Verfolgungsschicksals erleben wird. Die Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz kündigte deshalb im Dezember 2016 ihre Mitarbeit an der Neugestaltung der Ausstellung auf. Sie hat nicht die Zusammenarbeit im Stiftungsbeirat eingestellt.

Die Forderung meinerseits – auch das ist schon mehrfach gefallen – bleibt die Wiedereinbeziehung der Bundesvereinigung in diesen Prozess der Ausstellungserarbeitung, sowohl durch die Geschäftsstelle aber auch durch den Vorsitzenden des Beirates und die Vorsitzende des Stiftungsrates.

Neben der fehlenden inhaltlichen Ausrichtung und der nicht vorhandenen Zusammenarbeit mit Opferverbänden wird die Stiftung meines Erachtens einer weiteren Aufgabe nicht gerecht. Das ist die fehlende Unterstützung bürgerschaftlicher Initiativen. Alle Gedenkstätten in diesem Freistaat – hier schließe ich ausdrücklich die zur Besatzungszeit und zur DDR-Geschichte ein – wären ohne die ehrenamtliche Tätigkeit der Mitglieder ihrer Fördervereine oder ohne lokale Initiativen von geschichtsinteressierten und politisch engagierten Menschen in ihren Angeboten viel weniger vielfältig. Ohne die Ehrenamtlichen wären viele Gedenkorte nicht entstanden. Ohne das bürgerschaftliche Engagement wären sie keine etablierten Orte einer Auseinandersetzung mit Geschichte. Diese Arbeit wertzuschätzen, sollte an uns allen sein. Aufgabe der Stiftung muss es jedoch sein, diese Arbeit ideell, logistisch und finanziell zu unterstützen. Die Stiftung sollte sich hier verantwortlich fühlen.

Eine Möglichkeit wäre es, die Projektförderung von Initiativen, Personen, Vereinen und Verbänden als eigenen Förderbereich aufzubauen. Projektförderung sollte nicht als Restmittelgabe verstanden werden, sondern als ein ständiger und aufwachsender Arbeitsbereich. Zur Umsetzung dafür sind wiederum festangestellte, gut vernetzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nötig. Dann gelingt auch vor Ort die Zusammenarbeit zwischen bürgerschaftlichen Initiativen und etablierten Einrichtungen, seien es Schulen, Museen, Gedenkstätten oder Kirchen.

Der Blick in die bundesdeutschen Gedenkstättenlandschaft und deren Entwicklung zeigt, dass eine solche politisch-historische Bildungsarbeit von unten durchaus erfolgreich, weil partizipativer, weil lokalverankert, weil basisdemokratisch sein kann.

Diesen Blick müsste man über den sächsischen Tellerrand hinaus wagen, zum Beispiel nach Niedersachsen.

Zum Schluss meiner Stellungnahme möchte ich auf die fehlende Entwicklungskonzeption der Stiftung hinweisen. Jede Gedenkstätte muss als Voraussetzung für die institutionelle Förderung durch die Stiftung ein wissenschaftliches Konzept vorlegen. Für die Stiftung als Institution gibt es Vergleichbares jedoch nicht. Ein Entwicklungskonzept böte dagegen die Möglichkeit, mit wissenschaftlicher Expertise und unter Einbeziehung der Opferverbände – und an der Stelle nicht zu vergessen der betroffenen Gedenkstätten – die in der Vergangenheit entstandene ungleiche Gewichtung entsprechend des Stiftungsgesetzes zu korrigieren. Eine nachvollziehbare Planung der Geschäftsführung mit einer klar definierten Ausrichtung, langfristigen Zielen für die Gedenkstätten der Stiftung auf Basis einer Konzeption wäre ein großer Schritt vorwärts. Insbesondere für die Anmeldung von mittel- und langfristigem Finanzbedarf – sei es in Bezug auf notwendige Investitionen, sei es, den barrierefreien Zugang zu schaffen, zum Beispiel in Torgau, oder der Personalbedarf, der aufwachsend ist – ist eine tragfähige Konzeption unbedingte Voraussetzung.

Entgegen den Beteuerungen der Geschäftsführung hat es seit 2009 an der Konzeption keinen erkennbaren substanziellen Fortschritt gegeben. Das wurde vom Stiftungsrat kritisiert, wie der Stellungnahme von Frau Stange zu entnehmen ist. Der Bitte um Ergänzung der vorgelegten Eckpunkte – und mehr war es nicht – in Bezug auf Zeitplan, Vermittlungs- und Förderziele ist die Geschäftsstelle bisher nicht nachgekommen. An der Stelle sei angemerkt, für die nächste Stiftungsratssitzung steht es wieder auf der Tagesordnung. Wir hoffen sehr, dass wir dann tiefergehend inhaltlich diskutieren können. Von außen drängt sich der Eindruck auf, dass die Konzeption, obwohl sie das Fundament der Arbeit der Stiftung sein sollte, für die Geschäftsführung keine Priorität hat.

Daher begrüße ich den Antrag der Fraktion nachdrücklich mit den Formulierungen, insbesondere in Bezug auf das dringend benötigte Stiftungskonzept.

Danke schön.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Frau Schmohl. Abschließend für die Sachverständigen hat Herr Dr. Peter Wurschi, Leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Ettersberg, das Wort. Bitte schön.

Dr. Peter Wurschi: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Ministerin! Werte Abgeordnete, auch die Damen und Herren auf der Tribüne! Haben Sie herzlichen Dank für die Einladung, die ich erhalten habe, um mit Ihnen den vorliegenden Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu „Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur in Sachsen weiterentwickeln“ zu diskutieren. Für die Vorbereitung lagen mir neben dem Antrag der GRÜNEN und der Antwort der Ministerin der aktuelle Tätigkeitsbericht der Stiftung Sächsische Gedenkstätten sowie die im Netz zu recherchierenden Informationen zur Stiftung und die Kleinen Anfragen zur Aufarbeitung im Sächsischen Landtag vor.

Nach Lektüre der Texte erscheint mir, dass die Entwicklung der Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur in Sachsen von allen gleichermaßen gewollt ist, sich jedoch unterschiedlich in der Nuancierung und der Schwerpunktsetzung darstellt. Der zu

diskutierende Antrag ist meines Erachtens als Hilferuf nach Struktur und Perspektive in der sächsischen Gedenkstättenarbeit zu lesen. Der Wunsch, die Erinnerungslandschaft zukunftsfest zu machen, trägt ihn und wird mit unterschiedlichen Ideen, wie der Forderung nach einer aktiven Themensetzung seitens der Stiftung Sächsische Gedenkstätten in Punkt 1.2, der wissenschaftlichen Fundierung und Vernetzung der Arbeit, Punkt 1.3, oder den Ausbau der Bildungsarbeit in Punkt 1.4 untermauert.

Die Antwort der Ministerin formuliert geplante nächste Schritte bei der Ausrichtung der Stiftung und zeigt Perspektiven auf. Der Geschäftsführer, Herr Reiprich, sieht in seinem Tätigkeitsbericht optimistisch in die Zukunft. Um es zusammenzufassen: Es scheint unterschiedliche Wahrnehmungen auf den Zustand dieser sächsischen Erinnerungslandschaft zu geben. Ich könnte auch von einem Kommunikationsproblem sprechen und denke, dass diese Anhörung ein Ansatz ist, um nach Lösungen zu suchen.

Erstens. Das Land Sachsen hat sich 1994 etwas getraut – das wurde schon angesprochen –, nämlich eine Stiftung zu gründen, die gleichermaßen den Opfern der beiden deutsche Diktaturen gedenkt, wie auch die Verantwortung der Täter benennt. Dabei sollen, so steht es in der Präambel, die grundlegenden Unterschiede zwischen den Diktaturen herausgearbeitet und vermittelt werden. Die Diktaturgeschichte in Deutschland in einer Kontinuität zu sehen und zumindest für den Raum Sachsen knapp 60 Jahre Diktaturerfahrung in ein Verhältnis zu setzen, ist ein hehres Ziel. Dazu bedarf es Fingerspitzengefühl und den unbedingten Willen, beide Diktaturen in ihrer durchaus unterschiedlichen Wirkung und Ausprägung auf die Gesellschaft darzustellen. Somit ist die Stiftung Sächsische Gedenkstätten ein wichtiger und für die Erinnerungskultur des Freistaates auch ein prägender Player.

Im Vorwort von Herrn Reiprich, dem Geschäftsführer der Stiftung, zu seinem Tätigkeitsbericht 2015/2016 habe ich einen bemerkenswerten Satz gefunden. Dort schreibt er: „Da sich die Stiftung nicht im geschichtspolitisch luftleeren Raum befindet, wäre es naiv, zu erwarten, dass Verteilungskämpfe in einer offenen und pluralistisch verfassten Gesellschaft immer nur freundlich und fair ausgefochten werden.“ Dieser Satz versinnbildlicht das, was im Antrag der GRÜNEN bzw. vor allem in den angefügten Begründungen problematisiert wird. Die Stiftung selbst ist in Sachsen ein wesentlicher und wichtiger Akteur der Geschichtspolitik. Sie betreibt Gedenkstätten und fördert die Erinnerungslandschaft. Es ist Aufgabe der Stiftung, die zunehmend eine Förderstiftung werden will, wie es weiter im Vorwort heißt, proaktiv darauf hinzuwirken, dass die Mittelverteilung im Sinne des Zweckes, nämlich dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und des Kommunismus – hier in Sachsen eher der SED-Diktatur – freundlich und vor allem fair, und zwar im Sinne des Wortes als gerechtes und anständiges Verhalten bzw. ein den Regeln entsprechendes Handeln stattfindet.

Den Großteil der Begründung zu dem vorliegenden Antrag – Punkt 1.2, 1.3, 1.5 und 1.6 – lese ich als genau das, den Wunsch nach Fairness, nach Regeln und einer verlässlichen Perspektive bei der Entwicklung der Gedenkstättenlandschaft hier in Sachsen. Zu einer Weiterentwicklung dieser Gedenkstättenlandschaft und damit der Erinnerungskultur sind meines Erachtens drei Bausteine wichtig:

Erstens: Profilierung und Professionalisierung. In Sachsen entwickeln sich neben den bereits vorhandenen Institutionen immer wieder neue bzw. werden ausgebaut. Viele sind in die Stiftung eingebunden, entweder in Trägerschaft durch institutionelle oder

dauerhafte Projektförderung. Allen Institutionen ist gemein, dass sie sich mit einer sich ändernden Besucherschaft auseinandersetzen müssen. Die Erlebnisgeneration wird älter. Es gehört zum gesellschaftlichen und politischen Auftrag, den nachwachsenden Generationen die Geschichte der DDR nahezubringen. Dabei wird diese Generation immer diverser. Die Perspektive, die diese jungen Besucher auf die Geschichte mitbringen, wird für die Vermittlung immer wichtiger. Das bedarf neuer pädagogischer Konzepte.

Darüber hinaus muss jede einzelne Gedenkstätte ihr Alleinstellungsmerkmal definieren und einen Markenkern professionalisieren. Eine Leitbildentwicklung dient diesen Institutionen dabei genauso, wie der Stiftung Sächsische Gedenkstätten insgesamt. Ein Leitbild geht dabei über den Zweck der jeweiligen Institutionen hinaus und beschreibt ihr Selbstverständnis und das ihrer Mitarbeiter. Dazu gehören auch stete Weiterbildungen. Gerade für den Bereich der Gedenkstätten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gibt es ab dem nächsten Jahr eine neuentwickelte Fortbildung namens „Kontroverse Geschichte“. Diese richtet sich explizit an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Gedenkstätten zur SBZ und DDR und wird sicherlich einen Beitrag dazu leisten, die Mitarbeiter dort weiter zu professionalisieren und sich ihrer Tätigkeit als Geschichtsvermittler bewusster zu werden. Diese drei Punkte sind institutionsinterne Schritte der Profilierung und Professionalisierung, die von vielen schon gegangen werden oder in Planung sind. Diese Wege der institutionsinternen Professionalisierung sind unbedingt weiter zu unterstützen.

Um jedoch die Zukunft der Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur in Sachsen im Gesamten zu gestalten, schlage ich eine unabhängige Expertenkommission vor, die alle relevanten sächsischen Einrichtungen hinsichtlich ihrer Arbeit, ihres Profils, der historischen Relevanz, der pädagogischen Ideen und ihrer Zukunftsfähigkeit evaluiert. Auf der Grundlage dieser Evaluation kann das Land Sachsen eine Strategie entwickeln, die die vorhandene Erinnerungslandschaft ausbaut und finanziert. Dabei wird die Stiftung Sächsische Gedenkstätten eine überragende Rolle spielen. Das bleibt unbenommen. Es geht vielmehr darum, zu klären, wer zukünftig dauerhaft auf der Grundlage eines Alleinstellungsmerkmals und in Ausgewogenheit der Idee der Stiftung NS und Kommunismus zusammenzudenken, Teil der sächsischen Erinnerungslandschaft ist. Dem Freistaat würde so etwas eine klare Förderperspektive ermöglichen.

Zum zweiten Punkt der Kommunikation: Gestatten Sie mir ein Blick über die Grenzen nach Thüringen. Auch dort gibt es eine Erinnerungslandschaft. Die ist institutionell nicht ganz vergleichbar mit der sächsischen. Aber die Arbeit in den einzelnen Institutionen ist eine ähnliche. In Thüringen gibt es circa 20 kleine und große zivilgesellschaftliche, landeseigene, landeszentrale, landesbeauftragte bis hin zu bundeseigenen Institutionen und die drei BStU-Außenstellen, die das Feld der Aufarbeitung der SED-Diktatur bearbeiten. 2009 gründeten diese Institutionen den Geschichtsverbund Thüringen, eine Arbeitsgemeinschaft zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Diese ganz unterschiedlichen Akteure – zivilgesellschaftlich bis hin zu institutionell eingebunden – haben seitdem etwas geschafft. Es wird nicht nur übereinander, sondern vor allem miteinander geredet.

Nun ist die Erinnerungslandschaft in Sachsen durch die Idee der Stiftung deutlich stärker aufeinander bezogen. Ich würde denken, dass für beide Aufarbeitungsbereiche, getrennt wie auch zusammen, ein informeller und regelmäßiger Austausch von Nutzen

ist. Zum Teil ist es über den Stiftungsbeirat schon vorgesehen, nur scheint mir die hiesige Aufarbeitungslandschaft deutlich breiter aufgestellt, als eben im Beirat dargestellt.

Ich komme zur Transparenz. Diese regelmäßigen Treffen, der gemeinsame Austausch über die jeweilige Arbeit fördert per se die Transparenz über die Arbeit des anderen. Zur Transparenz gehört auch die Klärung, ob die Stiftung Sächsische Gedenkstätten eine Trägerstiftung bleiben soll oder eine Förderstiftung werden will. Sollte Letztes der Fall sein, ist die Aufgabenzuschreibung der Stiftung zu überarbeiten. So sollten die Förderentscheide in ihrer Summe veröffentlicht werden. Im Tortendiagramm hat man den ersten Ansatz gesehen. Es wäre interessant, zu wissen, wie sich das noch weiter aufgliedert. Je klarer kommuniziert wird, desto weniger Angriffspunkte bleiben. Die Transparenz in der Entscheidungsvergabe und in der Offenlegung der Kriterien, zum Beispiel die zugrundeliegenden Qualitätsstandards, nützt den Fördernden und den Geförderten gleichermaßen.

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten hat jetzt schon eine Mittlerfunktion zwischen Politik und Aufarbeitungsinstitutionen. Diese Rolle beinhaltet Aufgaben, die so nicht im Einrichtungsgesetz stehen. Die Stiftung sollte noch viel mehr Dienstleister und Unterstützer von kleineren zivilgesellschaftlichen Institutionen werden, die zumeist ehrenamtlich arbeiten und sich immer weniger in der sich weiter verrechtlichten Antragswelt zurechtfinden. Als Mittler und Servicestelle für die vielfältigen kleinen und über den Freistaat verteilten Institutionen wächst auch das Aufgabenprofil der Stiftung bei der Pflege der sächsischen Erinnerungslandschaft; denn letztlich findet Erinnerung immer konkret vor Ort statt und ist dort Teil der Zivilgesellschaft.

Für die vielschichtige Gedenkstättenlandschaft ist es wichtig, am wissenschaftlichen Diskurs teilzunehmen. Das gilt für die politisch-historische Bildung genauso, wie für den Ausbau von wissenschaftlicher Perspektive. Die breite Teilhabe aller hier in Sachsen im Bereich Aufarbeitung Tätigen an diesem Diskurs ist dabei unabdingbar – Meinungsverschiedenheiten inklusive. Eine stabile Erinnerungslandschaft besteht aus unterschiedlichen Perspektiven auf die Geschichte, das heißt in der Vielfältigkeit in der Erinnerung. Auch diese müssen auf wissenschaftlicher Basis in einem demokratischen Rahmen und vor allen Dingen fair miteinander ausgehandelt werden.

Herzlichen Dank.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Dr. Wurschi. Damit sind wir zum Schluss der Sachverständigenstatements gekommen und starten mit der Fragerunde. Als einbringende Fraktion hat sich Frau Dr. Maicher zu Wort gemeldet. Die Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete wissen, dass wir möglichst konkrete Fragen an konkrete Sachverständige richten. Ich bitte, angesichts der in der Sachverständigendarstellung spürbaren Emotionalität, dass die Antworten sachbezogen stattfinden sollen. Das möchte ich präventiv verstanden wissen. Ich gehe davon aus, das wollen Sie auch so tun.

Frau Dr. Maicher, bitte.

Dr. Claudia Maicher, GRÜNE: Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Im Namen meiner Fraktion danke ich Ihnen für die Ausführungen und den breiten Einbezug verschiedener Aspekte. Ich möchte mich in der ersten Fragerunde auf die Entwicklung, die Perspektive

vor dem Hintergrund, dass Sie alle gesagt haben, dass die Stärkung der Gedenkarbeit wichtig ist, konzentrieren und weniger auf die Vergangenheit. Die Evaluation beschäftigt sich zunächst mit dem Status quo. Ich möchte gern ein Stück darüber hinausgehen. Meine erste Frage richte ich an Frau Schmohl, Herrn Wurschi, Herrn Hirschfeld, Herrn Morré und Herrn Reiprich.

Einige von Ihnen sind schon in Teilen auf das Thema Leitbild eingegangen. Die Frage lautet: Braucht es für eine Weiterentwicklung der Stiftung ein Leitbild, einen Leitbildungsprozess vor Ort? Wenn ja, wer sollte diesen bearbeiten und daran beteiligt werden? Welche Beteiligungsgruppen müssen da vertreten sein?

Herr Reiprich, an Sie habe ich die Frage: Wie sind bisher die Leiterinnen und Leiter der Gedenkstätten in Trägerschaft bei diesem Prozess der Konzeptentwicklung, was Sie vorhin schon herausgestellt haben, eingebunden? Die zweite Frage stelle ich auch an Sie, Herr Reiprich. Sind Sie der Auffassung, dass die Abgeordneten des Sächsischen Landtags ein bekanntes Entwicklungskonzept vorgelegt bekommen sollten, es kennen sollten, um die Gedenkstättenarbeit in Sachsen zu fördern, zu stärken?

Die dritte Frage richtet sich an Frau Schmohl, Herrn Franke und Herrn Hirschfeld. Können Sie noch einmal ausführen, wie aus ihrer Sicht eine optimale Beratung, Unterstützung von Initiativen und Ehrenamtlichen der Erinnerungskultur aussehen könnte? Welche kreativen Ideen wären möglich, um eine Zusammenarbeit zur Beförderung der Arbeit vor Ort in Sachsen entstehen zu lassen?

Danke schön.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Frau Dr. Maicher. Die erste Frage zunächst an Frau Schmohl zum Thema Leitbild.

Daniela Schmohl: Natürlich braucht die Stiftung als Gesamtes ein Leitbild. Dem kann ich gerade nichts hinzufügen, außer dass es notwendig ist.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Herr Wurschi, bitte.

Dr. Peter Wurschi: Ich hatte das Thema Leitbild in meine Ausführungen eingebracht. Insofern sage ich, dass es sinnvoll wäre, sich ein Leitbild zu entwickeln, um einen Selbstverständigungsprozess zu entwickeln, um Kommunikationen auszutauschen. Die Frage, wer daran teilnehmen soll, ist bei einer so komplexen Stiftung schwierig. Wenn alle bis in das unterste Glied im großen Prozess dabei sind, wird es ein schwieriges Unterfangen, aber Leiterebene auf jeden Fall. Wenn wir uns das Bild anschauen, wie die Sächsische Gedenkstättenstiftung aufgebaut ist, in welchen gesellschaftlichen Bereichen sie agiert, ist es wichtig, wenn in der Geschäftsführung oder im Kernbereich der Stiftung ankommt, wie die Arbeit in der Peripherie dargestellt bzw. durchgeführt wird. Es wäre ein Thema dieser Leitbilddebatte, zu klären, wer Mitsprache hat bzw. wer dieses mit entwickelt. Das wäre der erste Schritt, aber per se ein Ja zur Leitbilddebatte.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Dr. Wurschi. – Herr Prof. Hirschfeld wurde auch angefragt.

Prof. Dr. Uwe Hirschfeld: Natürlich kann man prinzipiell ja sagen. Man kann aber auch ein Aber dranhängen. Ich habe das Glück in meiner Hochschule, dass ich öfter mit

Dozenten aus dem Fachbereich Sozialmanagement zusammensitze und zusammenarbeite. Wenn das Stichwort Leitbild fällt, sagen die, das Leitbild ist eigentlich egal. Entscheidend ist der Prozess, wie es zum Leitbild kommt. Wird das Leitbild lediglich als ein Marketinginstrument von oben beschlossen und verkündet, dann hat es oftmals sehr nachteilige Wirkungen. Die Diskrepanz der von den Mitarbeitern und Besuchern erlebten Wirklichkeit und dem, was offiziell verkündet wird, wird sehr deutlich, und ein Gefühl von Doppelmoral entsteht.

Ganz anders, sagen mir meine Kollegen, ist es, wenn ein Leitbild in einem Prozess der Selbstverständigung – wer sind wir, was wollen wir, was können wir tun – erarbeitet wird. Dann wird das Leitbild zu einem Dokument dessen, was diese Einrichtung insgesamt ist. Dafür wären allerdings Voraussetzungen zu schaffen, die ich im Moment in der Stiftung so nicht sehe.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Prof. Hirschfeld. Zu dieser Frage wurde auch Herr Dr. Morré angefragt.

Dr. Jörg Morré: Ich kann mich meinem Vorredner anschließen. Der Prozess ist das Entscheidende. Das hatten Sie im Nachsatz Ihrer Frage, Sie meinten Leitbildprozess. Der Leitbildprozess – wie kommt man zu einem Leitbild – ist ganz wichtig. Herr Wurschi hat es leider nicht noch einmal wiederholt, Erinnerung ist immer konkret vor Ort, an einem konkreten Ort. Sachsen ist ein Flächenstaat. Es gibt viele Regionen, die historisch unterschiedlich gewachsen sind. Das zentral in Dresden abzuhandeln, wird nicht funktionieren, also ein Prozess, der in die Fläche geht. Da wären die Leiter, die es vor Ort in den Gedenkstätten gibt, abermals zu nennen, um diesen Prozess anzustoßen und zu dokumentieren. Dann hätte man schon einen wesentlichen Schritt nach vorne getan.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank. Abschließend dazu Herr Reiprich. Sie sind speziell auch bezüglich der Beteiligung angefragt und können im Anschluss die Frage zum Entwicklungskonzept beantworten.

Siegfried Reiprich: Ich bitte darum, die Abbildung eins, die Übersicht über die Stiftung, zu zeigen. Ich kann Ihre Frage, Frau Dr. Maicher, ob ein Leitbild sinnvoll und notwendig ist, von ganzem Herzen mit Ja beantworten. Ich bedauere es sehr, das Entwicklungskonzept aus den Jahren 2010, 2011 und 2012 hier nicht vorlegen zu können, weil es als internes Diskussionspapier auf Eis gelegt worden war. In diesem Entwicklungskonzept – das kann ich zumindest sagen – sind Leitbilder für die jeweiligen Orte, und zwar in eigener und freier Trägerschaft bereits dargestellt. Es gibt Abstrakts in dem Konzept, wie Zeithain, antislawischer Rassismus, Kriegsverbrechen etc. pp.

Der Witz ist, diese Arbeit am Entwicklungskonzept haben wir parallel zu den aufwendigen Klausuren betrieben, die stattfanden, um das Stiftungsgesetz von 2010 bis 2012 zu novellieren, auch und besonders in der Leiterberatung mit den Kollegen Leiterinnen und Leitern. Es gab von den Leitern der Gedenkstätten in freier Trägerschaft den dringenden Wunsch, die zum Teil enorm viele Besucher haben, zum Beispiel in Leipzig Hunderttausende, mit einbezogen zu werden und eine gemeinsame Leiterberatung zu machen. Das ist von den Leitern der Gedenkstätten in eigener Trägerschaft nicht gewünscht gewesen. Man kann von einem gewissen Patzierverhalten sprechen, nach dem Motto: Wir sind schon da. Mehr möchte ich an der Stelle nicht sagen, außer, dass ich sehr bedauere, dass in mentalen und

Verteilungskonflikten wurzelnde Konflikte nach außen getragen wurden und in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ zum Gedenkstättenstreit 2012 erschienen sind etc. pp.

Man war 2012 aber froh, das Gesetz novelliert zu haben und brauchte erst einmal eine Satzung. Ich bin dafür, jeden, der an solchen Diskussionen teilnehmen möchte, zu beteiligen. Die Gremien müssten entscheiden, dass sie das möglich machen und wollen. Das wäre meine Antwort.

Vielleicht sollte ich auch noch sagen, dass ich solche unschönen, aber leider notwendigen ökonomischen Betrachtungen auch hineingeschrieben habe – als grobe Kennziffer was ein betreuter Besucher an einem authentischen Ort kostet. Das variierte von 5 Euro bis 60 Euro oder 70 Euro. Über so etwas muss man auch nachdenken, weil man Geld nicht drucken kann.

Ich komme zur zweiten Frage: Ich persönlich als Einzelorgan der Stiftung kann mir gut vorstellen, dass ein Entwicklungskonzept der Stiftung vorgelegt und breit diskutiert wird. Ich könnte mir Hearings vorstellen. Das ist jetzt, so, wie die unabhängigen Organe miteinander umgehen, nicht der Stand der Dinge. Es ist so, der Stiftungsbeirat, der Opferbeirat und der wissenschaftliche Beirat sind Kollegialorgane. Sie sind voneinander unabhängig. Sie müssten beschließen, so etwas möglich zu machen. Persönlich finde ich das gut, weil ich da eine liberale oder wenn man so will eine amerikanische Mentalität habe. Hearings können nicht schaden. So etwas zu machen kostet sehr viel Aufwand, wenn die Stiftung es organisieren sollte – sowohl finanziell, personell als auch zeitlich. Man darf nicht vergessen, wir sind jetzt schon mächtig mit allen Arbeitsgruppen und den Sitzungen der Gremien beschäftigt.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Reiprich. Die dritte Frage zur Unterstützung des Ehrenamtes wurde wieder an Frau Schmohl, Herrn Franke und Herrn Prof. Hirschfeld gerichtet. Frau Schmohl, bitte.

Daniela Schmohl: Wir hatten das im Einzelnen schon ausgeführt. Es entspann sich in den letzten Jahren eine Diskussion um die fehlenden Anträge. Das wäre ein Punkt gewesen. Es soll uns in erster Linie nicht darum gehen, dass die Stiftung aufsuchende Beratungen macht, um Anträge vor Ort zu schreiben. Es geht darum, erst einmal wahrzunehmen, was es an erinnerungskulturellen Initiativen gibt und an verschiedenen Ansätzen auf kulturellem, politischem Gebiet im Kontext mit Medienarbeit etc., dass man da genauer hinschaut.

Das Beratungsangebot wäre dahin gehend zu verstehen, dass man Gesprächsangebote bietet, aber auch so etwas wie eine logistische Unterstützung, zum Beispiel einen Raum zur Verfügung stellt, in dem sich Gruppen regelmäßig treffen können. So macht das zum Beispiel die „Runde Ecke“, wenn es um die Stolpersteininitiativen geht, dass es auch außerhalb der Großstädte stattfindet und nicht nur in diesem Kontext Leipzig, Dresden, vielleicht noch Chemnitz, sondern auch an den Orten, wo die Gedenkstätten sind und auch dazwischen.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Frau Schmohl. – Herr Franke, bitte.

Peter Franke: Wir als Förderverein würden uns auf alle Fälle eine gewisse Einsicht bei der Stiftung wünschen, die weg von dem Konkurrenzdenken kommt, sondern die

Fördervereine – wie es Dr. Morré sagte – als Expertise ins Boot holt und dass wir dort angehört werden und auf Augenhöhe miteinander kommunizieren können. Die zweite Geschichte, wo wir uns einbringen können und sagen, da erwarten wir eine bessere Kooperation, ist beispielsweise, dass wir als Förderverein nicht ständig darum bitten oder Bescheid sagen müssen, wenn wir in der Einrichtung, die wir fördern, nur mit Information und Zustimmung des Geschäftsführers unsere Veranstaltungen durchführen dürfen. Es wäre für uns wesentlich hilfreicher, dort zu arbeiten.

Die finanzielle Unterstützung, die sicherlich nicht allein bei der Stiftung liegt, wurde bereits angesprochen. Die Zahlen haben gezeigt, dass es einen kleinen Rückgang gibt. Ich weiß nicht, ob alle wissen, wo die Gedenkstätte Zeithain liegt. Sie liegt von denen, die hier im Bild waren, verkehrstechnisch am ungünstigsten, ein wenig ab vom Schuss. Deshalb haben Schülergruppen das große Problem, mit Bussen dorthin zu kommen.

Das Geld, das zuletzt für dieses Jahr ausgereicht wurde, wurde sehr spät bewilligt. Nicht in Anspruch genommene Gelder wurden nicht in den Haushalt des nächsten Jahres übernommen. Es wäre hilfreich, wenn so etwas komplikationsloser gemacht werden könnte.

Ich wünsche mir sehr im Sinne eines partnerschaftlichen Zusammenarbeitens, dass man sich an getroffene Vereinbarungen, die man ausdrücklich ins Protokoll einer gemeinsamen Sitzung aufnimmt, hält und dass bestimmte Dinge nicht einseitig von der Stiftung aufgekündigt werden und man davon nur in der Kopie einer E-Mail informiert wird und nicht persönlich. Das wären Dinge, die uns bewegen.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Franke. – Herr Prof. Hirschfeld noch dazu.

Prof. Dr. Uwe Hirschfeld: Vielen Dank für die Frage. Ich verstehe sie jetzt einmal als Freibrief, zu träumen und zu überlegen, was tatsächlich optimal wäre. Ich sage vorweg als Freibrief, einmal zu träumen, weil mir natürlich klar ist, dass es sowohl finanzielle als auch andere Beschränkungen gibt, die das noch einmal anders in der Realität umsetzen lassen.

Wünschen würde ich mir, dass es eine Kooperation zwischen Landeszentrale für politische Bildung, der Sächsischen Gedenkstättenstiftung und den Schulen und großen Wohlfahrtsverbänden gibt und dass diese Kooperation in den verschiedenen Regionen eine Art Scouts ansässig macht, die beobachten, welche Initiativen, welche Unterrichtsprojekte, welche Veranstaltungen in Kirchgemeinden sich mit Geschichte beschäftigen. Die kann man durchaus beispielsweise an den Gedenkstätten ansiedeln. Wir haben das auf dem Bild gesehen. Das ist ein ziemlich dichtes Netz, das sich über den Freistaat erstreckt. Mit diesen Scouts könnte man schauen, wo etwas passiert, welche Bedürfnisse damit artikuliert werden und wie man darauf reagieren kann. Das kann ganz unterschiedlich sein.

Das kann die Frage des Transports sein, wo nur einmal geklärt werden muss, wie man dieser Schulklasse ermöglichen kann, dorthin zu kommen. Das kann sein, dass irgendeine Initiative sagt, wir müssten etwas wissen, was in irgendeinem Archiv steckt. Aber wir wissen nicht, wie wir dort hinkommen und der Mitarbeiter einer Gedenkstätte sagt: kein Problem. Da kenne ich mich aus. Ich bin Historiker. Ich kann den Zugang ermöglichen. Das überhaupt erst einmal wahrzunehmen, was es gibt, wäre die

Voraussetzung dafür, dass man eine sehr angemessene, sehr individualisierte Beratung überhaupt aufbauen kann.

Wie gesagt: Ich habe ein wenig geträumt. Ich habe diesen Freibrief einmal in Anspruch genommen. Ich halte ihn aber nicht für unrealistisch. Natürlich könnte man das machen, indem man sagt, wir stellen 30 Leute ein. Aber man kann es auch schon machen, wenn man drei oder vier Leute zum Teil für diese Aufgabe freistellt. Ich habe die Landeszentrale genannt. Ich habe die Gedenkstättenstiftung genannt. Ich habe die Schulen und die Wohlfahrtsverbände genannt. Da kommen kleinere Anteile zusammen, die das machen könnten.

Die Voraussetzung dafür aber ist, dass es eine Wertschätzung dessen gibt und dass diese Konkurrenz aufhört, diese Verdächtigung, dass man nicht gemeinsam neugierig und unvoreingenommen an Geschichte herangeht, sondern dass es schon die fertigen Ergebnisse geben muss. Das kostet eigentlich nichts.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Prof. Hirschfeld. Damit kommen wir zur nächsten Fragenden, Hanka Kliese für die SPD-Fraktion, und im Anschluss Herr Sodann und Frau Fiedler. Frau Kliese, bitte.

Hanka Kliese, SPD: Vielen Dank an die Damen und Herren Sachverständigen für ihre Einschätzung. Für uns als Abgeordnete ist es keine einfache Aufgabe, da die Wahrnehmungen sehr weit auseinanderklaffen. Wir versuchen trotzdem, es für uns gut zu sortieren. Ich habe mehrfach ein Votum für eine bessere finanzielle Ausstattung herausgehört. Das ist ein Punkt, an dem wir im Gegensatz zu atmosphärischen Problemen als Abgeordnete tatsächlich etwas ändern können. Das ist für uns aber keine sehr einfache Situation. Solange die Stiftung weniger durch inhaltliche Arbeit Schlagzeilen macht, erschwert das unsere Position gegenüber denjenigen, die es am Ende entscheiden und das Geld geben müssen. Da bitte ich um Verständnis.

Nichtsdestotrotz haben wir uns bemüht, mehr Gelder einzustellen. Wir wissen, dass das über die Stiftung läuft, aber wir haben auch Vermerke gemacht, für welche Zwecke wir uns das vorstellen könnten. Da war unter anderem die NS-relevante Ausstellung für Bautzen dabei. Da wäre meine Frage konkret für den Vollzug an Herrn Reiprich, wann wir mit der Eröffnung der Ausstellung rechnen können.

Die zweite Frage richtet sich an Prof. Hirschfeld, Dr. Morré und Frau Schmohl. Mir geht es darum: Wir haben schon eine quantitative Betrachtungsweise gehört, wie viele Gedenkstätten vor, wie viele nach 1945 – – Darum dreht sich in Sachsen viel – eine arithmetische Betrachtungsweise, die nicht gerade sehr würdevoll ist. Wir sind sehr reich an historischen Orten. Die stehen nun einmal dort, wo sie stehen. Das ist auch unabhängig davon, ob sie bequeme oder unbequeme Fördervereine haben. Sie müssen Beachtung finden. Meine Frage wäre, welche Orte wir besonders in den Blick nehmen müssen, die im Moment vielleicht, weil sie nicht die starke Unterstützung vor Ort haben oder Ähnliches, ins Hintertreffen geraten sind, worauf wir von politischer Seite noch mehr unser Augenmerk legen sollten.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Frau Kliese. Die erste Frage zu dem konkreten Thema Ausstellung in Bautzen, Herr Reiprich, bitte.

Siegfried Reiprich: Das Grundkonzept für die Ausstellungserweiterung Bautzen 1 und Bautzen 2 im Nationalsozialismus 1933 bis 1945 ist vom Stiftungsrat und den anderen Gremien in einem gremienoffenen Workshop 2012 bereits beschlossen worden. Dann wurde der Antrag aus finanziellen Gründen erst 2014 erfolgreich beim Bund mit hälftiger Beteiligung des Landes eingereicht und ist auch durchgegangen. 2015 und 2016 – das ist der offiziell vorgesehene Projektzeitraum für dieses Ausstellungsvorhaben mit einem Gesamtvolumen von ungefähr 460 000 Euro plus einige Overheads. Aus verschiedenen Gründen, die mit Wahlen und haushalterischen Dingen zusammenhängen, konnten die zusätzlichen Wissenschaftlerstellen – wobei wir in Bautzen bereits wissenschaftliche Qualifikation haben – erst im Jahr 2015 oder 2016 tatsächlich besetzt werden. Deshalb wurde der ursprünglich vorgesehene Zeitpunkt der Eröffnung, nämlich der 27. Januar 2017, nicht erreicht.

Ich habe zweimal beantragt, das Projekt zu verlängern – erfolgreich. Vielen Dank an das SMWK, Frau Staatsministerin. Ich habe auch den Vertrag eines zusätzlichen qualifizierten promovierten Wissenschaftlers zweimal verlängert. Es sollte jetzt nach Arbeitsplanung der Stiftung – das müssen die verehrten Damen und Herren Abgeordneten bitte wissen, das beschließt immer der Stiftungsrat, wie die Arbeitsplanung einer Gedenkstätte für das nächste Jahr aussieht. Nach Arbeitsplanung sollte es der 27. Januar 2018 sein. Es gibt aber voraussichtlich weitere Verzögerungen, über die ich jetzt im Einzelnen nicht reden kann und die ich auch nicht für zielführend halten würde, weil es dann um persönliche und vertrauliche Personalangelegenheiten geht.

Wir haben einen Entwurf für die Arbeitsplanung der Gedenkstätte Bautzen, den wir mit der Leiterin, Frau Klewin, besprechen werden. Da zeichnet sich das I. oder II. Quartal 2018 ab. Das hängt aber von einigen Variablen ab, die ich noch nicht kennen kann. Das müssen wir sehen. Es geht auch um Baumaßnahmen. Das liegt weder an der Stiftung, noch an der Gedenkstätte, dass die vor Ort nicht immer so schnell vorankommen, wie man sich das vorstellt, und es geht um Finanzierungsfragen. Wir müssen sehen, wie wir uns da nach der Decke strecken und ins Benehmen setzen. Aber ich denke, das muss und kann nun wirklich 2018 klappen.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Die zweite Frage zu den Orten, wo sich die Politik mit einem stärkeren Blick hinwenden sollte, geht an Prof. Hirschfeld, Herrn Dr. Morr e und Frau Schmohl. Herr Prof. Hirschfeld, bitte.

Prof. Dr. Uwe Hirschfeld: Das ist eine schwierige Frage.

(Hanka Kliese, SPD: Ich weiß.)

Ich rede jetzt auch ein wenig drumherum. Ich werde keine konkreten Orte nennen, von denen ich sage, da muss unbedingt gefördert werden. Es wurden einige Orte genannt, wo ein deutlicher Nachholbedarf besteht. Bautzen ist gefallen. Wenn das nun tatsächlich 2018 passieren sollte, fände ich das gut. Torgau wurde genannt, wo es Nachholbedarf gibt, wo man seit Jahrzehnten herumdiskutiert, ohne dass etwas passiert ist. Aber ich will jetzt nicht sagen, Sachsenburg muss in den Vordergrund gerückt werden, oder Ka berg muss in den Vordergrund gerückt werden, weil ich glaube, dass es nicht der eigentliche Punkt ist, an welchen Orten wir fördern. Der eigentliche Punkt ist für mich – das sage ich jetzt einmal als Erziehungswissenschaftler, als Pädagoge –, mit welcher Haltung wir an die Orte herangehen.

Natürlich kann man Gedenkstätten – und diese Tendenz gab es in den letzten 20 Jahren – als Einrichtungen installieren, die zur Legitimation unseres demokratischen Systems da sind und in diesem Sinne eine sehr positive Funktion haben, die die Vergangenheit, die Diktatur in der DDR, die Diktatur des Nationalsozialismus als ein Mittel zum Zweck verwenden, um etwas – das sage ich jetzt zugespitzt – propagandistisch zu legitimieren. Ich glaube, wenn man Gedenkstätten so betreibt, verfehlt man den eigentlichen Kern einer Auseinandersetzung mit Geschichte, nämlich Fragen an die Geschichte und aus der Geschichte an die Gegenwart zu stellen.

Ich wünsche mir weniger, dass man sagt, an diesen und jenen Orten muss eine Gedenkstätte entstehen, sondern ich wünsche mir eher, dass man eine kritische Haltung zu Gedenkstätten, zu Geschichte und damit auch zur Gegenwart befördert. Menschenrechte sind zu propagieren. Ein demokratischer Staat, wie wir ihn haben, ist zu propagieren. Aber das darf nicht ein Selbstzweck sein, für den man Geschichte instrumentalisiert, um nur dieses Ergebnis zu erzielen. Wir brauchen Gedenkstätten, die stören, die irritieren, die immer wieder neue Fragen aufwerfen, auch an die Gegenwart. Das kann man im Prinzip überall machen.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Prof. Hirschfeld. – Herr Dr. Morré dazu.

Dr. Jörg Morré: Die erste Einlassung wäre, die Orte, die es gibt, die an NS-Unrecht erinnern, zu stärken. Torgau wäre zu nennen. Bautzen haben Sie angesprochen, Pirna, auch hier am Münchner Platz in Dresden. Ansonsten würde ich stark dafür plädieren, die sogenannten frühen Konzentrationslager – Sachsenburg wäre da zu nennen, aber auch Hohnstein – in den Blick zu nehmen. Ob sich da nun etwas richtig voll materialisieren muss im Sinne einer vollwertigen Gedenkstätte, das muss man vielleicht wieder in Abhängigkeit der Möglichkeiten sehen. Aber es zu markieren – und da wäre der gedankliche Bogenschlag zu Herrn Hirschfeld –, das geht.

Dort, finde ich, sollten Sie den Blick hinwenden. Da ist das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Leipzig ein guter Anknüpfungspunkt. Zwangsarbeit ist per se generell gut erschlossen, aufgearbeitet. Es gibt eine Fülle von im Internet zugänglichen Datenbanken, personenbezogenen Quellen. Zwangsarbeit hat es überall gegeben. So gesehen, ist das ganz hervorragend auch für Bildungsarbeit im schulischen Rahmen, genauso wie in der Erwachsenenbildung, weil es das überall gab. So findet man auch überall die Spuren. Das muss sich nicht in institutionalisierter Form niederschlagen, sollte man aber im Sinne von Förderung in den Blick nehmen.

Das Gleiche gilt im Grunde – das ist inhaltlich überlappend – für das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen, die häufig in die Zwangsarbeit geschickt werden mussten. Die hatten keine Wahl. Da wäre wieder Zeithain zu nennen, einfach als Ort ihrer Gefangenschaft bzw. das, was wir heute als Erinnerungsorte haben. Die sind schon da. Das sind die Gräber. Auch das ist gerade für Sachsen gut dokumentiert. Daran kann man anknüpfen. Da würde es sich aus meiner Sicht lohnen, diese Ansätze zu nehmen, auch im Sinne von Förderpolitik.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Dazu noch Frau Schmohl, bitte.

Daniela Schmohl: Ich kann mich im Grunde meinen Vorrednern anschließen. Natürlich geht es darum, die bestehenden Gedenkstätten zu unterstützen und voranzubringen,

auch diejenigen, die gerade im Aufbau sind. Da ist natürlich Sachsenburg zu nennen. An der Stelle will ich auch die Haftanstalt Hoheneck-Stollberg hervorheben, wo es seit einigen Jahren ein Vor und Zurück gibt und es nicht richtig vorwärts geht, wo dringend etwas passieren muss.

Ich bin dankbar für den Verweis auf Hohnstein, weil das für mich ein Anknüpfungspunkt wäre, wo man auch über die bloße Fokussierung auf NS-Geschichte hinausgehen könnte, zum Beispiel mit dem Blick zurück in die Demokratiegeschichte, nämlich was Hohnstein in der Weimarer Republik als Jugendburg war, als Treffpunkt einer demokratischen Auseinandersetzung, als Erlebnis aber auch als Ort politischer Bildung, dass man solche Punkte stark machen kann und dass es dann nicht nur eine bloße Gedenkstätte ist, sondern möglicherweise einen Erinnerungs-, aber vielmehr auch einen Lernort gibt, der für die Region eine ausstrahlende Wirkung haben kann.

An der Stelle noch einmal der Verweis darauf: Es gibt überall Initiativen, die sich engagieren, die gern forschen wollen, seien es Stolpersteine, sei es das Thema Zwangsarbeit, was zwar gut dokumentiert, aber noch keineswegs in der Fläche des Landes Sachsen überall angekommen, aufgearbeitet oder auch nur in irgendeiner Art und Weise öffentlich zugänglich ist, sei es über die Fachhistoriker hinaus gedacht. Da ist noch einiges zu tun, und es wäre durchaus wünschenswert, wenn es einen breit aufgestellten Fördertopf gebe, der diese Schwerpunkte mit Qualitätsstandards versehen klar definiert, aber auch die Möglichkeit gibt, einmal neue Dinge auszuprobieren.

Danke.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Frau Schmohl. – Als Nächster hat das Fragerecht Herr Sodann für die Fraktion DIE LINKE. Bitte schön.

Franz Sodann, DIE LINKE: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Erst einmal auch seitens unserer Fraktion einen herzlichen Dank an die Sachverständigen. Es sind in Richtung Ehrenamt schon viele Fragen abgeräumt. Nichtsdestotrotz, Herr Hirschfeld, Sie haben vom Erinnern in der fünften Generation gesprochen, also von einer kalten Erinnerung, wenn ich mich richtig daran erinnere. Deshalb meine Frage an Sie, an die Praktiker, auch an Herrn Franke, Frau Schmohl und Herrn Reiprich mit einem anderen Hintergrund. Wie schafft man es heute, die Gedenkstätten interessanter zu machen, auch für die jüngere Generation? Wie kommen wir besser in Kooperationen mit Schulen hinein? Sie haben das schon angesprochen, aber ich würde das gern noch etwas vertieft wissen.

Es gibt eine neue Studie, die besagt, dass über 40 % der Schülerinnen und Schüler mit dem Namen Auschwitz nichts mehr anfangen können. Das halte ich für sehr gravierend. Wie kann man hier besser heran, besonders auch mit Blick auf Ehrenhain Zeithain? Wie schafft man es, die jungen Leute heranzuholen?

An Herrn Reiprich habe ich die Frage: Weil wir in einer ausgehenden Ära der Zeitzegen leben und mit Blick darauf, dass Projektförderungen, die ich 2017 von der Stiftung abgefragt habe, im Verhältnis 20 zu 80 standen, haben Sie Konzeptionen in Ihrer Stiftung, wie Sie dem begegnen wollen, wie Sie das aufhalten wollen, wie Sie auch Vereine besser unterstützen würden?

Die zweite Frage an Herrn Reiprich: Ich habe vernommen, dass Sie ökonomische Sorgen haben. Was wünschen Sie sich ganz konkret? Wie viel wollen Sie haben, wie viele Personalstellen etc., damit Sie Ihre Aufgaben besser erledigen, auch die Vereine und Verbände besser unterstützen können?

Herr Hirschfeld, Sie sagten, dass eine Verbesserung der Arbeit der Vereine und Verbände durch eine Selbstverwaltung ermöglicht werden könnte. Können Sie das noch ein wenig aufschlüsseln? Ich weiß jetzt nicht, was ich mir darunter vorzustellen habe. – So weit erst einmal.

Danke.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Sodann. Die erste Frage, wie man das Thema Gedenkstätten für jüngere Menschen interessanter gestalten kann, richtet sich zunächst an Herrn Prof. Hirschfeld.

Prof. Dr. Uwe Hirschfeld: Da gibt es schon eine ganze Menge. Man kann in der Museumspädagogik, in der Gedenkstättenpädagogik viele konzeptionelle Ansätze finden, wie man versucht, die Präsentation mit der Lebenswelt von Jugendlichen zu verknüpfen, etwa das Aufgreifen von digitalen Medien, Formen des Erlebnisses, der Erfahrung zu stärken, nicht mehr nur trocken eine Texttafel hinzuhängen, man soll das bitte schön lesen und kognitiv erfahren, sondern man soll es eher auf einer Ebene des Emotionalen wahrnehmen. Es gibt diese Ansätze. Die sind auch sehr wertvoll. Die muss man weiter fördern und weiterentwickeln.

Was sie allerdings nicht leisten können, ist, dass sie immer versuchen, einen Zugang von oben zu ermöglichen. Man muss erst einmal in der Gedenkstätte sein, um erreicht zu werden. Wichtig finde ich, weil das durch diesen Generationswechsel entschwindet, dass es schon eine Verbindung zu der Geschichte über die familiäre Kommunikation gibt. Das sogenannte warme Gedächtnis ist eines, das auf der kommunikativen Ebene stattfindet. Da erzählt der Opa etwas, oder die Eltern erzählen etwas. Das ist eine sehr lebendige, veränderliche Erinnerungskultur, die da entsteht, die wir zum Beispiel in der Auseinandersetzung mit der DDR noch haben, weil die Eltern von ihren Erfahrungen berichten, weil die Großeltern wissen, wie es damals in der SBZ war.

Für die NS-Zeit verschwindet das. Es gibt keinen persönlichen emotionalen Bezug mehr, der hochproblematisch sein kann. Ich erinnere an eine Untersuchung von Harald Welzer, der gesagt hat, in der familiären Tradierung war das dann immer so, dass es ja keinen Nazi gegeben hat. Natürlich ist das Quatsch. Aber es gibt eine emotionale Beziehung zu dieser Zeit. Was hat die Tante, was hat der Opa da gemacht? Das verschwindet nun. Die Frage ist, wie kann man eine solche emotionale Beziehung zur Geschichte herstellen, fördern?

Ich glaube, das kann man in dem Moment, in dem Jugendliche anfangen, sich für Geschichte zu interessieren, weil sie mit der Gegenwart Fragen haben, weil sie mit der Gegenwart nicht klarkommen. Dann suchen sie nach Erklärungen. Warum ist die gegenwärtige Welt so, wie sie ist? Welche Ungerechtigkeiten, welche Fortschritte gibt es? Welche Unklarheiten muss ich eigentlich beseitigen? Das heißt, diese Jugendlichen finden in sich selbst einen Lerngrund, wie das Holzkamp nennt. Sie finden einen Grund, warum ich etwas lernen will. Das ist eine völlig andere Haltung, als wenn man mir sagt, du sollst das lernen. Ich bin selbst motiviert, für mich etwas herauszufinden, weil ich mir

davon ein besseres Verständnis der Welt, eine bessere Handlungsmöglichkeit in der Welt verspreche.

Deshalb ist es so wichtig, diese Initiativen, diese Projekte, da, wo selbsttätig etwas gemacht wird, aufzugreifen. Das kann nicht die familiäre Kommunikation ersetzen, die einfach wegbricht. Das lässt sich nicht ändern. Aber es ist die Möglichkeit eines anderen, auch emotionalen Zugangs für Jugendliche und zu dieser Zeit.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Prof. Hirschfeld. Dazu auch Herr Franke, bitte.

Peter Franke: Diese Frage, das muss ich sagen, bewegt mich jedes Mal wieder, wenn wir an unserer Gedenkstättenkultur und Erinnerungskultur arbeiten. Wie bekommt man Schüler, wie bekommt man Jugendgruppen dorthin? Eine Sache hat Herr Prof. Hirschfeld gerade gesagt. Das Lernen beginnt tatsächlich am Ort. Dafür darf ich einmal ein Beispiel nennen.

Bevor die Stelen mit den Namen der umgekommenen sowjetischen Kriegsgefangenen aufgestellt wurden, wie sie jetzt zu sehen sind, hat meine Frau als Geschichtslehrerin ihre Geschichtsklasse dazu bringen können, in die Gedenkstätte zu fahren und hunderte weiße Fähnchen mit den Namen von Umgekommenen, ihrem Geburts- und Sterbejahr zu versehen, die dann zum Tag der Lagerbefreiung auf den frisch grünen Wiesen aufgestellt wurden. Beim Schreiben dieser Fahnen haben die Schüler begriffen: Die da umgekommen sind, waren zum Teil unwesentlich älter als wir jetzt in der 9. und 10. Klasse. Das war, glaube ich, für die Schüler einer der bewegendsten Geschichtsstunden, und es gab einen Multiplikationseffekt, dass sich für ein Angebot in der Schule immer wieder neue Schüler rekrutiert haben, in einer Art – ich sage einmal – Geschichtsarbeitsgruppe. Meine Frau organisiert regelmäßig solche Fahrten nach Zeithain, aber genauso nach Mühlberg oder an die Begegnungsstätte der Amerikaner und der Sowjetsoldaten in Strehla an der Elbe.

Leider vermisse ich auf diesem Gebiet mehr Engagement unter unseren Kolleginnen und Kollegen Geschichts- und Gesellschaftskundelehrern. Aber vielleicht hängt das auch damit zusammen, dass die Lehrer mit vielen anderen Aufgaben so eingedeckt sind. Wenn man sich das Prozedere, eine solche Fahrt zu organisieren, anschaut, dann ist das ein großer Aufwand, der betrieben werden muss.

Nicht nur Schulen sollten angesprochen werden. Ich denke, dass auch die Jugendgruppen Ihrer Parteien, anderer Organisationen angesprochen werden sollten, wo sich Jugendliche treffen. Zum Beispiel hatten wir im Rahmen der Kriegsgräberfürsorge in diesem Sommer einen Besuch der Jugendarbeitsgruppe aus Meißen. Das sind Dinge, die zum Multiplikator werden.

An dieser Stelle würde ich noch einmal – – Das hängt sicherlich wieder an den Finanzen. Eine teilzeitbeschäftigte Mitarbeiterin einer Gedenkstätte, die dafür als museumspädagogische Mitarbeiterin zuständig ist, reicht nicht, wollen wir da ausstrahlen und noch mehr Leute an den Ort des politischen Lernens und Gedenkens bekommen.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Franke. – Frau Schmohl, bitte.

Daniela Schmohl: Wie macht man Gedenkstätten interessanter? Ich glaube, Gedenkstätten sollten vor allem Raum bieten, sich Geschichte als Besucherin oder Besucher selbst zu erschließen, sei es als Schülergruppe oder auf freiwilliger Basis. Das wäre ein Kontext, den ich gern in die Diskussion einwerfen würde, dass es nicht nur notwendig ist, die Schulen als Kooperationspartner ins Boot zu holen, sondern dass auch klar sein muss, dass ein Lernprozess auf einer anderen Basis stattfindet, wenn jemand freiwillig an einen solchen Ort kommt und das nicht im Sinne einer verordneten Exkursion des Geschichtsunterrichts – sage ich jetzt einmal böse – machen muss. Das wäre ein Punkt, den Raum zu bieten, sich Geschichte selbst zu erschließen.

Was in anderen Kontexten auch immer gut funktioniert, sind Peer-to-Peer-Ansätze als ein Beispiel, dass sich Jugendliche gemeinsam irgendwie die Geschichte ihres Stadtteils erarbeiten und das dann als Führung anbieten. Das ist ein Konzept, das in der Gedenkstätte für Zwangsarbeit in Leipzig gut funktioniert. In dem Falle sind es junge Studierende, keine Schülerinnen und Schüler. Aber man sieht, was das für eine Strahlkraft haben kann. Auch das Beispiel, an Vereine und Verbände heranzugehen, über die Fanbeauftragten des Sportbundes zum Beispiel ein Geschichtsprojekt zur Geschichte eines jüdischen Sportvereins, der aus der Geschichte in Leipzig verschwunden ist, anzustoßen und aufzuarbeiten und dafür mit Fußballerinnen und Fußballern zusammenzuarbeiten, ist eine spannende Erfahrung, die Möglichkeiten bietet.

Was ich an der Stelle noch gern anmerken würde, ist, dass die authentischen Orte durchaus ein wichtiger Bezugspunkt sind. Aber für sich allein erklären sie noch nichts. Auch da braucht es wiederum sowohl die inhaltliche Aufarbeitung der Orte als auch derjenigen Personen, die das adäquat vermitteln können.

Zu dem gedenkstättenpädagogischen Konzept müsste man an einer anderen Stelle noch einmal tiefer schauen.

Danke.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Frau Schmohl. Abschließend zu dieser Frage mit Erweiterung zum Thema Zeitzeugen an Sie Herr Reiprich. Sie können auch gleich die zweite Frage zum Finanzierungswunsch – so will ich es einmal formulieren – beantworten.

Siegfried Reiprich: Danke. – Zuerst möchte ich sagen, dass es richtig ist, in die junge Generation zu schauen und über Pädagogik nachzudenken. Nur gibt es noch einen anderen Effekt. Wir sind in einer alternden Gesellschaft, und eine solche fragt sich angesichts der Endlichkeit des menschlichen Lebens: Wo kommen wir her, wo gehen wir hin? Wir denken vielleicht doch alle mit einem Gefühl der Verantwortung an den nächsten Tag. Das bietet auch Chancen in der Erwachsenenbildung. Das wollte ich zumindest einmal nur so abstrakt gesagt haben.

Wie kann man die Gedenkstätten interessanter machen? Ich teile Ihre Befürchtung, dass es eine mittlere Katastrophe im Geschichtsbewusstsein ist, wenn 40 % nicht wissen, was Auschwitz bedeutet. Ich habe das selbst oft genug erlebt, wenn ich versucht habe, gute junge Leute einzustellen, wenn ich gefragt habe, welche Bücher sie wichtig finden, und sie hatten noch nie von Primo Levi oder von Jorge Semprún etc. pp. gehört. Nur ist es – das möchte ich hier auch einmal sagen – im Kommunismusbereich,

wenn man so will, noch schlimmer. Es gibt Studien, dass westeuropäische Schüler und auch deutsche glauben, dass die Gesamtzahl der Opfer der kommunistischen Experimente am lebendigen Menschen auf fünf Kontinenten bei 10 000, 20 000, 30 000 liegt. Es waren aber zwischen 90 Millionen und 100 Millionen, wenn man Gunnar Heinsohn, dem altachtundsechziger Völkermordforscher aus Bremen folgt. Auch das ist wichtig.

Ich sage das deshalb, weil ich glaube – aber das ist wirklich ein Stück weit aus dem Bauch heraus, aber nach 40 Jahren Auseinandersetzung mit den Themen –, dass man gerade dann interessant wird, wenn man die ganze Wahrheit – auch mit irritierenden Fakten – berichtet und Persönlichkeiten in den Vordergrund stellt, die die normalen Denkschemata durcheinanderbringen. Ich nenne einmal jemanden wie Heinz Brandt, der Gefangener des Jahres 1966 von Amnesty International war, in Bautzen in Isolationsfolter – das sage ich jetzt bewusst – gesessen hat und in seinem Buch "Ein Traum, der nicht entführbar ist" über seine Erfahrungen in Auschwitz im Vergleich zu Bautzen und in Buchenwald und im Knast Brandenburg nachdenkt.

Wenn man solche Persönlichkeiten in den Vordergrund stellt, kann man Interesse wecken – bei jungen und bei alten Leuten. Trotzdem würde ich sagen, das zusammen mit guten gedenkstättenpädagogischen Konzepten und ein wenig wieder den zeitgeistvorurteilsbehafteten Paradigmenstrich bürstend kann solche Orte wirklich interessant machen, in die Schulen hinein und auch in die älteren Generationen hinein wirken.

Eine konkrete Lösung schwebt uns vor: Im DIZ Torgau haben wir einen Antrag gestellt. Da soll die Ausstellung modernisiert werden. Ich glaube, das wird gut. Wir hoffen, dass wir die Unterstützung vom Bund für diesen großen Antrag bekommen. Erst einmal herzlichen Dank für die Unterstützung vom Land. Das wird eine moderne Ausstellung, und wir denken, dass wir die Besucherzahlen dadurch steigern können, auch wenn man sich nicht immer nur auf die Schüler bezieht.

Aber weil wir gerade bei Torgau sind, will ich noch einen Lösungsansatz benennen: die sogenannten Gedenkstättenlehrer. Wir hatten einmal einen in der Sächsischen Gedenkstättenstiftung. Der erste war in Torgau. Dann haben wir ihn nicht mehr bekommen. Frau Kurth ist jetzt nicht mehr Kultusministerin. Ich will ihr das überhaupt nicht anlasten, dass wir keine Gedenkstättenlehrer bekommen haben, aber mit Gedenkstättenlehrern, das heißt, Pädagogen, die hälftig in ihren Schulen arbeiten und hälftig in einer Gedenkstätte, kann man enorm viel bewegen. Das weiß ich aus meiner Arbeit in Berlin-Hohenschönhausen. Da hatten wir mehrere. Ich würde mir vom Kultusministerium sehr wünschen, dass wir Abordnungen von Gedenkstättenlehrern bekommen, damit die Vernetzung zu den Schulen funktioniert. Das geht sehr über persönliche Kommunikation. Das kann man tatsächlich nicht von oben dekretieren.

Dann würde ich gern die Frage nach der Endlichkeit der Zeitzeugenverfügbarkeit, wenn ich es einmal ganz brutal und ziemlich bürokratisch ausdrücken darf, beantworten. So sehr ich das selbst bedauere – ich kenne viele Zeitzeugen, und zwar aus beiden Diktaturperioden, die nicht mehr unter uns sind, und manche sind noch unter uns –, darf man sich meiner Ansicht nach dort keine Illusionen machen. Zeitzeugen sind faktisch nicht zu ersetzen. Man kann ihre Überlieferung mit Formen von Kunst, Kultur und Gedenkstättenpädagogik bis zu einem gewissen Grad konservieren. Man kann sie auch

verewigen. Man kann das in pädagogischen Formen nutzen. Aber wirklich zu ersetzen sind lebendige Menschen nicht. Es sollte von dieser Realität ausgegangen werden.

In dem Zusammenhang hatten Sie auch nach der Projektförderung gefragt, Herr Abg. Sodann. Ja, wenn Projekte im Sinne des Stiftungsgesetzes den Gremien und uns erst einmal in der Vorprüfung vorgelegt werden, die die Hoffnung erwecken, dass man mit modernen – und ich sage noch einmal auch ästhetischen, künstlerischen und museums- und gedenkstättenpädagogischen – Formen eine gewisse Abhilfe schaffen kann und dass man die Selbstbefragung, die Selbstvergewisserung einer pluralistischen demokratischen Gesellschaft stärken kann, wenn man so will, das Narrativ der Berliner Republik, dann unterstützen wir das sehr gern. Die müssen aber gestellt werden, und ich wiederhole mich jetzt: Wir können die Pferde sozusagen nur zur Tränke führen, trinken müssen sie selbst.

Konzepte müssen aus der Zivilgesellschaft kommen. Fördervereine sollen ihre Gedenkstätten oder ihre Initiativen fördern, aber nicht unbedingt von der Stiftung gefördert werden, obwohl wir das oft und lange gemacht haben. In dem Fall – verzeihen Sie mir, Herr Franke, muss ich schon noch einmal sagen, das SCI-Camp hat immer der sächsische Steuerzahler bezahlt. Das haben wir über die Stiftung bezahlt und über Ihre Mithilfe natürlich. Wenn wir es dieses Jahr einmal selbst getragen haben, haben wir ganz andere Nachrichten vom SCI über den Erfolg dieser Maßnahme gehört. Aber darüber müssen wir uns nicht im Klein-klein herumstreiten. – Das zur Frage der Projektförderung und der Abwesenheit von Zeitzeugen.

Jetzt würde ich noch gern auf Ihre dritte Frage antworten. Sie sagen, ökonomische Sorgen. Vielen Dank. Ich habe einmal marxistische Philosophie in Jena studiert, wo ein gewisser Karl Marx, der etwas von Überbau und Unterbau oder von Basis der Gesellschaft wusste, seine Doktorarbeit eingebracht hat und versuchte, ökonomisch denken zu lernen, wobei der Marxismus völlig überholt ist. Aber es gibt andere ökonomische Schulen. Es ist im politischen Raum meiner Ansicht nach nicht gut, wenn man nie über Geld nachdenkt. Deshalb sind solche Kennziffern zwar kein Diktat, wenn man sagt, wie viel man an öffentlichen Geldern ausgibt. Aber sie sind eine Richtlinie, und man muss versuchen, Ressourcen so intelligent wie möglich zu investieren.

Da kann ich Ihnen schlichtweg nur die Antwort geben, die schon scherzhafterweise hier von Herrn Dr. Morré gegeben wurde: Na klar brauchen wir mehr Geld, wenn wir mehr bewirken wollen. Aber man muss es aushalten, dass wir vermittelt durch unsere breit aufgestellten Gremien versuchen, die Entscheidungen rational zu treffen, wo Geld investiert wird. Selbstverständlich kann man antizyklisch reagieren, indem man in der Provinz mehr investiert, auch viel mehr Geld pro Kopf ausgibt als woanders, als in Leipzig usw. und indem man regionale Nachteile ausgleicht. All das hat aber Grenzen und kann jetzt nicht pauschal beantwortet werden.

Das wäre es, was ich hier sagen wollte. Ich plädiere noch einmal ganz allgemein dafür, dass jemand – das geht an uns alle –, der in einem nichtkommerziellen Kulturbetrieb sozusagen arbeitet, bitte auch ökonomisch denken lernen muss und sich das wirklich auf die Fahnen schreiben sollte.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Reiprich. Die konkrete Frage von Herrn Sodann nach einer konkreten Summe können oder wollen Sie nicht beantworten.

Siegfried Reiprich: Wir würden mit ein paar Stellen, die wir genehmigt bekommen – und das kostet im Schnitt je nach TVL-Größenordnung bis zu 80 000, 90 000 Euro pro Jahr –, schon wesentlich mehr bewegen können. Wie gesagt, was an mich herangetragen wurde: 1 Million Euro pro Jahr plus bitte mindestens fordern. Aber ich sage das mit einer gewissen Zurückhaltung und Ironie, wie Sie vielleicht gemerkt haben.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Gut. Die dritte Frage zur Selbstverwaltung ist auch an Prof. Hirschfeld gestellt worden.

Prof. Dr. Uwe Hirschfeld: Ich hatte als vierten Punkt gesagt, ich empfehle den Aufbau einer dezentralen Förderstruktur mit Elementen einer Selbstorganisation und Selbstverwaltung der Initiativen, Projekte, Vereine usw. Man muss es in dem Kontext sehen, dass die Förderstruktur möglichst dezentral sein sollte, also nicht zentralisiert. Stellen Sie sich vor, das sind Initiativen, die mit ihrer Tätigkeit eine Alltagsdemokratie praktizieren. Die leben. Die tun etwas. Die arbeiten. Die interessieren sich. Die sind engagiert. Das kann man nicht mit einer obrigkeitsstaatlichen Bürokratie bearbeiten, sondern man braucht, um mit diesen Initiativen zusammenarbeiten zu können, eine dezentrale Struktur, die auf die jeweiligen spezifischen Bedarfe eingeht, und man braucht eine Struktur, in der Elemente dieser Selbstorganisation sind, dass die sich auch untereinander austauschen können, dass eine Vernetzung dieser Initiativen stattfindet, dass wir eine Struktur entwickeln, die nicht immer nur in einer Spitze kumuliert, sondern eine Struktur, die mehr Netzwerkcharakter hat.

An der Stelle kann ich einmal direkt an Herrn Reiprich anschließen – das ist selten – eine Struktur, die auch die ökonomischen Notwendigkeiten selbst durchschaut und selbst dafür verantwortlich ist, wie man damit umgeht und das nicht alles nur von oben erwartet. So war das gemeint.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Prof. Hirschfeld. Nun kommen wir zu Frau Fiedler, CDU-Fraktion.

Aline Fiedler, CDU: Auch von unserer Seite ein herzliches Dankeschön an die Sachverständigen, dass Sie uns bei diesem sensiblen und wichtigen Thema für die Diskussion zur Verfügung stehen. Ich habe drei Fragen. Ich würde zunächst noch einmal darauf zurückkommen, was vom Sächsischen Landtag jetzt als Beschluss erwartet wird. Wir haben gesehen, das Thema ist sehr breit, und es gibt verschiedene Akteure, die hier gefordert sind. Der Sächsische Landtag hat zum einen die Möglichkeit des Gedenkstättengesetzes. Ich habe nicht wahrgenommen, dass von Ihnen gefordert wird, eine Novellierung vorzunehmen. Das Zweite ist der Haushalt. Hier habe ich Ihren Bedarf sehr wohl registriert. Das Dritte wäre, den Antrag zu beschließen und insbesondere das Entwicklungskonzept mit auf den Weg zu geben. Sie wissen aber auch – und das ist teilweise schon in der Antwort bzw. in dem von Ihnen mehrfach zitierten Tätigkeitsbericht formuliert worden –, dass Frau Staatsministerin und Vorsitzende des Stiftungsrates gesagt hat, die Ergebnisse und Empfehlungen der im Januar 2017 beschlossenen externen Evaluierung sollen in die Entwicklungskonzeption der Stiftung einfließen.

Meine Frage, insbesondere an Sie, Herr Prof. Graf, Herr Dr. Morré, Frau Schmolz, wenn Sie denn möchte, und Herrn Wurschi ist: Was wird Ihrerseits erwartet, was der Sächsische Landtag in dem Zusammenhang an Beschlussfassung noch zu tun hat?

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Reiprich. Herr Dr. Morr  hat zu Recht gesagt, die Evaluierung dauert noch etwas, Zwischenergebnis 2018, das Endergebnis wahrscheinlich erst im Jahr 2019. Bis dahin darf es keinen Stillstand geben. Deshalb die Frage an Sie, Herr Dr. Reiprich: Wie planen Sie die nächsten Monate? Herr Dr. Morr , Sie haben angesprochen, die bundesweite Wahrnehmung zu stärken. Was haben Sie auf diesem Gebiet vor?

Die letzte Frage: Mich treibt auch die Frage um, was ist, wenn Zeitzeugen nicht mehr da sind. Wie macht man dann Vermittlungsarbeit? Wir haben von Herrn Franke und Herrn Reiprich einiges gehört. Mich wäre interessieren, Herr Dr. Morr , ob Sie uns aus Ihrer Erfahrung zu dem Thema noch etwas mitgeben können, weil das wirklich sehr wichtig ist, wie man sich da entsprechend aufstellt.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Frau Fiedler. Mit der ersten Frage zur Erwartungshaltung an das Parlament ist zunächst Herr Prof. Graf angefragt.

Prof. Dr. Bernhard Graf: Vielen Dank für die Frage. Es ist immer leicht, Geld und Strukturverbesserungen zu fordern. Es muss nur auch organisiert und gelebt werden. Von daher sollte man bei diesen Forderungen immer den Qualitätsbegriff im Auge haben. Es sollte so sein, dass es, wenn Förderstrukturen von unten aufgebaut werden, was ich sehr begr e, Qualit tssicherungsstrukturen gibt, sprich: Antragsberatung möglich wird. Es wird nicht dadurch abgehen, dass man mehr Geld für die Opfergruppen nur den Opfergruppen gibt, sondern auch die Zwischenebene so ertüchtigt, dass der Prozess steuerbar bleibt.

Es ist toll, dass das Parlament fragt, was man denn beschlieen solle. Ich finde das wunderbar.

(Heiterkeit)

Ich finde das natürlich auch eine Herausforderung für uns, weil wir plötzlich in der anderen Rolle sind und uns überlegen müssen, was wir da machen. Ich kann nur noch einmal sagen: Die Optimierung der Prozesse ist das eine und die Qualitätsbeurteilung. Das wäre ich wirklich gern der Evaluierung überlassen; denn die ist dafür, glaube ich, gut angelegt. Andererseits – das schien mehrfach durch – werden die Stiftungsgremien selbst und anders herum auch die parlamentarische Realität die aktuellen Entwicklungen weiter im Auge behalten. Gerade durch den Kollegen Hirschfeld wurde viel gesagt, was aktuell aus der gesellschaftlichen Entwicklung heraus zu tun ist.

Das sollte auch kein Nachlaufen von technologischen Initiativen sein, weil es Digitalisierung gibt, muss man auch die Stiftungsarbeit ändern, sondern gerade das war ja Ihre Position, die ich sehr begr e. Nein, weil wir eine ethische Verantwortung haben für eine Aufgabe und weil eine Haltung wichtig ist, ist das auch entscheidend.

Letzter Punkt zur Konstruktion der Stiftung insgesamt: Es ist beides in der Stiftung vorhanden. Es ist eine Förderstiftung, und es ist eine Trägerstiftung. Beide Elemente sind auf Dauer zu stärken. Die Frage ist, wie sie zu verknüpfen und zu steuern sind. Dazu gibt es vieles, was ein Parlament sicherlich interessieren sollte, aber wo es eigentlich mit Beschlüssen nicht so richtig weiterkommt. Natürlich bleibt wieder die Frage von mehr Geld. Ich habe auch zum ersten Mal erlebt, dass ein potenzieller Antragsteller sagt, naja, die Million hätte ich vielleicht gar nicht so gern. Das war auch

eine neue Erfahrung. Wenn das nicht so war, müssten Sie es vielleicht noch einmal verschärfen und korrigieren. Dann habe ich das falsch verstanden. Natürlich ist diese Nachhaltigkeitsdebatte sehr wichtig.

Last, but not least ist die Vernetzung zu anderen Bildungsorganisationen und anderen Kulturorganisationen, glaube ich, ganz wichtig, weil die gesellschaftliche Weiterentwicklung nicht zu allererst in den Museen beginnt, aber die Museen und auch die Gedenkstätten als zentralen Lernort für informelles Lernen stärkt. Wenn ein Beschluss aus meiner Sicht sinnvoll wäre, würde ich Ihnen raten, weitere Orte des informellen Lernens zu stärken und das informelle Lernen selbst, glaube ich, als Forschungs- und Praxisgegenstand zu befördern.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Prof. Graf. – Herr Dr. Morré dazu.

Dr. Jörg Morré: Als erstes sollten Sie beschließen, dass es eine Konzeption geben soll. Wir waren uns zum großen Teil schon einig, aber um das vielleicht noch einmal eindeutig festzuschreiben: Die Evaluierung ist eine gute Sache. Ich hatte bei meinem Eingangsstatement gesagt, das würde mir, ehrlich gesagt, zu lange dauern. Das vollkommen außen vor zu lassen, ist auch doof, um es einmal salopp zu sagen. Um hier aus der Bredouille herauszukommen, könnte eine Empfehlung sein, dass Sie jetzt diesen Beschluss fassen, dass dieser Prozess in Gang gesetzt wird; denn das Prozesshafte – das war hier auf dem Podium auch zu hören – scheint mir sehr wichtig zu sein.

Da muss ich noch einmal zu Herrn Wurschi, der viele schlaue Dinge gesagt hat, kommen. Verstehen Sie diesen Antrag, der heute diskutiert wird, auch als Hilferuf, den Ruf um Hilfe, das zu ventilieren. Das könnte in diesen Prozess, den zu starten der Landtag dann beschließen möge, mit einfließen. Das auszutarieren, was genau wie die Stiftung macht – da möchte ich mich etwas heraushalten. Es ist aber tatsächlich so, wenn der Aspekt des Förderns mit hineinkommt, sind die Ressourcen begrenzt. Ja, Herr Reiprich, ich hätte da jetzt eine Summe genannt.

(Heiterkeit – Cornelia Falken, DIE LINKE: Das hätte ich jetzt auch erwartet!)

Dann kann man schauen, wie groß der Kuchen ist und wie viele Stücke daraus zu schneiden sind. Bei einem solchen Beschluss wäre mit zu berücksichtigen, sagen wir einmal, Leitlinien vorzugeben. Förderrichtlinien ist das Stichwort oder auch, sich festzulegen. Förderzeiträume. Zwei, drei Jahre machen wir da einen Schwerpunkt, dann wieder dort.

Ich möchte nur darauf hinweisen: Vergessen Sie nicht die Orte, die Sie schon haben und das sozusagen in guter sächsischer Tradition. Das, was der Freistaat in den Neunzigerjahren gestartet hat, ist ein wenig verschütt gegangen.

Es wäre ein Aspekt, den Frau Lengsfeld mit der EU hereingebracht hat. Vielleicht sollten Sie in diesen Beschluss als Gedanken aufnehmen, dass man sich über den Bezugsrahmen klar wird. Wir können auf EU-Ebene gehen. Das ist immer gut, ist auch, glaube ich, gerade geboten, weil die EU ein wenig Unterstützung nötig hat.

Die Bundesgedenkstättenkonzeption sollte man definitiv nicht außer Acht lassen. Aber – jetzt einmal wieder in guter Landestradiation: Schauen Sie doch, was Sachsen braucht.

Ich möchte Ihnen nicht raten, machen Sie das zum Tellerrand. Nein. Aber das, was in den Neunzigerjahren angelegt wurde, ja, ich möchte schon sagen, was Sie hatten, das müssen Sie wieder ein wenig freilegen. Den Beschluss in diese Richtung zu fassen, fände ich sehr sinnvoll.

Soll ich das mit den Zeitzeugen gleich anschließen?

Vors. Dr. Stephan Meyer: Ja, das können Sie.

Dr. Jörg Morré: Wenn ich schon einmal an der Reihe bin.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Wir werden uns das dann im Protokoll heraussuchen.

Dr. Jörg Morré: Ja, das ist so. Als Historiker bin ich da natürlich irgendwie schmerzfrei. Es geht auch ohne. Ich kann über das Mittelalter reden, ohne jemals mit einem Ritter gesprochen zu haben. Das ist aber in der politischen Bildungsarbeit sehr schwierig. Ich möchte aber sagen: Wir haben die Orte. Diese sind sehr wichtig, denn die Orte – bildlich gesprochen – sprechen auch zu uns. Die Aura des Ortes kann man anfühlen. Man kann lange darüber philosophieren, was das ist und wie das ist. Aber die gibt es, und die halte ich für sehr wichtig.

Wir haben medial viele Möglichkeiten – über Filme, Videos usw. –, eine Menge einzufangen. Das ersetzt natürlich nicht das Gespräch mit dem echten Menschen. Alte Menschen strahlen allein durch ihr Alter etwas aus. Wenn man dann noch weiß, was sie erlebt haben, strahlen sie etwas aus. Sie entwickeln eine ganz andere Autorität. Das möchte ich bei diesen Bildungskonzepten kritisch anmerken: Diese Autorität steht manchmal einem Erkenntnisprozess für Nachgeborene im Weg. Oder das, was wissenschaftliche Erforschung genannt wird. Dass das so ist, dass Menschen sterben, können wir, glaube ich, gelassen hinnehmen. Für die Bildungsarbeit an Gedenkstätten haben wir die Orte, und dann stärken Sie eben diese.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank. Zur ersten Frage an das Parlament gerichtet sind noch Frau Schmohl und Herr Dr. Wurschi angefragt. Frau Schmohl, bitte.

Daniela Schmohl: Ich würde mir auch die Unterstützung des Entwicklungskonzeptes wünschen. Das auf den Weg zu bringen, wäre ein Punkt. Ich kann das nicht so ganz nachvollziehen, weil ich um das Ächzen im Gebälk angesichts der nicht genannten aufzustockenden Fördersumme weiß. Ich würde mir wünschen, dass es dazu noch einmal eine Verständigung gibt. Das nehme ich für mich auf jeden Fall mit in den Stiftungsrat, weil ich weiß, dass es den Bedarf gibt und dass es nicht nachvollziehbar ist, wenn die quantitative Belastung als so hoch bezeichnet wird, warum man dann nicht den Schritt macht und sagt, dafür brauchen wir genau noch einen Mitarbeiter, eine Mitarbeiterin.

(Siegfried Reiprich: Das habe ich doch gemacht!)

Ja, so konkret machen Sie es dann auch im Stiftungsrat nicht, Herr Reiprich. Aber das brauchen wir an der Stelle nicht zu diskutieren. – Das vielleicht so weit.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank und Herr Dr. Wurschi dazu.

Dr. Peter Wurschi: Das ist dahin gehend eine spannende Frage, dass Sie als Landtag das zu entscheiden haben. Ich kann mich den Vorrednern anschließen. Das Prozesshafte ist, glaube ich, das Wichtige. Dass es offensichtlich kein Konzept gibt, sieht man daran, dass keine Stellen benannt wurden. Das wäre das, was ich erwartet hätte. Wenn es ein Konzept gebe, wüsste ich auch, wo die Mängel sind bzw. was ich haben möchte. Deshalb ist es, glaube ich, wichtig, sich diese Praxis anzuschauen.

Ich glaube, die zweite Ebene ist da, wo die Diskussion ist, was auch im Vorwort stand, die Überlegung Trägerstiftung/Förderstiftung. In der Stiftung ist beides eingewoben. Ich glaube, ein Konzept muss eine Idee entwickeln, wo die Schwerpunkte sind bzw. in welche Richtung es gehen soll. Dann würden sich dahin gehend Punkte ableiten lassen, die in ein solches Konzept einfließen.

Das Dritte ist vielleicht doch die Überlegung – die Evaluation wurde angesprochen. Die Zeitdebatte ist auch eine entsprechende. Aber vielleicht ist es spannend, sich jenseits der Stiftung bzw. jenseits dessen, was gefördert wird, im Land anzuschauen, was förderungswürdig wäre und noch einmal der Hinweis darauf, sich externes Expertenwissen zu holen, möglicherweise eine Expertenkommission einzusetzen, die sich diese Orte – vielleicht gibt es noch einen im Land, der erwähnenswert wäre – anschaut und dahin gehend überlegt, was Ihnen als Landtag an die Hand zu geben ist, um perspektivisch mittelfristig, langfristig eine Förderkonzeption für genau diese Erinnerungslandschaft, die dann entstehen wird – von NS bis hin zur SED-Aufarbeitung –, auskömmlich finanzierbar zu machen.

Aber ich glaube, da ist der Schritt noch einmal zu gehen, sich alle Orte anzuschauen, ihnen in ihren Alleinstellungsmerkmalen – ich wiederhole mich da – auf die Finger zu schauen und zu schauen, welchen Mehrwert sie auch in der Provinz haben. Vieles ist in den Städten in Sachsen gebündelt. Ich glaube, wichtig ist, die Fläche nicht zu benachteiligen. Dann haben Sie möglicherweise ein Instrumentarium an der Hand, um zu sehen, was als Erinnerungslandschaft mittelfristig, langfristig förderungsfähig ist und dann auch gefördert werden sollte. Dann hat man entsprechende Kennziffern, um einen haushalterischen Plan aufzustellen.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Dr. Wurschi. Die zweite Frage, was Herr Reiprich noch bis zur Vorlage der Evaluation 2019 tun möchte, um die Wahrnehmung zu stärken. Vielleicht nutzen sie die Frage auch als Brücke zu der anderen Frage, die vorher gestellt wurde, Herr Reiprich.

Siegfried Reiprich: Sie meinen jetzt die dreigliedrige Frage Haushalt, Entwicklungskonzept, Novelle des Gesetzes?

Vors. Dr. Stephan Meyer: Eher die Frage, die Ihre Kolleginnen und Kollegen schon mehrfach mit bemüht haben, was das Finanzielle angeht.

Siegfried Reiprich: Ja. Ich danke Ihnen sehr dafür, dass ich das tun darf, weil ich einige Missverständnisse ausräumen möchte. Wir haben jahrelang Stellenaufwüchse beantragt, aber nicht bekommen. Wir haben für den neuen Doppelhaushalt noch einmal signifikant Stellenaufwüchse beantragt und hoffen, dass wir sie bekommen – inklusive zum Beispiel eine volle Leiterstelle in Zeithain oder einen Stellenaufwuchs in der Gedenkstätte Münchner Platz etc. pp. Das kann ich jetzt nicht alles durchdeklinieren. Das wissen wir schon. Das haben wir auch gesagt. Deshalb ist es nicht so, wie es hier

erschienen ist. Ich habe nur die Mehrbedarfe, die wir meinetwegen letztes Jahr für den Haushaltsausschuss beantragt haben, und den freundlichen Brief, den wir von den beiden Kulturbeauftragten Aline Fiedler und Hanka Kliese bekommen haben über das, was geht und was nicht geht. Das habe ich jetzt nicht ausdiskutieren wollen. Ich weiß auch nicht, ob ich das hier datenschutzrechtlich darf. Aber wir wissen, dass wir schnell Stellenaufwüchse brauchen, sagen das seit Jahren immer wieder. Bislang haben wir sie nicht bekommen. Das ist die Situation.

Zu der Million will ich noch sagen: Na klar, so war es auch gemeint. Natürlich könnte 1 Million Euro plus X unter der Voraussetzung, dass wir die Leute haben, die es dann auch machen können, wirklich sehr viel weiterhelfen – im Sinne dessen, was hier an Forderungen und Wünschen geäußert wurde bezüglich des rationalen Kerns, wie er von den Gremien der Stiftung erkannt werden muss.

Jetzt würde ich gern zur zweiten Frage, der Evaluation, kommen. Auch hier darf ich vielleicht ein Missverständnis ausräumen. Es ist nicht so, dass die Stiftung wartet, bis das Ergebnis der Evaluation vorliegt und dann erst handelt. Nein, es gibt eine Arbeitsgruppe des Stiftungsrats zur Evaluationsbegleitung. Die tagt übrigens gerade heute, wenn ich das sagen darf. Das wird noch kommen. Die Evaluationsfirma, die Prognos-AG, wird einen Zwischenbericht – das hat Frau Staatsministerin schon in einer Anfragebeantwortung klargemacht – zur Stiftungsratssitzung im 1. Halbjahr 2018 geben. Das bedeutet, die Gremien können sich schon damit auseinandersetzen und überlegen, was wir daraus lernen können. Der endgültige Bericht mit den Empfehlungen wird allerdings Ende 2018, vielleicht erst Anfang 2019 – das kann jetzt niemand genau wissen – kommen.

Aber auch das ist Work in progress. Deshalb will ich nur noch kurz sagen, die Gremien der Stiftung, der Stiftungsbeirat mit seinem Vorsitzenden, der Wissenschaftliche Beirat mit seinem Vorsitzenden und der Stiftungsrat mit berufenen Mitgliedern, die etwas zu entscheiden und zu beraten haben und auch das Einzelorgan Geschäftsführer, der mit beratender Stimme teilnehmen kann, sind in diesem Work in progress, der Tätigkeit der Evaluationsfirma einbezogen. Es ist nicht so, dass wir nicht ständig etwas davon lernen könnten.

Allerdings würde ich sagen, der Zwischenbericht müsste abgewartet werden. Zu Ihrer Kenntnis darf ich sagen, dass bis jetzt die leitenden Angestellten der Stiftung befragt wurden. Dann werden wir sehen, wie das weitergeht.

Vielen Dank.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Reiprich. – Frau Dr. Muster.

Dr. Kirsten Muster, fraktionslos: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Zunächst möchte ich mich auch recht herzlich bei den Sachverständigen für die interessanten und vielfältigen Ausführungen bedanken. Ich habe insgesamt drei Fragen. Herr Dr. Morré hat zutreffend gesagt, wenn man keine Zeitzeugen hat, muss man sich anders behelfen. Wir sind in der glücklichen Lage, noch Zeitzeugen zu haben. Meine erste Frage handelt auch davon, was sich Zeitzeugen eigentlich von den Gedenkstätten wünschen, damit sie das, was sie erlebt haben und was sie weitertragen möchten, adäquat in diesen Gedenkstätten wiederfinden. Diese Frage möchte ich an Herrn Franke, Herrn Prof.

Graf, Frau Lengsfeld, Herrn Morré und auch an Herrn Reiprich und Frau Schmohl stellen.

Die zweite Frage: Wir haben von Herrn Morré gehört, dass die sächsischen Gedenkstätten bezüglich ihrer Integration in die gesamtdeutsche Gedenkstättenfamilie ein stiefmütterliches Dasein führen. Was wäre nötig, damit sie wieder anerkannt werden und volle Arbeit leisten können? Diese Frage geht an Herrn Dr. Morré, Herrn Reiprich und Herrn Prof. Graf.

Die dritte Frage: Die Gedenkstättenlandschaft in Sachsen ist sehr mutig in den Neunziger- und Zweitausenderjahren gestartet und hat gesagt, wir wollen die zwei Diktaturen zusammenbinden und Unterschiede und Gemeinsamkeiten herausarbeiten. Wie weit ist diese Arbeit gediehen, und welche Impulse braucht es gerade bei der Evaluation und dann auch bei den Konzepten, um gute Erfolge zu bringen? Dazu würde ich Herrn Prof. Hirschfeld, Frau Lengsfeld, Herrn Morré, Herrn Wurschi und Herrn Graf fragen.

Vielen Dank.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Frau Dr. Muster. Zur ersten Frage zu den Zeitzeugen, was deren Wünsche sind, zunächst Herr Franke.

Peter Franke: Danke für die Frage zu den Zeitzeugen. Ich hatte das Glück, in der Vergangenheit einige von ihnen zu erleben, die tausende Kilometer gereist waren, um noch einmal zum Tag der Lagerbefreiung nach Zeithain zu kommen bzw. die Gräber von Hinterbliebenen zu besuchen. Diese Zeitzeugen wünschen sich vor allen Dingen ein Aufrechterhalten der Erinnerung. In welcher Form das gemacht werden kann, sind die Vorschläge vielseitig. Das ist die Gedenkstätte. Das sind Publikationen. Das sind aber auch Gespräche mit Gästen, die vor Ort sind.

Wir sind nun einmal mit den vielen sowjetischen Kriegsgefangenen sicherlich etwas Besonderes, was die Zeitzeugen betrifft. So wünschen sich Besucher, die nach Zeithain kommen, häufig eine unkompliziertere Möglichkeit, aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion einzureisen, dass Angehörige von Hinterbliebenen ziemlich komplikationslos hierherkommen können. Ich weiß, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gedenkstätte und ein Großteil unserer ehrenamtlichen Vereinsmitglieder ganz große Mühe geben. Wir versuchen, solche Sachen zu dokumentieren, um sie dann in die Vereinsarbeit und in die Schulen hinauszutragen. Ich glaube, so sind wir dem am besten gerecht geworden.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Franke. – Herr Prof. Graf.

Prof. Dr. Bernhard Graf: Zunächst einmal ist die Frage, was sich Zeitzeugen wünschen, in dieser Breite kompliziert, weil wir immer nur von den Zeitzeugen sprechen, die sprechen wollen. Es gibt eine Reihe von stummen Zeitzeugen, die Aufarbeitung ganz anders sehen, die möglichst nicht wollen, dass sie als Zeitzeugen erkannt werden. Es gibt viele Schichten, auch von Traumata, die Zeitzeugen mitnehmen. Ich will aus ethischen Gründen einmal daran erinnern.

Wenn wir uns auf die konzentrieren, die gern sprechen wollen: Was wünschen sie sich? Die wollen in den Gedenkstätten zu Wort kommen, und sie wollen ihre Wahrheit als die

richtige erkannt haben. Da beginnt auch das Problem der Zeitzeugenarbeit in allen Gedenkstätten, aber auch in allen anderen Forschungsprojekten, dass man nämlich deren Berichte wissenschaftlich hinterlegen, empirisch überprüfen und historisch abklopfen muss. So ist Wunsch und Wirklichkeit oft unterschiedlich, aber ethisch unglaublich wichtig. Ich erinnere noch einmal daran, dass das Erlebte auch andere Schichten von Traumata, individuellem und kollektivem Leid und wenn man sie ernst nimmt, ganz verschiedene Schichten von Wahrnehmung beinhaltet. Das alles sollte sich dann die Gedenkstätte wünschen. – Entschuldigung, wenn ich die Frage ein wenig erweitert habe.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Prof. Graf. – Frau Lengsfeld.

Vera Lengsfeld: Ich kann nahtlos an Herrn Prof. Graf anschließen. Seit zehn Jahren mache ich Rundgänge in Hohenschönhausen im ehemaligen Stasigefängnis. Die Hälfte aller Besucher sind Schulklassen. Alle Besucher sind sich dabei einig, dass die Rundgänge, die die Zeitzeugen dort machen, auf die Besucher emotional und nachhaltig wirken. Von daher ist der persönliche Bezug zur Geschichte ein Mittel, um die Botschaft, die man als Gedenkstätte vermitteln will, herüberzubringen. Aber – und da gebe ich Ihnen vollkommen recht – diese Zeitzeugenberichte müssen natürlich eingeordnet sein. Sie müssen auch evaluiert werden, weil aus persönlichen Erfahrungen heraus manchmal übertrieben oder falsch eingeordnet wird. Deshalb brauchen Zeitzeugen wissenschaftliche Begleitung. Ich glaube, das ist das, was sich viele wünschen und was manche Gedenkstätten aus Personalmangel nicht ausreichend bieten können.

Aber Zeitzeugen sind auch deshalb wichtig, weil meine Erfahrung ist, dass selbst Schulklassen ankommen und überhaupt kein Hintergrundwissen haben. Ich kann Ihnen versichern, dass das, was die kommunistische Diktatur betrifft, noch viel häufiger vorkommt als was die nationalsozialistische Diktatur betrifft. Wenn 40 % nicht wissen, was Auschwitz war – es wissen 80 oder 85 % der Schüler, wenn ich davon ausgehe, was ich in den Schulen erlebe und was ich in Hohenschönhausen an Schulklassen erfahren habe, nicht genau, was die DDR-Diktatur war und die das sehr oft in Hohenschönhausen zum ersten Mal erleben.

Die Reaktion der Schüler hinterher ist eigentlich immer: Warum haben wir das nicht gewusst? Warum wird darüber nicht gesprochen? Warum steht das in der Schule nicht auf dem Lehrplan? Das muss man ernst nehmen. Die Erfahrung, die ich dabei gemacht habe, ist, wenn ich zum Beispiel einer 8. Klasse erzähle, dass im NKWD-Keller, der ein Teil von Hohenschönhausen ist, ein 14-jähriges Mädchen, Erika Reimann, weil sie mit ihrem Lippenstift eine Schleife in ein Stalinporträt gemalt hat, abgeholt wurde und acht Jahre in Gefängnissen und Lagern saß, dann habe ich ihre Aufmerksamkeit sofort, weil die Mädchen im gleichen Alter sind und in dem Augenblick denken, mein Gott, das könnte ich sein. Oder wenn ich ihnen sage, in diesem Keller waren auch Jugendliche ab 14 Jahre. Dann hat man die Aufmerksamkeit sofort.

Ich erzähle auch von den sowjetischen Soldaten, die ebenfalls in diesem Keller inhaftiert waren. Wenn ich den Jungs erzähle, dass die ein Durchschnittsalter von 16, 17 Jahren hatten, kommt noch einmal eine Aufmerksamkeit, weil die denken, Mensch, die waren so alt wie ich und mussten so etwas Schreckliches erleben. Wenn man Geschichte lebendig vermittelt, ist meine Erfahrung, kommt sie auch bei den Jugendlichen an, und zwar nachhaltig. Deshalb finde ich diesen Ansatz richtig, der im

Tätigkeitsbericht herauskam, Arbeit mit den Biografien der Betroffenen, derjenigen, die Widerstand geleistet haben, und derjenigen, die das Opfer beider Diktaturen waren.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Frau Lengsfeld. – Herr Dr. Morré.

Dr. Jörg Morré: Ich möchte fast ein wenig systematischer darauf antworten. Ich sehe drei Dinge, die die Gedenkstätten erfüllen müssen bzw. gibt es drei Anforderungsprofile von Zeitzeugenseite: einmal, dass sie schlicht und ergreifend da sind, weil die Opfer ganz individuell, ganz persönlich nur für sich, ohne dass das einer mitbekommt, an diesen Ort zurückkehren wollen oder müssen. Das sind Prozesse, die sich mitunter den Mitarbeitern nicht erschließen. Aber es ist sehr wichtig, dass es diese Orte gibt, dass sie markiert sind, dass sie aufgesucht werden können. Bildlich gesprochen: dass da einer die Tür aufmacht.

Zweitens die Begleitung. Sehr viele Opfer kommen in Begleitung von Angehörigen. Das ist auch gut. Das ist richtig. Das hat seinen Platz. Aber da ist es schon sehr wichtig, dass dort ein Ansprechpartner ist, und zwar einer, der sich tunlichst auch auskennt, ein qualifizierter Ansprechpartner. Da sind wir bei dem Personal der Gedenkstätten. Ich glaube, das wünschen sich viele Zeitzeugen, dass sie diese Ansprechpartner finden und dass die – wie gesagt – qualifiziert sind.

Das Dritte ist dann erst das öffentliche Erinnern. Nicht jeder, der Schreckliches erlebt hat, hat Lust, öffentlich darüber zu reden, geschweige sich auch noch öffentlich Fragen stellen zu lassen, wirklich in einen Diskurs mit "dummen Schülern" zu kommen, weil da Fragen gestellt werden, die mitunter schwierig zu beantworten sind, die wehtun. Das ist aber ein wesentlicher Baustein für die heutige Bildungsarbeit an Gedenkstätten. Es ist auch richtig so, dass das so ist – nur, dass Sie sich das systematisch einmal klarmachen. Wir erreichen damit längst nicht alle Zeitzeugen. So gesehen würde ich nicht behaupten, dass alle Zeitzeugen das in erster Linie von den Gedenkstätten fordern. Aber es ist ein wahrnehmbar großer Teil, und hier geht es darum, die Erinnerung weiterzutragen. Das wäre die Erweiterung der Frage. Das ist das, was Herr Franke und Frau Schmohl sehr eindrücklich angesprochen haben. Das sind die Initiativen, die vor Ort entstehen, die daraus erwachsen. Ich denke, es ist wichtig, dass Gedenkstätten dafür offen sind, dass sie die Plattform bilden. Dann können wir das alles wieder auf die konzeptionelle Ebene ziehen.

Danke.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Frau Schmohl, bitte.

Daniela Schmohl: Zeitzeugen sind, wie das bereits mehrfach erwähnt wurde, keine homogene Masse. Es gibt diejenigen, die gern die Erinnerung bewahren wollen und das auch explizit mit einem politischen Auftrag verbinden. Dazu gab es in den letzten Jahren immer Erklärungen der noch Aktiven – Auschwitzkomitee etc. Das ist die eine Seite. Aus der Perspektive einer Historikerin sehe ich Zeitzeugeneinsatz durchaus kritisch, würde ihn auch nicht unbegleitet machen wollen und zusätzlich aus der Perspektive einer politischen Bildnerin in einem doppelten Kontext, weil gerade die Emotionalität, die zum Beispiel Frau Lengsfeld gerade ansprach, im Vermittlungskontext durchaus ein großes Problem ist.

Ein Kollege hat das einmal so schön mit dem Spruch ausgedrückt: "Weinen bildet nicht". Auch wenn ich lauter betroffene Schülerinnen und Schüler vor mir stehen habe, heißt das noch lange nicht, dass die verstanden haben, auf welcher Ideologie das System der Ausgrenzung fußt, wie das funktioniert hat, was langfristige Konsequenzen sind und wie die Aufarbeitung in diesem Kontext stattfindet. Das ist eine Riesenlatte. Da würden wir eine fachliche Debatte aufmachen, die jetzt, glaube ich, nicht zielführend ist.

Nichtsdestotrotz bleiben Zeitzeugen für Gedenkstätten, für Erinnerungsorte eine wichtige Quelle. Aber sie müssen entsprechend eingeordnet werden.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Frau Schmohl. Wir kommen zur zweiten Frage, wie die Anerkennung der sächsischen Gedenkstätten in der bundesweiten Wahrnehmung gesteigert werden kann. Die Frage geht zunächst wieder an Herrn Dr. Morré.

Dr. Jörg Morré: Schicken Sie die Mitarbeiter auf Reisen. Die sollen bei den Konferenzen und überall, wo diese Themen, die Ihre Orte betreffen, diskutiert werden, dabei sein, dass sie sich öffentlich artikulieren, dass sie publizieren, dass sie der Presse für Fragen zur Verfügung stehen und dergleichen, und stärken Sie die Einzelorte. Das Profil geht nicht über eine Verwaltungseinheit, die letztendlich eine solche Stiftung ist, sondern es interessiert Pirna Sonnenstein. Was ist in Pirna Sonnenstein passiert? Dann reden wir über Euthanasie, und dann wollen wir einen kompetenten Ansprechpartner haben, der darüber auch etwas sagen kann.

Der dritte Aspekt wäre: Sorgen Sie dafür, dass Sachsen wieder als Gastgeber gefragt ist, dass Kolloquien, Fachtagungen, Gedenkstättenreffen und dergleichen, die bundesweite Bedeutung haben, die bundesweiten Zulauf haben, in Sachsen stattfinden.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank. – Herr Reiprich dazu.

Siegfried Reiprich: Gehe ich recht in der Annahme, dass Frau Dr. Muster auch mich wegen der Zeitzeugen angesprochen hat, was sich die Zeitzeugen wünschen?

Vors. Dr. Stephan Meyer: Ich bin mir jetzt nicht sicher. Frau Dr. Muster?

Dr. Kirsten Muster, fraktionslos: Ja.

Siegfried Reiprich: Dann würde ich, weil ich in Berlin-Hohenschönhausen fast ein Jahrzehnt Bildungsreferent und für die Zeitzeugenarbeit zuständig war und auch hier mit dem Thema befasst bin, gern etwas sagen. Ich danke sehr für die Problematisierung durch Herrn Prof. Graf. Oral History ist eine sehr schwierige Sache, ist eine Gratwanderung. Das kann schiefgehen. Ich kann mehr oder weniger alles unterstreichen, vielleicht etwas anders gewichtet, was jetzt dazu gesagt wurde. Ich kenne selbst persönlich viele Zeitzeugen, die nicht reden möchten. Man findet unter hundert vielleicht einen oder zwei richtig gute. Die müssen auch ein Stück weit ausgebildet werden. Es kann auf eine kluge Art und Weise von Zeitzeugen und Historikern in Seminarformaten zusammengearbeitet werden. Das kostet aber Geld. Dass solches Geld zur Verfügung gestellt wird, wünschen sich Zeitzeugen. Sie wünschen sich, dass ihr Vermächtnis, wenn man das so sagen will, weitergegeben wird. Hier ist zu beachten, dass Jugendliche nicht emotional überwältigt und dass sie richtig informiert werden. Aber das wurde alles schon ausgedrückt.

Es gibt aber auch Möglichkeiten, Zeitzeugen über Gedenkstätten in Schulen zu vermitteln. Es gibt eine Zeitzeugenbörse, die vom Bund gefördert wird. Das sollte mehr genutzt werden.

Jetzt würde ich zur zweiten Frage kommen, zur Frage der Integration sächsischer Gedenkstätten auf Bundesebene. Was wäre nötig? Ich muss erst einmal Ihrer Darstellung, Herr Dr. Morré, widersprechen. Es ist nicht so, dass die Mitarbeiter der Stiftung nicht auf Bundes- und weiterer Ebene – auch in Tschechien, Pirna Sonnenstein wurde gerade genannt – auftreten können. Das tun sie in verschiedener Gewichtung. Es ist nur so: Man muss zuerst seine Hausaufgaben machen, und wenn man zu wenig Leute und Ressourcen hat, können nicht unendlich Dienstreiseanträge genehmigt werden. Dem kann nur abgeholfen werden, wenn schlichtweg die Ressourcenausstattung, insbesondere die Stellenausstattung der jeweiligen Gedenkstätten vor Ort verbessert wird. Dann machen wir das auch.

Wir haben auch eine Asymmetrie, was die Bedürfnisse in anderen Bundesländern aufzutreten, von einzelnen Gedenkstätten anbetriift. Es gibt welche, die viel weniger Dienstreiseanträge stellen und andere viel mehr. Aber darüber möchte ich jetzt nicht aus dem Nähkästchen plaudern. Es bleibt der Gedanke wichtig, Gedenkstätten müssen zuerst ihre Hausaufgaben machen und ihre eigentlichen Kernaufgaben erfüllen. Dann sehr gerne Auftreten in Potsdam und in Berlin oder Rostock etc. pp.

Was ich mir in der Gedenkstättenlandschaft bundesweit wünschen würde, ist, dass man schlichtweg auf Sachsenpasing verzichtet; denn das kommt immer wieder vor. Es ist eben so, dass Sachsen tatsächlich mutige Wege gegangen ist und die einzige Stiftung ist, wo die Opferverbandsvertreter beider Diktaturen einigermaßen harmonisch kontrovers und produktiv miteinander kommunizierend unter einem Dach arbeiten. Es gibt gerade aus dem alten Westen Deutschlands dominierte andere geschichtspolitische Vorstellungen. Die sind bei der Anhörung in diesem Hause bei der Novelle vorgetragen worden, dass ganz massiv gefordert wurde, trennt das Gedenken, trennt in vor und nach 1945. Das ist aber aus den genannten Gründen kaum möglich, weil die Orte die Orte mit meist doppelter Vergangenheit sind, wenn auch verschiedener Gewichtung.

Weil Sachsen das nicht gemacht hat, gibt es gerade von sehr verdienstvollen Leuten, die in den Achtzigerjahren von Westdeutschland her durchgesetzt haben, dass endlich – viel zu spät in vieler Hinsicht – KZ-Gedenkstätten aufgebaut und auskömmlich ausgestattet wurden, in einer gewissen Hinsicht eine Phobie gegen diesen sächsischen Weg. Wir haben auch innerhalb der Stiftung, wenn man so will, landschaftlich kulturell verschieden sozialisationsmäßig geprägte Mentalitäten, um das nur einmal anzudeuten.

Ich würde mir wünschen, dass zum Beispiel Stiftungsvertreter nicht selektiv, sondern breiter eingeladen werden, meinerwegen, wenn es um Arbeitsgruppen KZ-Gedenkstätten geht, und dass anerkannt wird, dass die Stiftung Sächsische Gedenkstätten schon viel getan hat, das Thema frühe KZ nach vorn zu bringen. Das machen wir auch weiter mit dem KZ Sachsenburg. Wir waren auch diejenigen, die diese Ausstellung über die frühen KZ als nationalsozialistisches Terrorinstrument – was dann losging, war ungeheuerlich – gemacht haben, die auch gewandert ist etc. pp.

Ich wäre schon zufrieden, wenn man sehen würde, dass nicht nur die aus dem alten, tradierten Westen oder die im heutigen Mainstream – ich verwende einmal dieses böse Wort – in der Geschichtspolitik üblichen Sichtweisen der Aufarbeitung der Nazi-Diktatur und der SED-Diktatur dominieren würden und man mehrere Blumen blühen lässt, auch die sächsischen.

Ansonsten kann die Situation wesentlich verbessert werden, wenn erst einmal die wichtigsten Aufgaben der Gedenkstätten selbst erfüllt und sie modernisiert und ausgebaut sind. Dann kann man, insbesondere wenn man die Einnahmeseite durch Spenden – da sind wir auf einem guten Weg – verbessert, dass Geld für viel mehr interessante Seminare und Vorträge bereitgestellt wird. Publizieren können die Mitarbeiter ohnehin, was sie auch tun, aber eben nach bestimmten Regeln, die gegeben sind.

Vielen Dank.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Zu dieser Frage noch Herr Prof. Graf.

Prof. Dr. Bernhard Graf: Herr Vorsitzender! Frau Abgeordnete! Gestatten Sie, ich bin zwar als Sachverständiger geladen, dass ich diese Frage erst einmal aus der Alltagsperspektive beantworte. Wie bekommt man Anerkennung? Nun, wenn man ihr hinterherläuft, hat man bereits den ersten Fehler gemacht; denn Anerkennung müssen andere geben, und zwar ganz freiwillig, ohne dass man sich groß anstrengt. Das bedeutet, dass man, wenn andere das sagen müssen, für die zunächst einmal andere Themen bringt und kommuniziert, dass man auch jenseits von Stellen und ähnlichen Voraussetzungen damit beginnt, was man schon machen kann, dass man nämlich interessante Themen kommuniziert, dass man Leute anruft, dass man sich über Ereignisse und Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede unterhält, dass man einfach Lust und Spaß an der wissenschaftlichen Kommunikation, an der Wissenschaftskommunikation hat. Das wären gute Voraussetzungen, wie man Anerkennung bekommt, übrigens nicht nur für Gedenkstätten.

Natürlich will ich das ernst nehmen und zu diesem Punkt eine Antwort geben. Es ist immer auch eine gedachte Linie zu beachten. Das will ich an dem Begriff von Gedenktagen und Gedenkfeiern klarmachen. Viele Ereignisse, die Sie haben, sind nicht Anlass zum Feiern, sondern zum Gedenken im Sinne einer ethischen Perspektive, von einer Erinnerungskultur. Mit der Anerkennung sollten Sie insoweit vorsichtig sein, als Sie diesen Feieraspekt eher vernachlässigen und nicht unbedingt im Sinne des Populismus anstreben.

Vielleicht ein letzter Punkt: Wenn Sie Anerkennung in einer gesellschaftlichen Weise und einer gesellschaftlichen Perspektive haben wollen, müssen Sie akzeptieren, dass diese von manchen Gesellschaftsgruppen per se bei bestimmten Themen verweigert wird. Damit umzugehen, ist ungeheuer schwer. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiges Ziel. Ich habe darauf auch keine Antwort. Ich glaube, das ist ein Punkt, an dem wir alle arbeiten sollten.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Prof. Graf. Die dritte Frage zur möglichen Verbindung der beiden betrachteten Diktaturen. Dazu ist Prof. Hirschfeld zunächst angefragt.

Prof. Dr. Uwe Hirschfeld: Es ist mehrmals schon als "mutige Entscheidung" tituiert worden, dass man das Gedenken an die beiden Diktaturen in einer Stiftung zusammenfasst. Mit Sicherheit war es eine mutige Entscheidung. Nur eine mutige Entscheidung wird nicht automatisch zu einer Erfolgsgeschichte, wenn man nicht auch die Probleme im Blick behält, die mit diesen mutigen Entscheidungen verbunden sind.

(Vors. Dr. Stephan Meyer verlässt den Sitzungssaal. Stellv. Vors. Holger Mann übernimmt die Sitzungsleitung.)

Ich glaube, die Probleme waren und sind gravierend. Ich erinnere daran, dass die NS-Opferverbände schon einmal aus den Gremien der Stiftung ausgetreten waren, weil auf die Probleme nicht eingegangen wurde. Ich weiß auch, dass es jetzt Unzufriedenheit in diesen Bereichen gibt, ob die jeweiligen Interessen angemessen verhandelt werden.

Also: Mutige Entscheidungen sind dann gut und werden zu Erfolgsgeschichten, wenn die Probleme in einem kontroversen Diskurs nicht unter den Tisch gekehrt werden, sondern wenn die Probleme zum Gegenstand einer produktiven Auseinandersetzung gemacht werden können. Ich bin mir nicht sicher, ob das immer passiert.

Ich kenne Gedenkstätten, ich kenne Mitarbeiter von Gedenkstätten in Sachsen, die in ihrem Fachbereich eine hervorragende Arbeit leisten. Aber ich glaube, es gibt verschiedene Ebenen, in denen Gedenkstättenpolitik stattfindet. Das ist einmal die pädagogische Ebene. Das ist die Ebene der fachwissenschaftlichen Arbeit. Aber dann ist es auch noch eine Ebene der politischen Positionierung. Da fühlen sich, glaube ich, gegenwärtig nicht alle in der sächsischen Stiftung vertretenen Vereine, Verbände, Opferverbände tatsächlich mit vertreten. Um diese Entscheidung, das unter einem Dach zu vereinen, tatsächlich produktiv zu machen, müsste man mehr kontroverse Diskurse fördern und Raum dafür schaffen, dass man mit unterschiedlichen Positionen leben kann, ohne dass man, wenn man sich äußert, gleich korrigiert wird, richtiggestellt wird oder man gar, wenn man sich in der Öffentlichkeit geäußert hat, Hausverbot bekommt.

Stellv. Vors. Holger Mann: Vielen Dank, Herr Dr. Hirschfeld. Die Frage ging noch an Frau Lengsfeld und – für unsere zeitliche Orientierung – ebenso an Dr. Wurschi, Dr. Morré und Prof. Dr. Graf. Frau Lengsfeld, bitte.

Vera Lengsfeld: Die Frage ist, ob aus dieser mutigen Entscheidung keine Erfolgsgeschichte werden konnte, weil man zu sehr auf die Unterschiede der beiden Diktaturen abgehoben hat, statt einmal die Gemeinsamkeiten der beiden Diktaturen zu untersuchen. In der Resolution des Europäischen Parlaments, die ich vorhin angesprochen habe, ist dezidiert auf die Verzahnung der beiden europäischen Diktaturen des letzten Jahrhunderts hingewiesen worden, auf die Verzahnung durch die Täter, die beiden Diktaturen gedient haben, die Verzahnung durch die Informanten, die in beiden Diktaturen denunziert haben, der Widerstandskämpfer, die in beiden Diktaturen Widerstand leisteten und im Gefängnis oder Schlimmerem landeten und der Opfer beider Diktaturen.

(Vors. Dr. Stephan Meyer übernimmt wieder die Leitung der Sitzung.)

Das wird für mein Empfinden zu wenig untersucht, obwohl gerade die Gedenkstätten, die in Sachsen vorhanden sind, mehrfach genutzt wurden, nämlich erst von den Nazis, dann von der NKWD, dann von der Staatssicherheit. Dann ist doch die Frage, wenn

man eine kritische Haltung bei Jugendlichen befördern will – wobei ich Ihnen hundertprozentig recht gebe, dass wir eine kritische Haltung bei Jugendlichen erreichen müssen –, dann muss man aber auch die Frage stellen: Wo waren die Mechanismen, die die Gemeinsamkeiten dieser Diktaturen ermöglichen haben? Was sind die Haltungen, die man ächten muss? Welche Methoden muss man ächten? In diese Richtung geht mir die Diskussion zu wenig.

Das Ergebnis ist, dass sehr oft gesinnungsethisch argumentiert wird, aber man sich Methoden bedient, die man aus totalitären Diktaturen kennt. Gerade das muss für die Zukunft verhindert werden, wenn wir eine gute Zukunft haben wollen. Ich habe immer wieder die Erfahrung gemacht, dass Jugendliche sehr wohl sehr für Geschichte und die Lehren, die man aus der Geschichte ziehen muss, zu interessieren sind, wenn man die richtigen Denkanstöße gibt. Wie gesagt – und damit kann ich dann schon schließen –, man muss nicht nur über die unterschiedlichen Gewichtungen beider Diktaturen sprechen, sondern auch über die Gemeinsamkeiten.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Frau Lengsfeld. – Herr Dr. Wurschi zu dem Thema.

Dr. Peter Wurschi: Vielen Dank für die Frage. Eine Anmerkung vielleicht vorweg: Als Stiftung Ettersberg betreiben wir in Erfurt auch die Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße. Ich zeichne dort unter anderem für die Bildung zuständig und hätte für viele Dinge, die hier von den Experten angesprochen wurden, noch die eine oder andere Kommentierung, auf die ich verzichte.

Wie bekommt man es hin, NS und Gedenken an den Kommunismus zu verbinden? Das ist eine große und schwierige Frage. Ich hatte in meinem Statement schon darauf hingewiesen, dass man dazu Fingerspitzengefühl benötigt und vor allen Dingen erst einmal das Trennende stärken muss. Dann kann man darüber nachdenken bzw. sich überlegen, was Ebenen von Macht, von Machtmissbrauch und vor allen Dingen von Handlungsebenen der Menschen in diesen Diktaturen waren. Ich glaube, das sind spannende Felder, beide Diktaturen dahin gehend zu analysieren, wo Handlungsebenen, Handlungsfelder derjenigen waren, die in diesen Diktaturen gelebt haben, sowohl auf Täter- wie auch auf Opferseite. Es ist spannend, in die Zwischenräume zu schauen, in den Alltagsbezug dieser beiden Diktaturen, um vielleicht dann Kontinuitäten im Umgang mit Macht bzw. mit Ausübung von Macht zu sehen.

Sie sehen, ich lebe auf. Es ist ein wissenschaftlicher Diskurs, und das ist vielleicht die Rückspiegelung an die Stiftung, Räume zu schaffen, genau darüber zu reden. Das ist meines Erachtens eine der Aufgaben der Stiftung, die sie wahrnehmen sollte. Sie hat Gedenkstätten mit mindestens doppelter Vergangenheit, die dazu genutzt werden könnten.

Dazu gehört es ungemein, die Menschen, die in diesen Gedenkstätten arbeiten, am Diskurs zu beteiligen. Ich muss sagen, ich glaube, die Beteiligung am Diskurs ist keine Belohnung dafür, wenn man die Hausaufgaben gemacht hat, sondern elementarer Bestandteil von wissenschaftlicher Arbeit. Das Herausgehen aus Sachsen, das Sprechen mit anderen Institutionen, mit der Andreasstraße, mit all den anderen, gehört zum gängigen Aufgabenprofil einer wissenschaftlichen Leitung, eines Wissenschaftlers, der in Gedenkstätten arbeitet und kann nicht als Belohnung gesehen werden, wenn man denn die Hausaufgaben gemacht hat. Das ist die Hausaufgabe.

Ich glaube, das ist einer der Punkte. Daraus könnte man weitere Ketten von Argumentationen bilden, was das Errichten der Stiftung in den Neunzigerjahren, beide Diktaturen in einen Zusammenhang zu bringen, an Aufgaben bzw. an Gesprächsanknüpfungspunkten und Diskursanknüpfungspunkten bringen würde. Da ist mein Wunsch an die Stiftung, diese wieder wahrzunehmen und zu protegieren.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Dr. Wurschi. – Herr Dr. Morré.

Dr. Jörg Morré: Ich möchte mich unbedingt Herrn Hirschfeld und Herrn Wurschi anschließen und vielleicht nur den einen Aspekt hinzugeben – ein wenig mit Blick auf meine Nachbarin, Frau Lengsfeld: Ich würde Ihnen stärkstens anempfehlen, Kategorien zu bilden und das sauber zu tun. Dann wird das zu einem fruchtbaren Bildungsansatz. Ich denke – ich komme schon wieder auf die Neunzigerjahre –, dass die Ursprünge der Stiftung Sächsische Gedenkstätten eine gute Vorlage gegeben haben. Erinnern Sie sich daran. In heutiger Zeit – und die hat sich gewaltig geändert, vielleicht auch insbesondere in Sachsen – muss man viel sauberer argumentieren, auch sprachlich sehr sauber vorgehen. Das vielleicht als Appell an die bestehende Stiftung Sächsische Gedenkstätten im Hier und Jetzt. Leider ist das manchmal medial aufgenommen worden, wenn nicht so sauber gesprochen und argumentiert wurde. Da sollte einmal gehörig nachjustiert werden.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank. – Abschließend Herr Prof. Graf.

Prof. Dr. Bernhard Graf: Zunächst einmal möchte ich wieder ankündigen, aus welcher Perspektive ich antworte. Ich antworte jetzt aus der Stiftungsperspektive, die, glaube ich, auch anderweitig, außerhalb von Sachsen vorhanden ist. Zunächst einmal muss man sehr deutlich zwischen den Aufgaben einer Förderstiftung und einer Trägerstiftung unterscheiden. Ich komme als erstes einmal zu der Förderstiftung:

Hier sehe ich durchaus Luft nach oben in den Debatten im Bereich der Antragsermöglichung, Antragsberatung und Antragsbegleitung. Wir haben das sehr stark im Bereich der Provenienzforschung, wo wir durchaus institutionelle Antragsteller haben, die wir auch sehr intensiv beraten und begleiten müssen, damit sie antragsfähig und vielleicht später zu Trägern werden, die ihre Aufgaben gut erfüllen.

Der zweite Punkt: In Bezug auf die Trägerstiftung und die beiden Diktaturen ist vielleicht nicht das Entweder/Oder gefragt, sondern das Sowohl/Als auch. Denn man muss in dem Fall, glaube ich, sagen, dass die Profilierung im Bereich der Trägerstiftung möglich zu sein scheint, weil im Bereich der Trägerstiftung die Frage ist: Wie steuert man eine Institution aus der Perspektive einer Stiftung, die selbst Träger ist? Wenn Sie eine Trägerstiftung sind, haben Sie andere Verantwortlichkeiten, als wenn Sie eine Förderstiftung sind.

Entscheidend ist, dass man beides zusammenbringt – jenseits der Debatten zwischen den beiden Bereichen der NS-Vergangenheit und des Unrechts in dem anderen Bereich der DDR und anderer sozialistischer Bereiche. Wir erleben das stark mit der Entwicklung von Fachkulturen, auch in anderen Gebieten. Fachkulturen sind sehr unterschiedlich. Die beiden Fachkulturen, in denen sich die Diskussionen bewegen, sind ebenfalls unterschiedlich. Entscheidend ist für mich, dass eine Stiftung wie diese an beiden Debatten um die Weiterentwicklung von Fachkulturen teilnimmt, sich

einbringt. Wir erleben das im Wissenschaftsbereich ganz selbstverständlich. Entscheidend ist dabei, dass die Stiftung nicht unbedingt Getriebene, sondern Treibende sein sollte. Das wäre vielleicht ein wichtiges Ziel auch im Sinne der Partnerschaft mit Hochschullehrern, die die Praxis meist ein wenig als Reflexionsebene ausblenden. – Entschuldigung, Herr Kollege.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Prof. Graf. – In dieser ersten Fragerunde möchte ich noch Frau Wilke die Gelegenheit geben, aber gleichzeitig mit Blick auf die Uhr ankündigen, dass ich eine gewisse Fürsorgepflicht habe, auch Ihnen gegenüber. Sollte es dann noch Fragebedarf geben, würde ich die Sitzung für eine dreiviertel Stunde unterbrechen. Dann können wir bei Bedarf fortsetzen. Ich schaue einmal in die Runde. – Frau Dr. Maicher, dann ist dem so. Frau Wilke, wenn Sie nichts dagegen haben, können wir auch gleich eine Pause einlegen. Es ist jetzt 13:15 Uhr. Ich werde die Sitzung um 14 Uhr hier im Plenarsaal fortsetzen.

(Unterbrechung von 13:15 bis 14:00 Uhr)

Vors. Dr. Stephan Meyer: Es ist 14 Uhr, und wir setzen mit der immer noch ersten Fragerunde fort. Das Rederecht hat jetzt Frau Wilke für die AfD. Frau Wilke, bitte.

Karin Wilke, AfD: Vielen Dank. – Im Namen der AfD-Fraktion möchte ich mich bei allen Sachverständigen für ihre Ausführungen bedanken. Ich möchte noch einmal auf die Verzahnung der Gedenkstätten zum Kommunismus und Nationalismus zurückkommen; denn dieses totalitäre Gift, sage ich jetzt einmal, wirkt weiter, und wir sollten unsere sächsischen Gedenkstätten als wichtige Denkstätten begreifen. Ich habe versucht, einen Vertreter des Hannah-Arendt-Instituts an der TU Dresden zur Totalitarismusforschung als Sachverständigen für die Anhörung zu gewinnen. Das ist mir leider nicht gelungen. Ich bin also außerordentlich dankbar dafür, dass Frau Lengsfeld hier eingesprungen ist.

Meine Fragen richten sich daher vordergründig an Frau Lengsfeld, aber auch an Herrn Reiprich und Herrn Dr. Wurschi. Wenn jemand anderes von Ihnen dazu Stellung nehmen möchte, wäre ich auch nicht traurig. Frau Lengsfeld, können Sie uns Ihre Bewertung zum gegenwärtigen Diskussionsstand zum Totalitarismuskonsens geben, der praktisch – kann man sagen – das Fundament unserer politischen Ordnung ist, Stichwort: wehrhafte Demokratie? Warum sehen wir nicht oder können wir nicht sehen, dass der Totalitarismus die Krankheit an sich ist? Warum glauben immer noch viele, besonders auch junge Leute – flapsig gesagt – an das Gute im Bösen?

Vors. Dr. Stephan Meyer: Frau Wilke, waren das jetzt Ihre Fragen in der ersten Runde?

Karin Wilke, AfD: Ja.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Herr Dr. Wurschi musste uns leider schon verlassen. Von daher jetzt zunächst Frau Lengsfeld und Herr Reiprich. Frau Lengsfeld, bitte.

Vera Lengsfeld: Dresden ist der Sitz des Hannah-Arendt-Instituts. Hannah Arend hat als die einzig richtige Antwort auf zwei europäische Diktaturen den antitotalitären Konsens formuliert. In den ersten Jahren der Bundesrepublik war der antitotalitäre Konsens die Geschäftsgrundlage der Demokratie der Bundesrepublik, was völlig richtig war. Wir erleben seit Jahren, verstärkt seit der Vereinigung, dass dieser antitotalitäre Konsens in

der Diskussion durch Antifaschismus ersetzt wird. Das ist eine einseitige Ausrichtung, aus der viele der Probleme, die wir hier diskutiert haben, resultieren.

Ich war deshalb sehr froh, dass sich das Europäische Parlament nach dem Beitritt der osteuropäischen Staaten darauf besonnen hat, den antitotalitären Konsens als Grundlage für europäische Gedächtnispolitik zu machen. Deshalb habe ich vorhin in meinem Vortrag dafür plädiert, sich an dieser Resolution des Europäischen Parlaments von 1990 auszurichten, wenn man für die sächsischen Gedenkstätten noch einmal eine Leitlinie entwickeln möchte; denn wir haben in Sachsen oder auf dem gesamten Gebiet der ehemaligen DDR das Problem, dass die Orte sehr häufig dreifach genutzt waren – erst von den Nationalsozialisten, dann von der sowjetischen Geheimpolizei, am Ende von der Staatssicherheit. Da muss man sich schon die Frage stellen, wie so etwas passieren konnte. Wie konnten zwei scheinbar gegensätzliche totalitäre Diktaturen problemlos dieselben Orte benutzen und sich ähnlicher Methoden bedienen?

Genau das – dafür plädiere ich – muss das Lernziel für die junge Generation sein, zu erkennen, was die Handlungen sind, die eine totalitäre Diktatur möglich machen; denn die Machthaber sind die eine Seite. Das muss man auch betrachten, aber auch die Frage des Verhaltens von Menschen in Diktaturen und welche Fähigkeiten, welche Charaktereigenschaften es waren, die die Menschen befähigt haben, gegen die totalitären Diktaturen Widerstand zu leisten. Welche haben dazu geführt, dass sich die Menschen in Mitläufer verwandelt haben? Genau solche Fragen müssten an diesen Orten diskutiert werden, die dreifach genutzt wurden.

Was war der zweite Teil Ihrer Frage?

Karin Wilke, AfD: Im Wesentlichen haben Sie das beantwortet. Das betraf speziell die jungen Leute. Vielen Dank, das haben Sie beantwortet, der Totalitarismus als Krankheit an sich.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Herr Reiprich, bitte.

Siegfried Reiprich: Als erstes muss ich doch Ihre Frage ein wenig kritisch hinterfragen. Ich glaube, dass es den Totalitarismus so nicht gibt. Das ist eine Abstraktion. Darin liegt auch die Gefahr einer Gleichsetzung, die ebenfalls nicht tragfähig ist. Ich würde sagen, die Totalitarismustheorie ist wie alle wissenschaftlichen Theorien nicht die einzig richtige, sondern sie ist ein Modell, mit dem man das, was passiert ist, beschreiben kann. Es gibt andere Modelle. Das ist aber eine geschichtsphilosophische Frage, die hier nicht vertieft werden kann.

Wahr ist sicherlich, dass die Erfahrungen in Westeuropa, Mittel- und Osteuropa verschieden sind und dass es noch kein gemeinsames europäisches Narrativ dessen gibt, was im 20. Jahrhundert passiert ist und dass es verschiedene Annäherungen gibt, zum Beispiel das Buch "Die Monographie" des Professors aus Chemnitz, der auch am Hannah-Arendt-Institut ist, Prof. Lothar Fritze, "Totalitäres Denken". Er hat gesagt, totalitäres Denken entsteht nicht erst in einer Diktatur, sondern schon vorher. Sonst käme es nicht zu einer solchen.

Ich würde sagen, es ist für die Gedenkstättenstiftung von fundamentaler Bedeutung, an den konkreten Orten zu erzählen, was wirklich passiert ist und dann nach dem „Beutelsbacher Konsens“ die Besucher selber denken zu lassen. Es ist aber genauso

wichtig, dass die Mitarbeiter vor Ort möglichst gut gebildet sind und die verschiedenen Annäherungen an die Phänomene von Faschismus, Stalinismus, Kommunismus, Nationalsozialismus, die es in der geschichtlichen Diskussion gibt, kennen und antworten können.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass es Antworten und Antwortversuche auf die Frage gibt, warum es immer wieder so viele junge Leute gibt, die an das Gute im Bösen glauben. Darüber kann man lange Vorträge halten. Ich möchte nur an den Nobelpreisträger für Literatur, Mario Vargas Llosa, erinnern, der einmal Sekretär des französischen kommunistischen und später eher antistalinistischen Philosophen Jean-Paul Sartre war, der ein Buch "Die Stadt und die Hunde" geschrieben und gesagt hat, Faschismus und dieses totale, ehrgeizige und rechthaberisch krankhaft narzisstische Denken ist ein Phänomen der Jugend. Das scheint eine Art anthropologische Konstante zu sein, dass totalitäres Fühlen und Denken, das totale Rechthaben und die Welt aus der eigenen Blase zu sehen, eine menschliche Krankheit ist, wenn man so will.

Das Letzte, was ich dazu sagen möchte, ist ein Verweis auf die europäische Plattform für Wissensbildung und Gedenken, Platform of European Memory and Conscience, mit Sitz in Prag und in Brüssel. Ich habe die Ehre, für die Stiftung mehrfach in den Vorstand dieser Plattform gewählt worden zu sein und kann Ihnen sagen, das Beste, was man auf einer solchen Ebene machen kann, ist, dass man den jeweiligen Seiten erzählt, was sie nicht hören wollen, den Mittelosteuropäern, die ganz schematisch sagen "der Totalitarismus" und nicht die fundamentalen Unterschiede zwischen Nationalsozialismus als Radikalfaschismus in seiner Epoche betonen, um ein anderes berühmtes Buch zu zitieren. Dem muss man widersprechen.

Die Westeuropäer denken, dass die Nazidiktatur nur im Gegensatz zur stalinistischen stand und nicht mit ihr kollaboriert hat und die das nicht hören wollen. Denen muss man das auch erzählen. Dann müssen die beteiligten Menschen bitte selber denken und ihren Konsens finden. Da wäre eine kleine Stiftung wie bei uns in Sachsen völlig überfordert, aber wir können es befördern. Wir leben im Drei-Länder-Eck. Wir sind eng mit Tschechien und Polen verbunden. Deshalb – letzte Bemerkung – haben wir versucht – aber das geht im Moment über unsere Kräfte –, mit der Gedenkstätte Gross-Rosen in Schlesien, jetzt in Polen – und das wird auch so bleiben –, im europäischen Polen, zusammenzuarbeiten. Wenn Sie dorthingehen, was ich allen hier sehr empfehlen möchte, finden Sie eine Doppelausstellung über die Welt der Konzentrationslager im 20. Jahrhundert. Dort wird einmal die Nazi-Konzentrationslager-Gulag-Welt, sage ich einmal bewusst ein wenig provozierend, dargestellt und die kommunistische Gulag-Welt wird dargestellt. Der Direktor, den ich dort kennenlernen durfte, hat selbst Verwandte im Nazi-System verloren, hat mir aber gesagt, er sagt ganz bewusst nicht: Das waren die Deutschen, die diese Verbrechen begangen haben. Es war auch das durchaus internationale Phänomen des Nationalsozialismus, wie der stalinistische, leninistische Sozialismus nicht nur internationalistisch war, sondern umgekehrt auch nationalistisch.

Das wäre das, was ich ad hoc sagen könnte. Ich danke Ihnen allen sehr, dass Sie so lange zugehört haben.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Reiprich. Frau Schmohl hatte sich zu dem Thema noch gemeldet.

Daniela Schmohl: Ich würde jetzt ungern in diese inhaltliche Debatte einsteigen wollen. Aber ich würde an der Stelle, weil es gerade gut passt, noch einmal einen Blick auf die Gremienarbeit innerhalb der Stiftung werfen, weil genau die Mitarbeiter dieser Platform of European Memory and Conscience durchaus ein umstrittener Punkt innerhalb der Stiftung waren und eigentlich immer noch sind. Er ist nach wie vor ungeklärt. Es war so, dass mehrere Mitglieder des Stiftungsbeirates, aber auch des Stiftungsrates, angemerkt haben, dass sie sich gern einmal inhaltlich mit dieser Thematik auseinandersetzen wollten, weil das im Rahmen der Tagesordnung in den Stiftungsratssitzungen oder in den Beiratssitzungen, die nur zweimal jährlich stattfinden, nicht möglich ist.

Es gab die verschiedensten Vorstellungen von einem mehrtägigen Workshop mit externen Expertinnen und Experten zum Thema aus der Wissenschaft und aus der Praxis, auch von Gedenkstätten bis hin zu: Wir handeln das einmal in zwei Stunden im Beirat ab. Es gab eine sehr lange Debatte. Es gab immer wieder Terminvorschläge. Einmal war kein Geld da, ein andermal kam bedauerlicherweise eine Erkrankung dazwischen. Dann hieß es plötzlich, wir dürfen keine Externen mehr dafür einladen. Irgendwann wurde es im Rahmen einer Stiftungsbeiratssitzung einfach abgewählt, obwohl mehrere Mitglieder, die das vehement vertreten haben, bei dieser Abstimmung anwesend waren. Das ist ein Beispiel dafür, wie inhaltliche Debatten innerhalb der Stiftung durchaus auch verschleppt werden, wenn klar ist, dass es kontroverse Positionen geben wird. Nicht wahr, Herr Reiprich?

Wir haben genau dieses Thema mit dem Blick auf die osteuropäischen Länder. Wir sind immer noch eine sächsische Institution. Wir sind immer noch in der Bundesrepublik Deutschland, und es gibt eine andere historische Verantwortung als das aus der Perspektive von Polen zum Beispiel ist. Ich will das jetzt nicht vertiefen, aber ich wollte das gern kurz zu Protokoll geben.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Frau Schmohl. Damit sind wir am Ende der ersten Fragerunde. Ich rufe eine zweite Fragerunde auf, möchte aber appellieren, dass wir uns an der Drucksache festhalten. Es ist sicherlich für uns sehr interessant, in die Details zu gehen. Aber wir sind hier nicht der Stiftungsrat, sondern das Parlament. Von daher bitte ich, bei den Fragen die Drucksache wieder stärker in den Fokus zu rücken. – Frau Dr. Maicher hatte sich gemeldet.

Dr. Claudia Maicher, GRÜNE: Herzlichen Dank. Ich möchte gern noch einmal auf einen Punkt zurückkommen, der an anderer Stelle schon einmal kritisch angemerkt wurde, wo aber aus meiner Sicht ein Dissens im Raum ist, den ich gern verstärken würde. Das sind die bundesweite Vernetzung, die wissenschaftliche Vernetzung, der Einbezug. Herr Reiprich, Sie haben von der sächsischen Gedenkstättenarbeit als Spitze des Fortschritts oder so ähnlich gesprochen. Auf der anderen Seite wurde sehr deutlich von Ihnen, Herr Morré, gesagt, dass die bundesweite Wahrnehmung der sächsischen Gedenkstätten kaum mehr vorhanden ist. Sie haben dankenswerterweise auch schon vier, fünf Punkte genannt, wie man das ändern kann.

Meine Frage an Sie, Herr Reiprich: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie das ein Stück weit behandelt, was zum Beispiel die Reise zu Tagungen angeht, die Beiträge auf Tagungen als Ressourcenfrage. Deshalb noch einmal ganz gezielt die Nachfrage. Wenn ich mir im Tätigkeitsbericht die Haushaltsaufstellung, die nur ganz grob ist, anschau und die Überträge, also Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre anschau, ist das, glaube ich, keine Frage, was die Ressourcen für Reiseanträge

angeht. Wenn es Ihnen auch wichtig ist, dass die Vernetzung stattfindet, dass der Austausch möglich ist, dass sich auch Sachsen im bundesweiten Kontext im Austausch befinden kann – Was fehlt konkret an Struktur oder an Ressourcen der Stiftung, damit Sie das befördern könnten?

Die zweite Frage geht auch an Sie, Herr Reiprich. Welche Kooperationen und konkrete Projekte – vielleicht können Sie einige einzelne herausstechende benennen – gibt es mit bundesweiten Partnern derzeit? Was könnten Sie sich vorstellen, im Falle, Sie hätten die Ausstattung, für wirklich wichtige Kooperationen in den nächsten Jahren, die Sie mit der Stiftung voranbringen wollen?

Eine weitere Frage habe ich zur Konzeption, auch an Sie, Herr Reiprich. Wie sind wissenschaftliche Diskurse auch über Sachsens Grenzen hinaus im Moment in der Geschichts-, Archivwissenschaft, Pädagogik usw. mit einbezogen für eine Fortschreibung der Konzeption für die Entwicklung?

Die dritte Frage, die vor allen Dingen an die – –

Vors. Dr. Stephan Meyer: Frau Maicher, wir sind jetzt schon bei der vierten Frage, wenn ich richtig gezählt habe.

Dr. Claudia Maicher, GRÜNE: Gut, dann stelle ich sie in der nächsten Runde.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Herr Reiprich, die Struktur, um die bundesweite Vernetzung zu verbessern, war das Erste, dann die Projekte, die Sie bundesweit vorhaben, und als drittes das Thema Konzeption.

Siegfried Reiprich: Ja, ganz kurz. Ich bitte, sich einmal anzuschauen, was Pirna Sonnenstein macht, auch mit bundesweiter Wirkung. Dann haben Sie Recht. Es hat auch einmal Gelder gegeben, die nicht ausgegeben werden konnten. Das hat aber nichts mit Dienstreisen und sonstigen Sachen zu tun, sondern mit der Zweckbindung für bestimmte Vorhaben, die aus verschiedenen Gründen so oder weniger gut umgesetzt werden konnten. Zum Beispiel konnten die Sondermittel des Freistaates Sachsen in dem sogenannten Maßnahmenpaket zur Stärkung der politischen Bildung und Demokratie aus technischen Gründen so nicht ausgegeben werden, wie sich das die Geldgeber vorgestellt hatten.

Was aber die Ressourcenfrage, die Sie gern beantwortet haben wollen, anbetrifft, ist es tatsächlich so, dass es weniger eine Geldfrage ist als eine Frage der Zeit, der Arbeitszeit. Wenn wir eine Arbeitsplanung haben, die der Stiftungsrat verbindlich für eine jeweilige Einrichtung der Stiftung beschlossen hat, müssen diese Aufgaben zuerst gelöst werden, und es kann nicht auf Kosten der Kernaufgaben etwas anderes gemacht werden. Das ist der Knackpunkt. Welche Wege dahin führen würden, das zu verbessern – Stellenaufwüchse etc. pp. –, vielleicht aber auch einmal Aufgabenzuweisungen und Veränderung von Tätigkeitsbeschreibungen – das ist eine andere Frage. Das betrachtet aber der Stiftungsrat durchaus intern, wenn er sich das sozusagen auf den Tisch zieht.

Zur Frage zwei, welche Kooperationen wir uns vorstellen können oder schon existieren: Es gibt immer welche mit der – ich sage es einmal so – Bundeskulturstaatsministerin, also BKM, Kanzleramt, wo Anträge gestellt werden. Die sind beratend und

entscheidend mit im Stiftungsrat vertreten. Berliner Ebene ist auch die Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft". Stiftungsgedenkstätten stellen bzw. formaljuristisch mache ich das, aber faktisch machen das die Gedenkstätten, nachdem wir das auch geprüft haben, Anträge an EVZ, zum Beispiel auch Pirna Sonnenstein erfolgreich. Die werden dann auch umgesetzt. Das ist eine Kooperation. Oder es gibt Kooperationen mit der Partnerbehörde oder dem Pendant der sogenannten Gauck-Birthler-Jahn-Behörde in Prag, dem ÚSTR. Das will ich jetzt nicht weiter ausführen.

Wir sind nun eben nicht nur in Deutschland. Das ist zwar richtig, aber auch an der Ecke zu Mittel-Ost-Europa. Dann gibt es noch eine Arbeitsgruppe "Gedenkstätten SED-Diktatur". Aber daran haben wir uns nicht mehr groß beteiligt. Das sind eher Vertreter der sogenannten freien Träger.

Das Letzte, was Sie angesprochen haben, zur Konzeption wissenschaftliche Diskurse, die Frage kommt vielleicht noch einmal. Ich will nur sagen, in der lang anhaltenden – ich glaube eineinhalb- bis zweijährigen – Runde mit zivilgesellschaftlichen Vertretern, Opferverbänden, religiösen Vertretern, die der Novelle des Gesetzes von 2010 bis 2012 vorhergeschaltet war, wurde intensiv darüber diskutiert, ob die Stiftung einen wissenschaftlichen Forschungsauftrag hat. Das ist nicht ins Gesetz hineingeschrieben worden. Das heißt, wir haben nur ganz begrenzte Möglichkeiten, wissenschaftlich tätig zu werden. Wir sind vor allen Dingen dazu da, um die bestehenden wissenschaftlichen Erkenntnisse in den gedenkstättenpädagogischen Diskurs oder in die Praxis einzubringen. Das würde ich als Antwort dazu sagen.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Herr Reiprich, auf die Frage Konzeption sind Sie sozusagen mit Ihrer Antwort gerade eingegangen.

Siegfried Reiprich: Wenn es reicht, würde ich das so stehenlassen.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Okay. Dann schaue ich weiter in die Runde zu den anderen Fraktionen. Es gibt keinen Fragebedarf. Dann mache ich eine dritte Runde auf. Frau Dr. Maicher hat sich gemeldet.

Dr. Claudia Maicher, GRÜNE: Vielen Dank, ich glaube, die dritte reicht dann. Eine vierte werde ich nicht aufmachen. Ich habe noch zwei Fragen, die bleiben, bzw. alle anderen würde ich zurückstellen. Die Frage, die sich mir noch stellt, an diejenigen, die den Blick ein Stück weit von außerhalb haben, Herr Graf, Herr Morré, vielleicht aber auch Herr Hirschfeld aus der wissenschaftlichen Sicht, ist: In anderen Ländern gibt es zum Beispiel Zusammenschlüsse von Aufarbeitungsinitiativen, die sich mit Ideen, Konzeptionen, auch Probleme untereinander austauschen, in Thüringen zum Beispiel der Thüringer Geschichtsverbund. Gibt es weitere solche Beispiele, bei denen es sich lohnt, einmal hinzuschauen, um eine stärkere Vernetzung innerhalb der sächsischen Aufarbeitungsinitiativen, die nicht nur Gedenkstätten in Trägerschaft oder institutionell geförderte sind, sondern die vielen anderen Initiativen, um sich untereinander zu vernetzen? Gibt es dafür Best-practice-Beispiele, wo man vielleicht einmal hinschauen müsste? Sind Ihnen die bekannt?

Die letzte Frage: Herr Graf, Sie haben in Ihrem Eingangsstatement darauf hingewiesen, dass man die Evaluierung und den Zwischenbericht auch als Chance nutzen kann. Was würden Sie für Empfehlungen geben, wie mit dem Zwischenbericht, der Ende 2018 vorliegen soll, umgegangen werden soll? Was könnten Sie für Ideen haben? Ich denke

dabei an eine Tagung, eine fachöffentliche Tagung. Vielleicht haben Sie noch ganz andere Ideen, wie produktiv mit einem solchen Zwischenbericht umgegangen werden kann, vielleicht auch jenseits der unmittelbaren AG-Evaluation oder nichtöffentlichen Gremien?

Herzlichen Dank.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Danke, Frau Maicher. Die erste Frage, habe ich verstanden, geht an Herrn Dr. Morr .

Dr. Claudia Maicher, GRÜNE: An Herrn Graf und wenn Herr Hirschfeld dazu auch etwas sagen kann, auch an ihn.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Dann machen wir es so, dass Prof. Hirschfeld beginnt und Herr Graf dann beide Fragen beantwortet.

Prof. Dr. Uwe Hirschfeld: Ich kann das auch ganz kurz machen. Es gibt mehrere Bundesländer, die eine Art Runden Tisch organisiert haben, wo sich Vertreter von Gedenkstätten, von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Volkshochschulen, Schulen, Landeszentralen in unterschiedlicher Frequenz zusammensetzen und miteinander gemeinsam über solche Dinge reden. Ich könnte die Adressen heraussuchen. Ich weiß, dass es das auf jeden Fall in Baden-Württemberg und Berlin gibt.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Prof. Hirschfeld. Die abschließenden Fragen Herr Prof. Graf, bitte.

Prof. Dr. Bernhard Graf: Vielleicht noch in Ergänzung zu dieser Frage: Man sollte sich durchaus die Stadtmuseen einmal anschauen; denn in den Stadtmuseen sind Kristallisationspunkte dieser Gruppenarbeit, wenn ich es einmal so sagen darf, vorhanden, gerade da, wo keine eigenständigen Strukturen entstanden sind. Leipzig ist sicherlich ein Partner, wo man sagen kann, da gibt es Debatten. Leipzig ist auch in anderen Bereichen stark.

Ich würde auch empfehlen, ins europäische Ausland zu schauen und zu überlegen, was passend ist. Das ist weniger eine Frage von Best practice, sondern von Machbarkeit unter den gegebenen Bedingungen. Da ist der europäische Austausch, glaube ich, ganz wichtig.

Zur zweiten Frage: Wie geht man mit Evaluierungsergebnissen um? Ich kenne die Evaluierung nicht genau in der Methodik. Ich kenne auch die Ergebnisse noch nicht. Ich weiß nicht, wie stark sie auf inhaltliche Dinge abzielt. Das wären die Dinge, die man öffentlich besprechen sollte oder müsste. Grundsätzlich sind vielleicht der Zwischenbericht und der Zeitpunkt des Zwischenberichts ein wenig verfrüht, allein über die Evaluierung zu sprechen. Ich würde empfehlen, über die Themen zu sprechen, die in der Evaluierung aufgemacht werden. Das kam heute schon mehrfach heraus. Wir haben gewisse gesellschaftliche Herausforderungen, über die man debattieren muss. Das eine ist sicherlich der demografische Wandel. Das andere ist ein verändertes gesellschaftliches Umfeld für Debatten im Bereich der Erinnerungskultur. Das kann ich nur so allgemein vorsichtig formulieren.

Ein weiterer Punkt ist sicherlich die chancenveränderte Sozialstruktur durch Digitalisierung. Ich würde das nicht so sehr auf die Medien führen, sondern sagen, dass man die gesellschaftlichen Herausforderungen durchaus auch breit zieht und dabei die Rolle der Institutionen neu diskutiert. Ich würde nicht unbedingt die Evaluierungsergebnisse Punkt für Punkt in der Öffentlichkeit diskutieren, sondern mir die Themen herausuchen und an den Themen entlang Debatten führen.

Der interne Teil der Evaluierung, also die Bewertung der Stiftungsstrukturen und die Weiterentwicklung ist zunächst einmal Aufgabe des Stiftungsrates. Zusammen mit der Leitung müssen da Konsequenzen überlegt werden. Jenseits dessen kann für alles das, was heute an anstehenden Problemen aufgemacht wurde, eine Debatte geführt werden. Vielleicht braucht diese gewisse Anlässe wie zum Beispiel eine solche Evaluierung. Vielleicht gibt es aber auch andere. Ich weiß nicht, ob eine Evaluierung und deren Ergebnisse, die zunächst einmal in vielerlei Hinsicht nach innen geht, der idealste Zeitpunkt wäre, dann darüber zu sprechen. Vielleicht gibt es – Gott sei Dank oder leider, muss man manchmal sagen – bei manchen Institutionen aktuellere Anlässe, über die man sprechen kann.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Prof. Graf. – Ich kann keine weiteren Fragen erkennen. – Herr Dr. Morré, Sie möchten abschließend antworten. Bitte schön.

Dr. Jörg Morré: Weil ich ganz konkrete Vorschläge habe. Einen hat Herr Hirschfeld schon angesprochen, die Arbeitskreise auf Länderebene. In Berlin heißt das schlicht Arbeitskreis 1 und Arbeitskreis 2. Das wäre landesintern durchaus ein gutes Instrument zur Vernetzung. Thematisch natürlich. Ich muss vorausschicken, es geht dann aber, dass die jeweilige Einzelgedenkstätte mit ihrem inhaltlichen Profil in eine Kooperation tritt. Zum Beispiel sind die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen sehr gut vernetzt. So einen gibt es auch in Sachsen. Das wäre für die Orte hier in Sachsen, die etwas mit Verfolgung, Haftverfolgung durch die Staatssicherheit zu tun haben, ein Netzwerk, in das sie sich einbringen sollten.

Kriegsgefangene. Es gab lange Zeit in der Stiftung Sächsische Gedenkstätten eine Dokumentationsstelle zum Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in Deutschland und umgekehrt der Deutschen in der Sowjetunion. Das Projekt ist jetzt an die Deutsche Dienststelle weitergewandert. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge steckt dahinter. Da kann ich nur aus Erfahrung sagen – der Kollege Nagel aus Zeithain, den wir in Karlshorst immer wieder gern begrüßen –, dass man es sich etwas leichter macht, an solchen Treffen und sei es auf Arbeitsebene teilzunehmen. Da sind wir wieder beim Thema der Dienstreisen, die in dem Fall nicht teuer sind, weil der Kollege 300 Meter vom Museum Karlshorst entfernt wohnt.

Dann gibt es bei der Topografie des Terrors eine Stiftung im Land Berlin, ein Gedenkstättenforum. Die treffen sich regelmäßig. Dort sollte man sich einklinken und mitmachen. Mitmachen heißt auch, dass man Panels bespielt, dass man dort als Referent auftritt, bis dahin, dass diese Gedenkstättenforen wandern, dass man auch den Gastgeber gibt.

Herr Wurschi ist schon weg. Die Stiftung Ettersberg wäre noch zu nennen. Die machen immer wieder Kolloquien und sind sehr aktiv. Dort könnte man sich einbringen. Ein Themenfeld, das bisher hier nur ein wenig aufgeschienen ist, ist das Thema der frühen Konzentrationslager. Sachsenburg wäre zu nennen, Hohnstein. Das ist durchaus ein

Thema, das in der Forschung und auch in der Gedenkstättenlandschaft ein wenig unterbesetzt ist, sich mit den größeren Gedenkstätten – – Ich denke dabei vor allem an die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen, die sich mit Oranienburg – dort gab es auch ein frühes KZ – ein wenig umgetan hat. Aber sich einfach in die Arbeitszusammenhänge der KZ-Gedenkstätten einzubringen – – Sachsen hätte da inhaltlich definitiv etwas zu bieten.

Vors. Dr. Stephan Meyer: Vielen Dank, Herr Dr. Morr . – Wir kommen somit zum Ende unserer heutigen Anhörung, die für Anhörungen in unserem Ausschuss bisher die längste war. Das zeigt, dass das Thema sehr interessant ist, dass das Thema aber auch sehr vielschichtig diskutiert werden kann.

Ich darf mich stellvertretend für den Ausschuss ganz herzlich bei Ihnen, meine Damen und Herren Sachverständigen, bedanken, auch für die Sicht von außen auf den Freistaat Sachsen und auf die Gedenkstättenarbeit, die uns, glaube ich, aufgezeigt hat, dass vieles in Bezug auf Kommunikation, Vernetzung durchaus verbesserungswürdig ist. Wir werden das hier im Parlament auswerten und weiter begleiten.

Ich darf Ihnen noch eine angenehme Arbeitswoche und eine gute Heimreise wünschen.

(Schluss der Anhörung: 14:31 Uhr)

***Sehr geehrter Herr Vorsitzender Dr. Meyer,
sehr geehrte Frau Staatsministerin Dr. Stange,
sehr geehrte Damen und Herrn,***

dass sich mit dem zeitlichen Abstand zu historischen Ereignissen, auch die Formen der Auseinandersetzung mit diesen Ereignissen ändern, ist eine Binsenweisheit. Doch enthebt diese banale Einsicht uns nicht der Pflicht, die konkreten Bedingungen jeweils neu zu bestimmen und insbesondere die daraus erwachsenden Aufgaben für die historisch-politische Bildung zu definieren. Dies wird gewichtig, wenn die Abstände Generationen umfassen, insbesondere in der vierten, beim Übergang in die fünfte Generation.¹ In der vierten Generation² erfolgt ein entscheidender Umschlag: was zuvor als „warme“ Geschichte in familiären Kontexten kommunikativ tradiert wurde, wird nun zur „kalten“ Geschichte in (von wenigen Ausnahmen abgesehen) ausschließlich in kultureller Tradierung.³

Wer noch einen Opa hatte, der zumindest ab und an von der Nazi-Zeit (wie auch immer!) erzählte, hat einen anderen Zugang zu den Exponaten und Informationen einer Gedenkstätte, als derjenige, der sich seines Urgroßvaters nicht einmal mehr zu erinnern vermag.

Die, individuell wie auch immer geprägte, persönliche Beziehung bettet die Rezeption der von den Gedenkstätten (oder Museen oder Schulen) präsentierten Ereignisse nicht mehr ein. Das lernende Subjekt hat keine privat-personale Beziehung mehr zu dem, was gezeigt wird. Auf einer prinzipiell-generationalen Ebene ist einem heute geborenen Menschen in zwanzig Jahren die Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933 so fremd und fern wie der Bildersturm in

¹ Schon an dieser Stelle wird deutlich, dass sich der pädagogische Umgang mit der NS-Zeit (die Problematik dieses Begriffs kann ich hier nicht diskutieren) an wichtigen Punkten von der Auseinandersetzung mit der SBZ-/DDR-Geschichte unterscheiden muss. „Die sozialpsychologischen Bedingungen und geschichtskulturellen Bedürfnisse haben sich so geändert, dass sie eine neue Codierung der Geschichte, mithin auch Wandlungen der Geschichtsdarstellungen und Geschichtslern- wie -lehrprozesse in Schulen, Gedenkstätten und Massenmedien nahelegen, wenn nicht geradezu erzwingen.“ (von Borries 2015, 12) Da absehbar ist, dass auch das Gedenken an die Opfer des Unrechts in der DDR in ein paar Jahrzehnten mit dieser Problematik zu tun haben wird, konzentriere ich mich hier auf die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit, in der das schon jetzt der Fall ist, ohne das in Sachsen gedächtnispolitisch bislang ausreichend darauf reagiert worden wäre.

² Die Generationen nur unter dem Gesichtspunkt der „Zeitzeugen“ zu sehen, verkürzt die Problematik auf einen Teilaspekt, der zwar plakativ ist, aber im Verhältnis zur generationalen Geschichtsrezeption eher zweitrangig.

³ Das Sterben der Zeitzeugen ist nur ein kleiner Aspekt einer größeren Problematik.

der Reformation des 16. Jahrhunderts. Was ihm begegnet sind von dominanten gesellschaftlichen Gruppen verbindlich definierte, kontrollierte und institutionalisierte Festlegungen (vgl. von Borries 2015, 19), die keinen familiären Bezug haben, vielmehr den Lernenden fremd(bestimmt) gegenüber treten.

Vor diesem Hintergrund ist zu überlegen, wie dem Anspruch des Sächsischen Gedenkstättenstiftungsgesetzes, Gedenkstätten „als Orte der außerschulischen sowie politischen Bildung“ zu entwickeln (§2(1)), in Zukunft genügt werden kann. In der modernen Ausstellungsinszenierung gibt es dazu schon vielfältige und produktive Überlegungen und Ansätze; ich verweise allein auf die zunehmende Bedeutung der Gedenkstättenpädagogik⁴ – die Zeiten, wo die Gedenkstätten dachten, die Aufgabe historisch-politischer Bildung mit dem „authentischen“ Ort, ein paar Exponaten hinter Glas und Texttafeln daneben, erledigt zu haben, sind glücklicherweise vorbei. Zumindest dem Anspruch nach, wenn auch noch nicht überall in der Umsetzung.

Ich möchte mich daher an dieser Stelle auf die strukturellen Settings konzentrieren, auf das „Vorfeld“ der Ausstellungspräsentation und -rezeption in der Gedenkstätte.

Dabei lohnt es sich, eine Beobachtung aufzugreifen, die, auf den ersten Blick, in einem verwunderlichen Gegensatz zur fremdbestimmten institutionell-kulturellen Tradierung steht, nämlich die Spurensuche junger Leute, die sich in ihrer Lebenswelt, in ihrem lokalen und sozialen Nah-Raum, um eine Auseinandersetzung mit gerade der Geschichte bemühen, zu der sie i.R. keinen familiär-kommunikativen Bezug mehr haben (können).

Warum tun sie das?, könnte man fragen. Sicherlich, als allgemeinste Antwort, weil Menschen ohne ein Minimum an Kontinuitätsvorstellungen nicht leben können. Allerdings lässt sich dieses Bedürfnis in der kommerziellen Event-Gesellschaft viel bequemer mit Mittelalter-Romanen und TV-Melodramen befriedigen, was ja auch viele tun.

Die genauere Antwort muss sich daher auf eine bestimmte Art der Gegenwartswahrnehmung dieser Projekte beziehen. Die initiative Beschäftigung

⁴ Die ja auch noch andere Veränderungen, auf die ich hier nicht eingehen kann, reflektiert, wie z.B. eine Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte bei BesucherInnen befördert werden kann, die aus anderen kulturellen Kontexten kommen.

mit der NS-Zeit, deren kulturelle Tradierung -ich wiederhole es- institutionalisiert und normativ ist, entspringt der Wahrnehmung einer als fragwürdig erfahrenen Gegenwart, deren historischen Entstehungslinien zu suchen, zu untersuchen sind.⁵

Diejenigen, die mit einem skeptischen, kritischen Blick auf die Gegenwart ihrer Lebensverhältnisse schauen, nach Elementen und Strängen der Vergangenheit suchen, gerade an den Stellen, die familiär nicht mehr belegt sind, entwickeln das, was zu einer produktiven Geschichtsauseinandersetzung unbedingt gebraucht wird: Fragen an die Geschichte.

Es ist genau diese Fragehaltung, die in der institutionalisierten Pädagogik (in Schule, wie in Gedenkstätten) oftmals ignoriert, zumindest nicht ausreichend wahrgenommen, geschweige denn gefördert wird. Wird vom Ziel her gedacht, und sei dieses noch so ehrenwert, dem gerät das Individuum schnell zum Objekt (wohlmeinender) Belehrung.⁶ Was eine subjekt-orientierte Bildung in der pädagogischen Interaktion kritisch zu bearbeiten hat, muss aber auch institutionell und strukturell auf den Umgang mit selbstorganisierten Geschichtsinitiativen reflektiert werden. Mit Bernfeld könnte man sagen, die Gedenkstätte -als

⁵ Wer im Heute alles gut und gelungen findet, für den ist die Beschäftigung mit den Verbrechen des Faschismus ein beiläufiger, gelegentlicher Kontrastgrusel mit einem anheimelnden Bestätigungseffekt. Dies durchaus in Übereinstimmung mit einem legitimatorischen Narrativ (siehe Siebeck 2015), dessen Grundhaltung ein völlig vereinfachter Totalitarismus ist (siehe Siebeck 2016; Affolderbach/Hirschfeld 2015, 216), der leider auch in Teilen der Sächsischen Gedenkstättenstiftung gepflegt wird (siehe Kraske 2016; Stange 2017) – und manchmal bizarre Blüten treibt, wie das von Sabrow zitierte und kommentierte Beispiel zeigt: „In Deutschland hingegen sind von Dachau bis Cottbus die Zeiten vorbei – oder waren es zumindest in den vergangenen 25 Jahren, in denen die Schaffung von Gedenkortern zur Erinnerung an die Verbrechen der beiden großen Diktatorsysteme des 20. Jahrhunderts angefeindet und blockiert wurden. Der Newsletter, den die Stiftung Sächsische Gedenkstätten im Dezember 2016 verschickte, wusste sich in der Mitte der Gesellschaft, als er zum Jahresende auf »spannende, freudvolle, aber auch turbulente Monate« zurückschaute, in denen es gelungen sei, »an authentischen Orten die Opfer politischer Gewaltherrschaft im 20. Jahrhundert zu würdigen, die Erinnerung an die Diktaturvergangenheit wachzuhalten und sie an die nachfolgenden Generationen weiterzugeben«. In diesem Sinne sahen die sächsischen Gedenkstätten guten Grund, den Jahreswechsel als Zeit »des Rückblicks, der Besinnung und der Vorfreude auf das Kommende« zu begehen, wie der Newsletter mitteilt: »Für die Errichtung der Gedenkstätte Großschweidnitz in der Oberlausitz hat der Bund umfangreiche finanzielle Mittel in Aussicht gestellt – die Stiftung Sächsische Gedenkstätten unterstützt bereits die Grundlagenforschung zur Geschichte der früheren Heil- und Pflegeanstalt Großschweidnitz und zu den dort im Rahmen der NS-→Euthanasie« zu Tode gebrachten Menschen. Bald soll am authentischen Ort an die rund 6 000 Großschweidnitzer Opfer der Massentötungen von Psychatriepatienten erinnert und über die systematische Vernichtung »lebensunwerten Lebens« im Nationalsozialismus informiert werden.« [Newsletter der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten, Dezember 2016, URL: www.stsg.de/cms/stsg/dezember-2016 (Aufruf: 5. 12. 2016) Einf. UH]

In dieser gestalterischen Vorfreude auf die Erinnerung vergangenen Leids ist nichts mehr zu spüren von Konfliktlagen der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft, die lange Phasen der Vergangenheitsentlastung und Selbstviktimisierung durchlief, bevor sie über verschiedene Anläufe der Tribunalisierung und Bewältigung endlich die seit den 1990er Jahren staatlich geförderte Ära der Vergangenheitsaufarbeitung erreicht hat, in der der Holocaust gleichsam zum negativen Gründungsmythos der Deutschen geworden ist.“ (Sabrow 2017, 5)

⁶ Ich betone, gute Gedenkstättenpädagogik ist sich des Problems bewusst, ich verweise -aus aktuellem Anlass- allein auf die entsprechenden Beiträge von Matthias Heyl.

Institution- erzieht.⁷ Politische Bildung ist viel mehr als das konzeptionell fixierte Ziel einer Veranstaltung.

Hier heißt es nicht nur den Fragen Raum zu geben, sondern aufzugreifen, dass diese schon zu aktivem, bürgerschaftlichem Handeln geführt haben. Didaktisch gesprochen, realisieren sich die individuellen Lerngründe schon in einer kollektiven Erweiterung der Handlungsfähigkeit.⁸

Bei der initiativen Beschäftigung mit der Geschichte haben wir es also nicht nur mit einer bloß interessierten passiven Haltung zu tun, die „bedient“ werden will, sondern wir haben es mit aktiv-gesellschaftlichem Handeln zu tun. Orte politischer Bildung dürfen das nicht ignorieren, sondern müssen diese Initiativen und Projekte aufsuchen, aufgreifen und vielfältig unterstützen.

Das gilt insbesondere für Gedenkstätten, da diese mit ihrer Bindung an den „authentischen“ Ort⁹ darauf angewiesen sind, BesucherInnen einzuladen (im Unterschied zur Schule beispielsweise, die die SchülerInnen ja schon verhaftet hat), ihnen die Türen zu öffnen, sie herein zu bitten. Wer meint das als bloße Marketingaufgabe zu sehen, geht in die Irre, weil er die Dynamiken gesellschaftlicher Lernprozesse ignoriert. Politisch-historisches Lernen ereignet sich in Diskursen, in denen die Gedenkstätten schnell randständig werden, wenn es ihnen nicht gelingt, den Akteuren Raum zu bieten.

Dabei muss dieser Raum einige Besonderheiten aufweisen, will er nicht Stützpunkt institutioneller Kolonialisierung werden und damit das bürgerschaftliche Engagement ersticken. Momente demokratischen Handelns gewinnen dann an Gewicht und Bedeutung, wenn sie Eigensinn in Diskussionen und Konflikten kommunizieren, wenn die Spezifik eines historischen Engagements von Laien nicht unter das Kuratel der Fachhistoriker gestellt wird, sondern als Angebot einer produktiven Zusammenarbeit verstanden wird.¹⁰

⁷ Siehe Bernfeld 1979, 28.

⁸ Siehe dazu Holzkamp 1993.

⁹ Eine vorsorgliche Nebenbemerkung, weil bestimmt die Frage auftauchen wird, warum sich die StSG um lokale Initiativen kümmern sollte, wo sie doch für Orte „überregionaler Bedeutung“ zuständig sei. Die Antwort ist einfach, weil es wieder eine Frage der schlichten Perspektivumkehr ist, Bildung nicht vom Ziel her zu denken: für die lernenden Subjekte erschließt sich das Überregionale ja erst in der lokalen Auseinandersetzung. Diesen Aneignungsweg zu ignorieren würde bedeuten nicht nur den Bildungsprozess ignorieren, sondern wäre auch geschichtswissenschaftlich mehr als fragwürdig, da die Dialektik von Lokalem und Überregionalem, von Alltag und Staatsakt so verloren ginge.

¹⁰ „Wenn sie [die Gedenkstätten; UH] Orte eines widerspenstigen Gedächtnisses bleiben wollen, das auch gegenwärtige Verhältnisse immer wieder gegen den Strich bürstet und fragend bricht, stehen sie vor der Herausforderung, ein solches Gedächtnis unter veränderten Bedingungen neu zu formulieren. ... Nicht zuletzt angesichts der Tatsache, dass ihnen mit den Überlebenden eine wichtige Lobby schwindet, sollten sie dabei auch die Diskussion und das Bündnis mit interessierten ‚Laien‘ im In- und Ausland suchen. Die mögen nicht alle

Um die Aufgaben aus dem generationalen Wandel in der Geschichtsrezeption konkret für die Entwicklung in Sachsen zu formulieren, nenne ich abschließend vier Punkte:

- Die operative Projektförderung ist keine Nebentätigkeit der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten, sondern sollte zu den Hauptaufgaben gehören und finanziell entsprechend ausgestattet werden.
- Die Projektförderung für die Auseinandersetzung mit der Nazi-Diktatur muss aufsuchend und beratend sein, wertschätzend und unterstützend; davon kann bislang leider keine Rede sein.
- Die Gedenkstätten können dabei als Partner fachliche Beratung, Unterstützung und Arbeitsmöglichkeiten anbieten. Dazu müssen sie ein Selbstverständnis entwickeln, das von der Rolle des top-down-Vermittlers zu der eines dialogisch Lernenden führt – Ansätze dazu gibt es.
- Der Aufbau einer dezentralen Förderstruktur mit Elementen einer Selbstorganisation/-verwaltung der Initiativen, Projekte, Vereine und Verbände entspräche ihrem aktiv-bürgerschaftlichen Charakter und würde diesen wahren.

Die im Antrag der Fraktion *Bündnis 90 / Die Grünen* formulierten Überlegungen scheinen mir gut geeignet, eine in Sachsen überfällige gedächtnispolitische Entwicklung in die eben skizzierte Richtung anzustoßen und zu begleiten.

Historiker und Historikerinnen sein und eigensinnige Motive haben. Aber es ist ja gerade das mitunter auch konflikthafte Zusammentreffen unterschiedlicher Erfahrungs- und Erwartungshorizonte und kontroverser Deutungsmuster, in dem Gedächtnis lebendig bleibt.“ (Siebeck 2015, 10; Einf. & Ausl. UH)
Dem Geschäftsführer der StSG fällt der Umgang mit Kontroversen leider jetzt schon schwer – siehe Anlage.

Literatur

- Affolderbach, Friedemann / Hirschfeld, Uwe (2015): Zwischen Legitimation und Emanzipation? Geschichtspolitik in der kritischen Bildungsarbeit; in: AutorInnenkollektiv Loukanikos (Hg.): History is unwritten. Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft; Münster, S. 202-217.
- Bernfeld, Siegfried (1979): Sisyphos oder die Grenzen der Erziehung; Frankfurt/M.
- Holzcamp, Klaus (1993): Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung. Frankfurt/M., New York.
- Kraske, Michael (2016): Stiftung Sächsische Gedenkstätten: Wut und Willkür; in: Die Zeit 07/2016.
- Sabrow, Martin (2017): Forschung & Gedenken. Überlegungen zu einer spannungsreichen Beziehung; in: Gedenkstättenrundbrief Nr. 185 (3/2017) S. 3-12.
- Siebeck, Cornelia (2015): Unterwegs verloren? NS-Gedenkstätten und ‚kritisches Geschichtsbewusstsein‘; in: Gedenkstättenrundbrief Nr. 177 (3/2015) S 5-10.
- Siebeck, Cornelia (2016): „Möchtest du in einer Demokratie leben oder in einer Diktatur?“ Warum das Totalitarismusparadigma (immer noch) keine gute Grundlage für die historisch-politische Bildung ist; in: Lernen aus der Geschichte – LAG-Magazin: Das Spannungsfeld zwischen geschichtspolitischen Initiativen und der historischen Bildungsarbeit über die Geschichte der DDR; Heft 04/2016; 20. April 2016, S. 5-10.
- Stange, Jennifer (2017): NS-Zeit zweitrangig? Gedenkstättenkonzept des Freistaats auf dem Prüfstand; in: Jüdische Allgemeine, 10.08.2017.
- von Borries, Bodo (2015): Kommunikative und kulturelle Dimension der Erinnerung an den Nationalsozialismus. Die vierte Generation als Umschlag?; in: Uwe Hirschfeld (Hg.): Erinnern wozu?; Münster, S. 9-51.

Anlage

Uwe Hirschfeld
Taucherwaldstr. 47
01906 Burkau OT Uhyst a. T.

telefon: 0176 / 47629270
uwe.hirschfeld@ef-plus.de

* U. Hirschfeld * Taucherwaldstr. 47 * 01906 Burkau OT Uhyst a. T. *

An
Herrn Siegfried Reiprich
Geschäftsführer der Stiftung
Sächsische Gedenkstätten
Dölferstr. 1
01069 Dresden

Uhyst a. T., den 26.10.2017

Ihre Stellungnahme im Ausschuss WHKM; Anmerkung 8

Sehr geehrter Herr Reiprich,

als gelernter Sozialarbeiter und geübt in partnerzentrierter Gesprächsführung, lasse ich andere gern reden, ohne gleich meinen Kommentar dazu geben zu müssen. So halte ich es in der Regel auch bei vielen Ihrer Äußerungen, empfehle dies auch anderen, die sich darüber ärgern und aufregen. Lässt man Sie auch an dann reden, disqualifizieren Sie sich und Ihre Äußerungen zumeist von allein; nachzuerfolgen beispielsweise in dem noch immer lesenswerten Artikel von Michael Kraske (Die Zeit, 07/2016).

Von meiner Gepflogenheit muss ich nun leider abweichen, weil Sie mich zitieren um anderen zu schaden. Und da Sie dies mit Ihrer Stellungnahme im Parlament öffentlich gemacht haben, tue ich dies nun auch.

Zunächst einmal ist es wohl kein guter Stil, aus einem Gespräch zu zitieren, ohne den Sprecher um eine Freigabe zu bitten oder -wenigstens- diese Absicht vorher mitzuteilen. Es ist aber bei Ihnen auch nicht ungewöhnlich. Nicht nur ich fand es peinlich, wenn Sie sich im Beirat, meist mit der Floskel eingeleitet, dass Sie darüber eigentlich nicht sprechen dürften, respektlos und mit vertraulichen Details über MitarbeiterInnen der Stiftung äußerten. Wenigstens haben Sie mich richtig zitiert, immerhin das.

Uwe Hirschfeld
Prof. Dr. Uwe Hirschfeld
Evangelische Hochschule Dresden
Postfach 200 145 / 01191 Dresden
Auswahldirektor
Dölferstr. 20 / Dresden / Raum 3.314
Telefon direkt: 385146812-51
Telefon: Rezeptionsekretariat - 11 / Fax: 42
uwe.hirschfeld@ehs-dresden.de
www.ehs-dresden.de

Doch was habe ich gewichtiges gesagt? Ich hatte in dem Gespräch betont, dass die VVN-BdA Sachsen eine „sehr politische Organisation“ sei. Natürlich ist sie das! Was soll sie denn sonst sein? Ein Sportverein, ein Kaffeekränzchen? Sie ist so politisch, wie alle anderen Opferverbände auch. Deswegen darf der Landesvorstand der VVN-BdA nun nach der Besichtigung einer Gedenkstätte den Besuch nicht mehr in deren Räumen auswerten? Weil das eine „politische Veranstaltung“ sei? Das ist absurd. Wird dies demnächst auch allen anderen Opferverbänden und Fördervereinen verboten? Oder ist es „nur“ Willkür gegenüber der VVN-BdA?

Zugunsten der anderen Verbände „hoffe“ ich, es ist nur letzteres.

Dafür spricht, dass Sie die Geschichte verdrehen. Nicht die VVN-BdA hatte plötzlich irgendwelche Forderungen gestellt, sondern Sie hatten per eMail (und mithin dokumentiert) als Voraussetzung für die Raumgewährung verlangt, dass Frau Elsner, die Landesvorsitzende, vorher kritische Äußerungen aus dem schon erwähnten Zeit-Artikel zurück nehmen solle. Was sie als aufrechte Frau natürlich nicht gemacht hat.

Dies setzen Sie aktuell weiter fort, indem Sie wieder eine Nachbesprechung untersagten, diesmal in der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein. Geduldig und konstruktiv, wie die VVN-BdA Sachsen nunmal ist (ich hätte anderes geraten!), suchte sich der Landesvorstand dann für die Besprechung nach der Besichtigung einen anderen Raum in Pirna und lud Sie dorthin zu einem Gespräch ein – was Sie auch zusagten. Aber Sie kamen nicht und hatten auch nicht die Höflichkeit, abzusagen.

Das Sächsische Gedenkstättenstiftungsgesetz betont in der Präambel, dass „die Mitwirkung der Opfer sowie von bürgerschaftlichen Initiativen zur historischen Aufarbeitung von außerordentlicher Bedeutung“ ist. Diesem Auftrag des Parlaments kommen Sie zumindest im Umgang mit der VVN-BdA Sachsen nicht nach. Mir drängt sich die Frage auf, ob Sie für das Amt des Geschäftsführers der Stiftung geeignet sind; sie beeinträchtigen die Arbeit eines Opferbandes und schaden damit der gesamten Stiftung.

Gewiss werden Sie nun, auch das bin ich von Ihnen gewöhnt, alles korrigieren und richtig stellen. Bitte schön, ich lasse Sie reden.

Mit freundlichen Grüßen





STIFTUNG SÄCHSISCHE GEDENKSTÄTTEN DÜLFERSTRASSE 1 01069 DRESDEN

Herrn Vorsitzenden Dr. Stephan Meyer
Sächsischer Landtag
Ausschuss für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

zur Erinnerung an die Opfer
politischer Gewaltherrschaft

Der Geschäftsführer

Drucksache 6/9610
„Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur in Sachsen weiterentwickeln“
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ihr Schreiben vom 07.09.2017, Ihr Zeichen PD3-He/Gün

Dresden, den
21. Oktober 2017

Unser Zeichen:
StSG-1.1/17/03-01

Ansprechpartner/-in:
Herr Reiprich
Telefon 0351 46955-42
siegfried.reiprich@
stsg.smwk.sachsen.de

Sehr geehrter Herr Dr. Meyer,

als Stellungnahme zum Sachverhalt im Sinne Ihrer freundlichen Einladung zur Teilnahme an der oben genannten Anhörung als Sachverständiger möchte ich den folgenden Text zu Protokoll geben. Ich habe mich bemüht, mich auf das Wesentliche im Text selbst zu beschränken, aber wichtige und die Hintergründe erhellende Fakten und Hinweise in Form von Fußnoten zu notieren. Dadurch können diejenigen, die den Text nachlesen, in ca. 10 Minuten meine Stellungnahme mehr oder weniger nachvollziehen und das Angebot wahrnehmen, mit einem größeren zeitlichen Aufwand, die eher abstrakte Zusammenfassung besser zu verstehen.

Stiftung
Sächsische Gedenkstätten
Dülferstraße 1
01069 Dresden

Telefon 0351 46955-40
Telefax 0351 46955-41
www.stsg.de

Mit freundlichen Grüßen

Siegfried Reiprich

In Trägerschaft der Stiftung Sächsische Gedenkstätten
Gedenkstätte Bautzen
Gedenkstätte Münchner Platz Dresden
Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein
Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain
Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau

Vorsitzende des Stiftungsrates
Die Sächsische Staatsministerin
für Wissenschaft und Kunst
Dr. Eva-Maria Stange
Geschäftsführer
Siegfried Reiprich

Bankverbindung
Deutsche Bundesbank
IBAN: DE06 8600 0000 0086 0015 19
BIC: MARK DEF1 860

Anhörung im Sächsischen Landtag, Thema: Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur in Sachsen weiterentwickeln – Stellungnahme des Geschäftsführers der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, Siegfried Reiprich.

Abb. 1 StSG-Karte-komplett

Zu II. Die Staatsregierung wird aufgefordert zu berichten und sich im Stiftungsrat für von der grünen Fraktion definierte Ziele einzusetzen.

Diese Fragen hat die Vorsitzende des Stiftungsrates, Frau Staatsministerin Dr. Stange, am 6. Juni 2017 in ihrer Stellungnahme zum Antrag im Großen und Ganzen beantwortet¹. Ergänzend sei noch bemerkt, dass der Stiftungsrat ein Kollegialorgan ist und Beschlüsse zu Grundsatzangelegenheiten der Stiftung fasst. Demzufolge sind die Einflussmöglichkeiten der drei Vertreter der Staatsregierung bei insgesamt 17 Mitgliedern natürlich beschränkt. Auch ist es nicht richtig, wie DIE GRÜNEN meinen, dass eine wissenschaftlich fundierte und hinreichend diskutierte Grundlage für die innere Steuerung der Stiftung seit 2009 fehle. Die Stiftung hat vier Organe bzw. Gremien mit insgesamt rund 40 Mitgliedern, die nicht nur das zivilgesellschaftliche Spektrum breit abdecken, sondern auch wissenschaftlich qualifiziert sind. Insbesondere hat der Geschäftsführer bereits in der vorhergehenden Legislaturperiode des Sächsischen Landtages in den Jahren 2010-2012 dem Stiftungsrat konzeptionelle Überlegungen und ein Papier zum Entwicklungskonzept vorgelegt. Dieses wurde wegen der Novelle des Stiftungsgesetzes Ende 2012 und der Satzungserstellung 2013-2014 erst einmal nicht weiter verfolgt, um weitere Erfahrung zu sammeln – es lag in der Souveränität des Stiftungsrates, dies so zu beschließen².

Wichtig ist auch zu verstehen, dass ein signifikanter Unterschied zwischen einer Gedenkstättenkonzeption (des Freistaates Sachsen) und einem Entwicklungskonzept (der Stiftung Sächsische Gedenkstätten) besteht. Die oft zitierte Gedenkstättenkonzeption des Bundes ist letztlich ein Papier der *Exekutive* auf Bundesebene (BKM), das wissenschaftlich–geschichtspolitisch Voraussetzungen für Förderungen definiert. Ein solches Papier hätte die Staatsregierung als Vertreterin der *Exekutive* in Sachsen durchaus schreiben können. Und wenn zwei politische Parteien in ihrem Koalitionsvertrag (10.11.2014) auf eine Gedenkstättenkonzeption analog zum Bundespapier Bezug nehmen, so ist dies wichtig, aber nicht bindend für das höchste Organ (Stiftungsrat) einer rechtlich selbstständigen Stiftung, welche vom Souverän einer parlamentarischen Demokratie, den Volksvertretern in Sachsen, also der *Legislative*, geschaffen wurde. Nicht zufällig, wie mir scheint, denn eine Stiftung soll keine nachgeordnete Behörde sein. Eckpunkte und Rahmenbedingungen sowie Zielbestimmungen definiert verbindlich das Sächsische Gedenkstättenstiftungsgesetz (SächsGedenkStG). Dies stellt bereits, wenn man so will, eine Gedenkstättenkonzeption dar. Etwas anderes ist dagegen das Entwicklungskonzept der Stiftung selbst. Die Stiftung kann im besten Sinne des Wortes als „Volkseigentum“ angesehen

¹ Staatsministerin Dr. Stange an Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft u. Hochschule, Kultur u. Medien, Dr. Meyer, MdL, Az L-1054/1/33-2017

² Siehe auch: Geschäftsführer nimmt Stellung zur Debatte über Evolution, 1. April 2016, <https://www.stsg.de/cms/stsg/aktuelles/geschaeftsfuehrer-nimmt-stellung-zur-debatte-ueber-evaluation> - hier wurde bereits das Nötige gesagt. Einige der vor mehr als 1 ½ Jahren korrigierten unrichtigen Behauptungen finden sich leider auch im heutigen Antrag der Fraktion B'90/GRÜNE wieder.

werden. Sie gehört allen Bürgerinnen und Bürgern, die sie kraft ihrer Volksvertretung gewollt haben und mit ihren Steuergeldern finanzieren (dazu kommt noch der Finanzierungsanteil des Bundes). Deshalb kann eine Entwicklungskonzeption Wünsche und Ziele formulieren, und dies ist eine Arbeit als - „*work in progress*“. Die finanziellen Rahmenbedingungen werden jedoch nicht von den Organen und Gremien der Stiftung gesetzt.

Im Gefolge der Novelle des Stiftungsgesetzes im Dezember 2012 hätten wir uns allerdings eine andere Finanzpolitik gewünscht, die den vom Landtag der Stiftung zugewiesenen signifikant gewachsenen Aufgaben durch Aufstockung der personellen und finanziellen Ressourcen gerecht geworden wäre³. Hoffentlich eröffnen sich an dieser Stelle in den nächsten Monaten und Jahren neue Perspektiven.

Schauen wir uns die Stiftung noch einmal näher an.

Die Übersichtskarte (Abb. 1) verdeutlicht die Komplexität und Ortsbezogenheit der Stiftung zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft.

Sie macht auch klar, dass anders als im Antrag (I.2.) gesagt, ein gezielter *Aufbau* von Themen und *Orten* schlecht möglich ist, da die Zeit die einzige Dimension unseres Lebens ist, in der wir uns nur vor-, nicht aber zurückbewegen können. Die Geschichte beider deutscher Diktaturen ist abgeschlossen, die historischen Orte sind im Großen und Ganzen gegeben⁴.

Abb. 2 StSG-Karte-Freie Trägerschaft

Dieser Gedanke bezieht sich nicht nur auf Orte der Verfolgung, Orte der Menschheitsverbrechen der NS-Diktatur und Orte staatlicher Verbrechen in der kommunistischen Diktatur, sondern auch auf ihre Überwindung in und Aufarbeitung im Gefolge der Friedlichen Revolution 1989/1990. Schauen wir nach Leipzig, schauen wir nach Südwesten und nach Südosten in Sachsen: Die drei Archive der Bürgerbewegung sind Ausdruck der Friedlichen Revolution in den drei sächsischen DDR-Bezirken. Ihre Grundsicherung erfolgt wiederkehrend durch Projektförderung, wir nennen dies mitunter scherzhaft quasi-institutionell, aber sie können auch institutionell gefördert werden. Die Komplexität der Förderung durch Land und Bund mittels Projekt- oder institutioneller Förderung kann hier leider nicht hinreichend erörtert werden.

Abb. 3 Karte-Gedenkstätten im Aufbau

Das Gedenkstättenstiftungsgesetz definiert in § 2 (Zweck) Abs. 2-4, welche Gedenkstätten institutionell gefördert werden. In Abs. 4 sind auch die im Aufbau befindlichen Gedenkstätten be-

³ Austeritäts- und Sparpolitik ist wichtig, kann aber in einem keynesianischen Umfeld auf nationaler und europäischer Ebene kontraproduktiv wirken. Wenn schon, dann soll man an den Fettpolstern sparen und nicht am Muskelfleisch: Der politischen Bildung an authentischen Orten als intellektuell-moralische Zukunftsinvestition einer offenen Gesellschaft.

⁴ Dies gilt auch für die, von der Geschichte der Orte mit „einfacher und doppelter Vergangenheit“ im Nationalsozialismus und/oder in der kommunistischen Diktatur, gegebenen *Themen*. Der Geist der Zeit wandelt sich, die politische Konjunktur ebenfalls, von volatilen parteipolitischen Mehrheiten und der Schwierigkeit, Regierungen zu bilden, ganz zu schweigen.

nannt. Hierbei muss aber darauf hingewiesen werden, dass das Gesetz eigentlich definiert, unter welchen Umständen Gedenkstätte gefördert werden *können*.⁵

Die bisherigen Bilder verdeutlichen, dass es zwar Orte der Verfolgung mit klarer Zuweisung zur NS-Diktatur oder zu kommunistischen Diktatur gibt, dass aber auch „doppelte Vergangenheiten“ als Mischform auftreten und demzufolge eine thematische Trennung in einen sozusagen chemisch reinen NS-Bereich hier und den kommunistischen Diktaturbereich dort kaum möglich ist. Der Behauptung bestehender Ungleichgewichte im Antrag (I. Abs. 2) ist von daher zu widersprechen.

Abb. 4 Finanz-Aufwendungen NS- und kommunistische Diktatur bei Gedenkstätten in eigener Trägerschaft

Die obere Torten-Grafik stellt für unsere Gedenkstätten in eigener Trägerschaft den Versuch dar, für das Jahr 2016 einmal die Verteilung finanzieller und personeller Ressourcen auf beide Bereiche überschlägig zu quantifizieren. Abgesehen von den Gedenkstätten Pirna-Sonnenstein und Ehrenhain Zeithain gibt es keine Orte mit „einfacher Vergangenheit“, auch wenn die Schwerpunktsetzung (DIZ Torgau vs. Gedenkstätte Bautzen) und damit die Ressourcenallokation verschieden ist. Wir sehen, dass es im Jahr 2016 einen überwiegenden Ressourceneinsatz für den NS-Bereich gibt. Dazu kommen noch Projektgelder von 230.000 € für die Erweiterung der ständigen Ausstellung der Gedenkstätte Bautzen um das Themenfeld „Bautzen I und Bautzen II im Nationalsozialismus 1933 - 1945“. Sie sind hier als vorübergehender Effekt nicht in die Abschätzung eingegangen.

Die untere Grafik stellt die Besucherentwicklung in der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain in den letzten Jahren dar. In Relation zu den jährlich durchschnittlich rund 2.000 Besuchern leistet die Stiftung hier eine aufwändige Betreuung, die 80 bis 100 EUR pro Besucher und Jahr kostet. Dafür gibt es gute Gründe. Wenn wir aber einen Geschichtslehrpfad wollen, der ca. 350 T€ bis 2 Mio. € kosten würde, ist auch die Besuchernachfrage nicht unerheblich, abgesehen von den unabdingbaren Notwendigkeiten des Naturschutzes⁶. Umso wichtiger erscheinen hier Fairness und Konsensfindung zu sein⁷.

Abb. 5a bis 5c: Organe und Gremien der StSG

Abb. 5a, Stiftungsrat: 17 Mitglieder dieses Kollegialorgans müssen, beraten von den beiden anderen Kollegialorganen Stiftungsbeirat und wissenschaftlicher Beirat und unter Anhörung

⁵ Entsprechend ist dies auch für die in Abs. 3 genannten Gedenkstätten Bautzner Straße Dresden (MfS-Untersuchungshaftanstalt) und das Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig (ehem. MfS-Bezirksverwaltung) der Fall, die jedoch den Prozess hin zur Bewilligung einer stetigen institutionellen Förderung durch die Stiftung bereits durchlaufen haben.

⁶ Hier wird auf die Antwort der Vorsitzenden des Stiftungsrates, Staatsministerin Dr. Eva-Maria Stange, an die Abgeordnete Kerstin Lauterbach, Fraktion DIE LINKE, Drs.-Nr.: 6/6268, verwiesen. Ich möchte ausdrücklich unterstreichen, dass ein Geschichtslehrpfad eine sehr gute Möglichkeit wäre, „am historisch authentischen Ort und der größten Kriegsgräberstätte im Freistaat Sachsen an die Verbrechen der Wehrmacht an sowjetischen Kriegsgefangenen und an das Schicksal der Kriegsgefangenen anderer Nationen zu erinnern und darüber aufzuklären.“

⁷ Parteipolitische Einseitigkeit, Kooperationsverweigerung, Über-Bande-Spielen durch einen fordernden Förderverein, jahrelange unzutreffende Information der Öffentlichkeit in Verbindung mit Maximalforderungen – all dies ist das Gegenteil von hilfreich.

des Einzelorgans Geschäftsführer, in allen Fragen einen Konsens finden und grundsätzlich entscheiden. Der Geschäftsführer leistet mit Stiftungsmitarbeitern aller Hierarchieebenen die operative Arbeit, in die der Stiftungsrat nicht zu tief eingreift.

Abb. 5b. Stiftungsbeirat: Der Stiftungsbeirat ist breit zivil-gesellschaftlich aufgestellt. Opferverbände wie die Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz oder die VOS (Vereinigung der Opfer des Stalinismus) haben je *eine* Stimme (von 20) und können die Akzeptanz von Forderungen und Wünschen selbstverständlich nicht diktieren⁸.

Abb. 5c. Wissenschaftlicher Beirat:

Diese Abbildung verdeutlicht die hohe Kompetenz der wissenschaftlichen Berater der Stiftung.

Die Vertreter aller Gremien und Organe der Stiftung absolvieren in der Regel zweimal im Jahr (oder öfter) ihre Beratungen (in der Stiftungsgeschichte haben bereits je 51 Sitzungen des Stiftungsrates und des Stiftungsbeirates stattgefunden). Sie veranstalten darüber hinaus gremien-offene Workshops und finden sich auch zu Arbeitsgruppen zusammen. Ob und inwieweit sie all dies öffentlich und vollständig transparent tun wollen, bleibt der Entscheidung der jeweils unabhängigen Organe der Stiftung überlassen. Bislang gilt Vertraulichkeit, und das hat auch große Vorteile, wenngleich auch so schon Informationen „nach außen dringen“. Der Wunsch nach Transparenz und vollständiger Information durch mehr oder weniger große oder kleine Oppositionsparteien ist verständlich, aber die Auskunftspflicht der Staatsregierung im Rahmen parlamentarischer Anfragen ist ohnehin weitgehend gegeben, wenngleich sie nicht schrankenlos ist.

⁸ Die z.B. in I.3. des Antrages, Drs. 6/9610, aufgestellten Behauptungen sind schlicht unwahr. Die Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz wurde stets berücksichtigt, sie hat ihre Mitarbeit nicht eingestellt. Doch gerade wenn sie ihre durch Gesetz zugewiesenen Rechte zeitweilig nicht wahrnimmt, kann sie dem Stiftungsbeirat ihren Willen nicht aufzwingen. Apodiktisch vorgebrachte Maximalforderungen, zum Beispiel an den Geschäftsführer, der ohnehin für die Beschaffung der Haushaltsmittel in Millionenhöhe nicht zuständig ist, sind hier kontraproduktiv.

Die Geschäftsführung hat desweiteren auch NS-Opfern und Widerstandskämpfern ein Treffen in der Gedenkstätte Bautzen im Herbst 2016 definitiv nicht verweigert, im Gegenteil, die gewünschte Führung war zugesagt und organisiert. VVN-BdA hat jedoch politische Forderungen gestellt und wegen Nichterfüllung dieser selbst den Termin abgesagt. In einem langen Gespräch des Geschäftsführers mit dem ehemaligen Vertreter von VVN-BdA im Stiftungsbeirat, Prof. Dr. Uwe Hirschfeld, und dem Vorsitzenden des Stiftungsbeirates, Herrn Tobias Hollitzer, betonte Herr Hirschfeld, dass es sich bei VVN-BdA um eine „sehr politische Organisation“ handele. Die sächsischen Gedenkstätten sind jedoch keine politischen Versammlungsstätten.

Auch kann von einer fehlenden Einbindung der Stiftungsgedenkstätte Bautzen beim Bautzen-Forum im Mai in Bautzen (nicht im März, SR) nicht die Rede sein. Die Friedrich-Ebert-Stiftung als Ausrichter des Forums hat die Abendveranstaltung in der Gedenkstätte selbst abgesagt, gegen Wunsch und Willen der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Siehe: <https://www.stsg.de/cms/stsg/aktuelles/bautzen-forum-2018-stiftung-haelt-kooperationsangebot-aufrecht>.

Die öffentlichen Einlassungen des Vorsitzenden des Bautzen-Komitees waren auch nicht durch andere Mitglieder seines Vorstandes gedeckt; diese sahen dies ganz anders, zum Beispiel die stellvertretende Vorsitzende oder ein namhafter Vertreter der Stasi-Opfer im Stiftungsrat. Weitere Behauptungen bedürfen noch der Korrektur, was hier aber zu weit führen dürfte. Skandalisierung bringt uns aber nicht weiter, nicht wirklich.

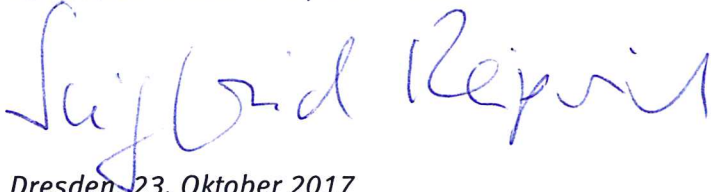
Fazit:

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft entwickelt sich stetig und dynamisch weiter. Sie ist die einzige vergleichbare Stiftung in Deutschland, die das Wunder fertig gebracht hat, Opferverbandsvertreter und nahezu alle zivilgesellschaftlich und religiös relevanten Gruppen, die für die Aufarbeitung einerseits der NS-Diktatur und andererseits der kommunistischen Diktatur stehen, unter einem Dach zu vereinen⁹.

So gesehen marschiert Sachsen „an der Spitze des Fortschritts“ (im Sinne des antitotalitären Konsenses aller Demokraten)¹⁰.

Selbstverständlich sind Anregungen und Kritik von außen willkommen, nicht nur aus dem politischen Raum, sondern auch durch eine professionelle Firma, wie die mit der Evaluation der Stiftung beauftragte Prognos AG. Wie ihre Empfehlungen in die konzeptionelle Weiterentwicklung der Stiftung eingehen und welche es sein werden, wird man sehen.

Es besteht Anlass für Optimismus.

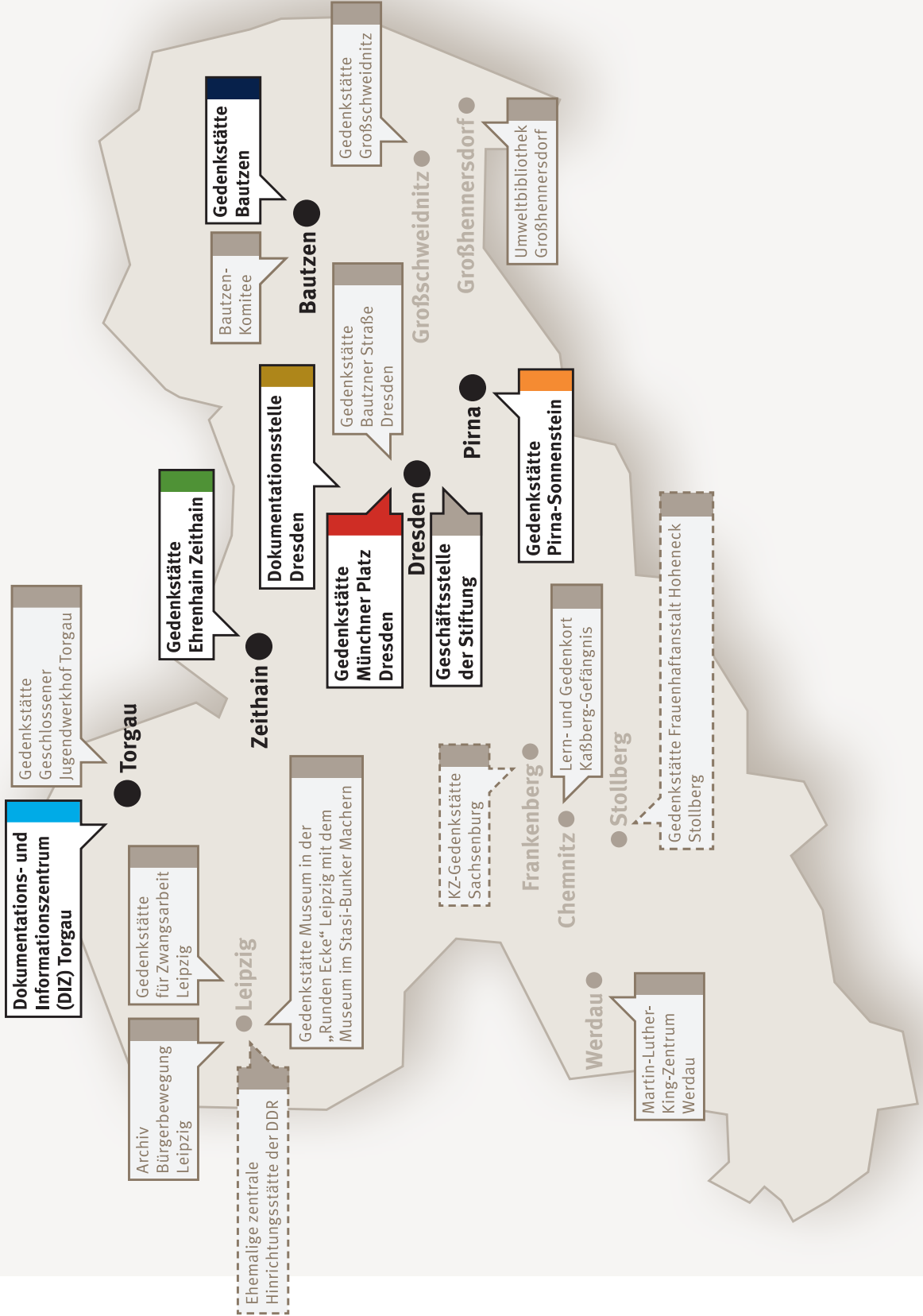


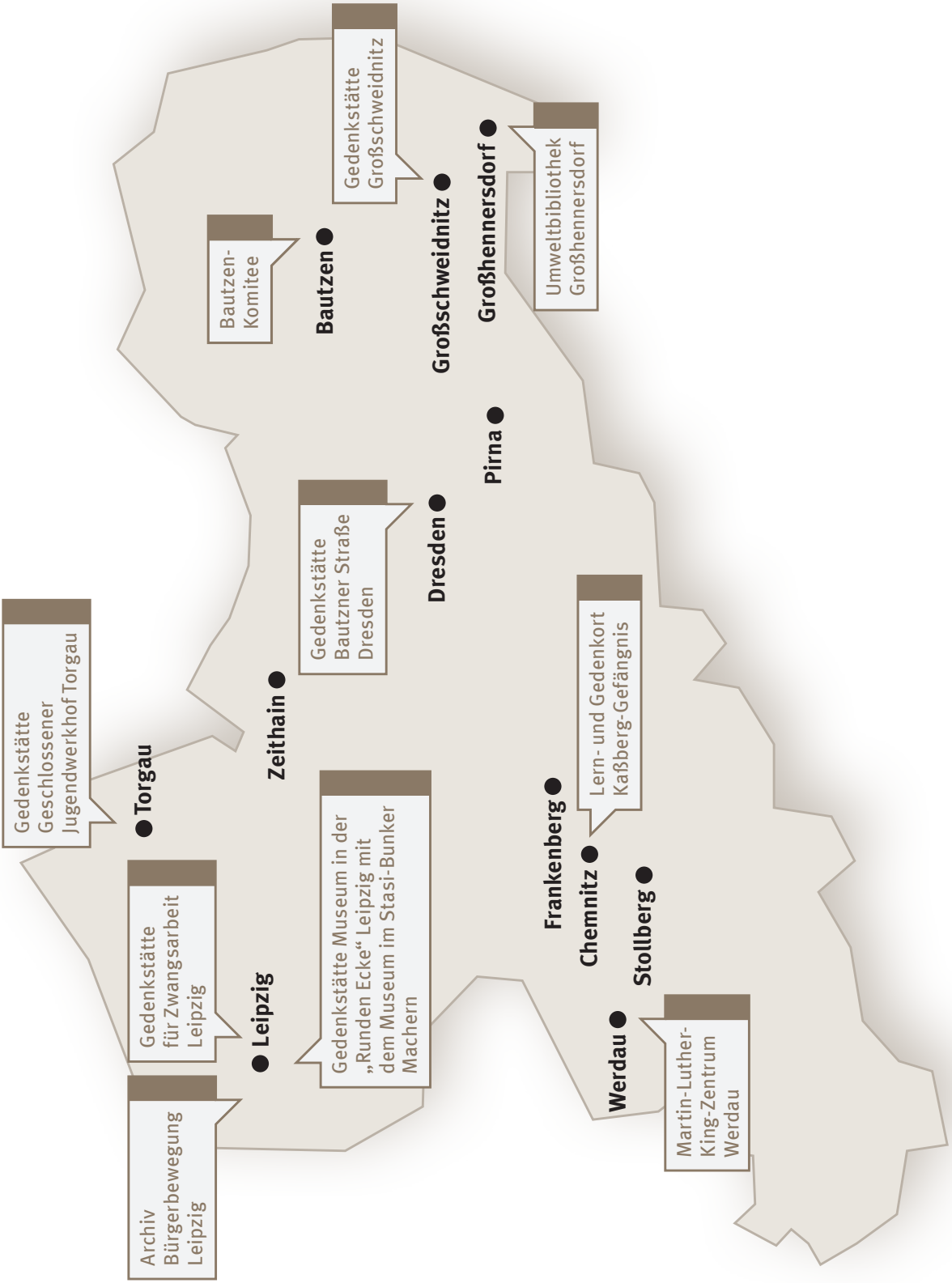
Siegfried Reppert

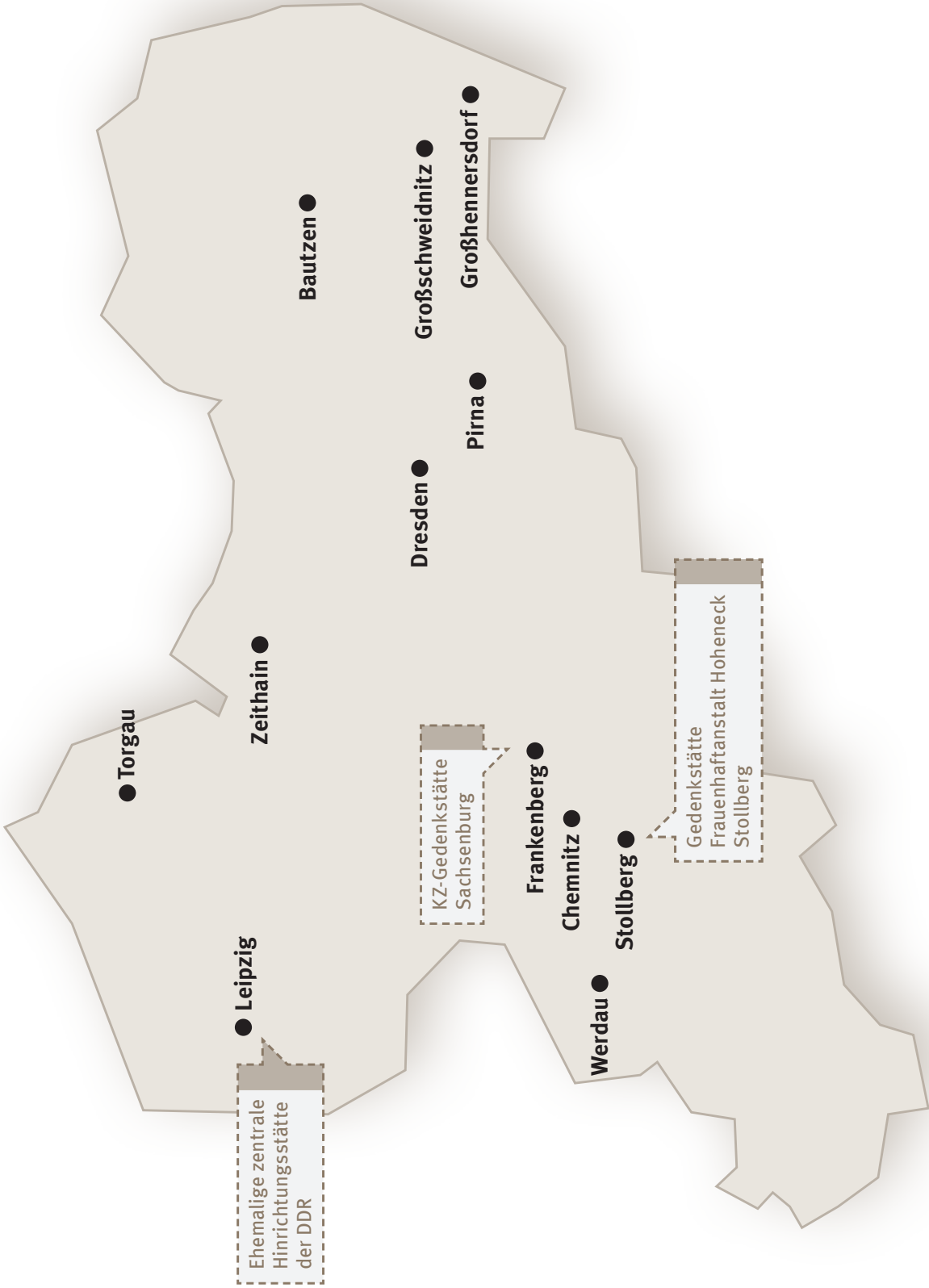
Dresden, 23. Oktober 2017

⁹ Siehe „Fast ein Wunder“, DIE ZEIT Nr. 22/2010, von Oliver Reinhard

¹⁰ Viele Dissidenten, demokratische Oppositionelle, Widerständige und friedliche Revolutionäre in der SED-Diktatur lebten nach dem Motto: „Man kann kein glaubwürdiger Antifaschist sein, wenn man nicht auch ein glaubwürdiger Antistalinist ist – und umgekehrt!“



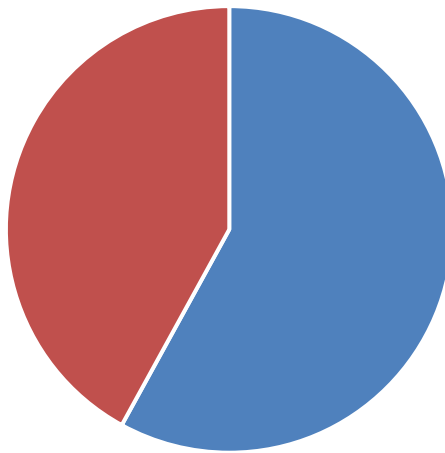




Proportionen überschlägig, in T €

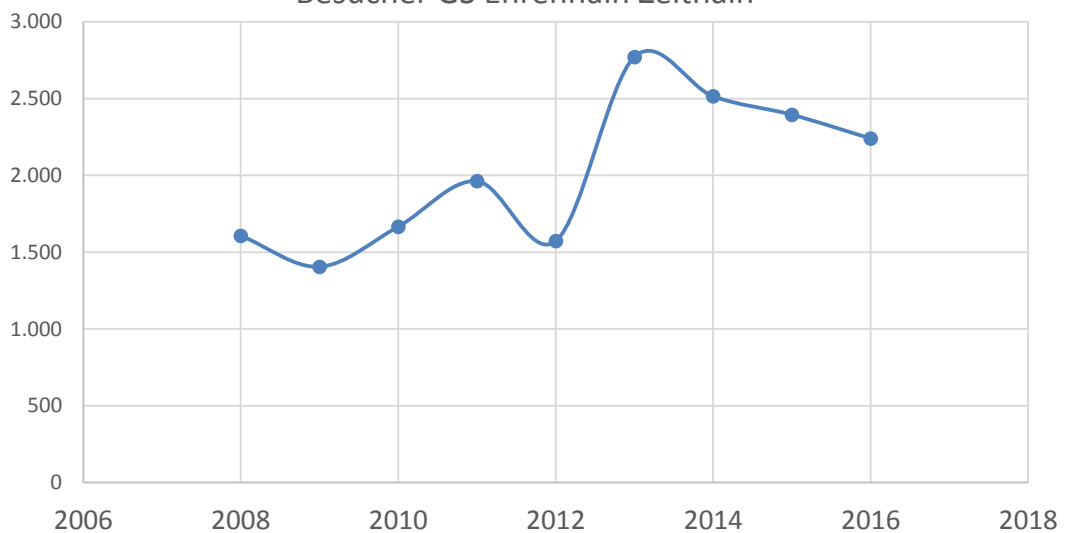
NS-Diktatur	<u>1.027</u>	58%
Kommunistische Diktatur	744	42%

Finanz-Aufwendungen Sächs. Gedenkstätten in eigener Trägerschaft der StSG, 2016



■ NS-Diktatur ■ Kommunistische Diktatur

Besucher GS Ehrenhain Zeithain





Stiftungsrat

Dr. Eva-Maria Stange (Vorsitzende)
Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst

N.N.
Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden

Maria Bering
Vertreterin des Bundes (Bundesbeauftragte für Kultur und Medien)

Susanne Dahlke-Piel
Vertreterin des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz

Franz Hammer
vom Stiftungsbeirat vorgeschlagener Vertreter

Wilma Jessen
Vertreterin des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz

Dr. Birgit Mitzscherlich
Vertreterin des Bistums Dresden-Meißen

Bernd Müller-Kaller
vom Stiftungsbeirat vorgeschlagener Vertreter

Burkart Pilz
Vertreter der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens

Lutz Rathenow
Sächsischer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Werner Rellecke
Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (in Vertretung des Direktors (N.N.))

Daniela Schmohl
vom Stiftungsbeirat vorgeschlagene Vertreterin

Uwe Schwabe
vom Stiftungsbeirat vorgeschlagener Vertreter

Dr. Jürgen Trogisch
vom Stiftungsbeirat vorgeschlagener Vertreter

Günter Vallentin
Vertreter der kommunalen Landesverbände

Dr. Clemens Vollnhals
Kommissarischer Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Dr. Herbert Wagner
vom Stiftungsbeirat vorgeschlagener Vertreter



Stiftungsbeirat

Tobias Hollitzer (Vorsitzender)
Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Ralf Bertels
Römisch-Katholische Kirche

Heinz Galle
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS)

Wolfgang Howald
Münchener-Platz-Komitee e.V.

Dr. Herbert Lappe
Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden

Alexander Latotzky
Bautzen-Komitee e.V.

Jens Leschner
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) e.V.

Anne Losinski
Kuratorium Gedenkstätte Sonnenstein e.V.

Frank-Michael Nemetz
Bund der Stalinistisch Verfolgten (BSV) e.V.

Ingolf Notzke
Initiativgruppe Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e.V.

Dr. Jörg Osterloh
Förderverein Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain e.V.

André Raatzsch
Dokumentations- und Kulturzentrum Deutsche Sinti und Roma e.V.

Hartmut Richter
Opfer-, Förder- und Dokumentationsverein Bautzen II e.V.

Andreas Schönfelder
Umweltbibliothek Großhennersdorf e.V.

Christoph Seele
Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsen

Uljana Sieber
Erkenntnis durch Erinnerung e.V.

Dr. Rolf Surmann
Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.

Josephine Ulbricht
Förderverein „Dr. Margarete Blank“ e.V.

Rosel Werl
Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen e.V.



Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Joachim Scholtyseck (Vorsitzender)
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Prof. Dr. Stefanie Endlich
Universität der Künste Berlin (Honorarprofessur)

Daniel Gaede
Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora/Gedenkstätte Buchenwald

PD Dr. Mike Schmeitzner
Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Prof. Klaus Vogel
Stiftung Deutsches Hygiene-Museum Dresden

Anhörung

Drucksache 6/9610 - „Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur in Sachsen weiterentwickeln“ - Antrag der Fraktion GRÜNE

23.10.2017, 10:00 Uhr, Plenarsaal

Sachverständige

Name	Funktion und/bzw. Institution
Herr Peter Franke	Vorstand Förderverein Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain e.V.
Herr Prof. Dr. Bernhard Graf	Staatliche Museen zu Berlin, Leiter Institut für Museumsforschung
Herr Prof. Dr. Uwe Hirschfeld	Professur für Politische Theorie und Bildung an der Evangelischen Hochschule Dresden
Frau Vera Lengsfeld	Autorin / Zeitzeugin / Referentin Gedenkstätte Hohenschönhausen (ehem. Stasigefängnis)
Herr Dr. Jörg Morrè	Direktor Deutsch-Russisches Museum Berlin- Karlshorst
Herr Siegfried Reiprich	Geschäftsführer Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft
Frau Daniela Schmohl	Vertreterin der NS-Opferverbände Stiftung Sächsische Gedenkstätten
Herr Dr. Peter Wurschi	Leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Ettersberg